

Nr. 17

23.- 29. April 1990

BRD 2. - DM
Österreich 10. - ÖS
Schweiz 1. 80 sfr
Berlin (West) 2. - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Bertrand
Russell über
den Bolschewismus



Perestroika

– Befreiung von Dogmen

Waren die Deutschen an der Wolga die fünfte Kolonne?



Zeichnung: Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR L. Ionin, S. Salygin, P. Marcy, V. Tschalikowa



Wird endlich Frieden
im Gelobten Land?
S.10

PERESTROIKA: FÜNF JAHRE DANACH	5
NZ-STANDPUNKT S. Gollakow WENN ICH EINMAL REICH WÄR...	11
EXKLUSIV FÜR DIE NZ	
H. Timmermann WESTEUROPA UND DIE UMBRÜCHE IN OSTEUROPA	12
GESAMTEUROPÄISCHER PROZESS	
N. Sholkwer, W. Rasiuwajew MARKT ALS GARANT DER PROSPERITÄT	15
GRIECHENLAND	
G. Schapowalow DAS KABINETT WIRD ES NICHT LEICHT HABEN	17
NAHER OSTEN D. Sgerski MONOLOG ODER DIALOG?	18
CHINA J. Bashanow VERÄNDERUNGEN	20

VON UNSEREN KORRESPONDENTEN

S. Swirlin, G. Syssojew DIE ERSTEN FREIEN WAHLEN	23
AUF DER SUCHE NACH DER WELT VON MORGEN	
G. Alimursajew, A. Pankin EINLADUNG ZU „MAIDAN '90“	25

LITAUEN

L. Mleischin NEUE LEUTE KÖNNEN DIE SITUATION ÄNDERN	26
---	----

NACHGEHAKT

I. Lagunina DREI GESCHICHTEN EINER RÜCKKEHR	28
---	----

NACH DER NZ-PUBLIKATION

WIR GLAUBEN AN DEN ERFOLG	29
---------------------------	----

BESONDERE VORKOMMNISSSE

B. Bulkarej GEZINKTE DOLLARS	30
------------------------------	----

RECHTSSTAAT

L. Jelín = D. Ayer RICHTER, STAATSANWALT, POLITIK UND GELD	33
--	----

LEBENSSTIL N. Kraminowa FÜR MÄNNER EINTRITT VERBOTEN	35
--	----

ZEITGESCHICHTE K. Issakow 1941: DIE ANDEREN DEUTSCHEN	36
---	----

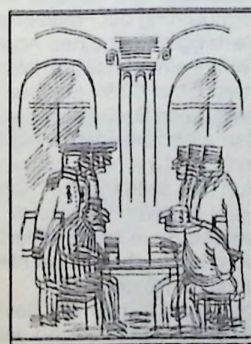
HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

B. Russell LENIN, BOLSCHEWIKI, RUSSLAND	40
---	----

JUNGE WELT S. Solowjewschik KINDERFRAGEN	43
--	----

IDEEN UND ERFABRUNGEN W. Grinjuk DAS PR-GEHEIMNIS	46
---	----

Wer sind die Richter?
S.33



ANT- gate

Fortsetzung
eines Krimis
8.30

Titelbild: Igor Rogatschewski

Anschrift: 103702, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎ 229-08-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
 (verantwortl. Sekretär).
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
 (stellv.
 Chefredakteur).
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
 (stellv. Chefredakteur).
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
 (1. stellv.
 Chefredakteur).
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN
 Verantw. Redakteur
 der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Michail PODWIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
London
Sergej BABUSSENKO;
Lusaka
Nikolai RESCHETNIAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Prag
Kim KOSTENKO;
Rom
Pawel NEGOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW;
Warschau
Rudolf BORECKI;
Wien
Anatoli KOWRIGIN

Auslanderedaktionen:
Prag, „Nova doba“
Wladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

■ Ich staune, daß zehn Jahre vor Ende dieses blutigen Jahrhunderts der Nationalismus immer noch eine dämonische Ausstrahlung besitzt und nicht als das erkannt wird, was er ist: eine gefährliche, menschenverachtende kollektive Verwirrung, die schon Millionen von Menschen dahingerafft hat. Wie viele sollen noch geopfert werden?

Soll die UdSSR in einzelne Nationen zerfallen, wo wir doch längst erkennen, daß die Probleme dieser unserer einzigen Welt nicht national zu lösen sind? Soll die UdSSR zerstückelt werden, während im westlichen Europa ein wichtiger Prozeß der Integration bereits im Gang ist, der sich gegen den Nationalismus richtet?

Autonomie im Ganzen, – das ist die Lösung für einen gesunden Patriotismus. Bewahrung der kulturellen Eigenart innerhalb einer demokratischen, ökologischen und ökonomischen Rahmenordnung, an der alle

Völker der UdSSR mitarbeiten und die letztlich in eine globale Zusammenarbeit münden muß. Wir haben nur diese Erde, und es wird keine Ausweichmöglichkeit geben.

Wir werden die Zukunft nicht meistern, wenn eine durch die Sprengkraft des Nationalismus erzwungene Selbstauflösung der UdSSR die globale Instabilität noch weiter verschärfen wird.

Norbert Tempi
 Steyr, Österreich

■ Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihrer Redaktion für Ihre Hilfe bedanken. Viele Jahre lang lebte ich zusammen mit meinem schwerkranken Sohn in einem Zimmer. Ich kann es kaum in Worte fassen, was ich alles durchgemacht, wie ich gelitten habe. Ich habe Ihnen geschrieben, und Ihre Redaktion wandte sich dreimal in meiner Angelegenheit an das Stadtexekutivkomitee. Ich habe nun eine Wohnung bekommen. Die

Mitarbeiter des Stadtexekutivkomitees haben zu mir gesagt: Das haben Sie nur der „Neuen Zeit“ zu verdanken...

J. Dupenkowa
 Smolensk, RSFSR

„Verspätete Glasnost“ (NZ 3/90)

■ Dieser NZ-Standpunkt hat mich sehr verwundert. Die Fragestellung, auf die der Autor eine Antwort zu geben versucht, ist richtig: Warum erfahren wir die Wahrheit über Rumänien erst jetzt? Schuld daran, heißt es, sei die Position unserer Führung. Aber warum werden wieder keine konkreten Namen genannt?

Warum wird nicht gesagt, auf wessen Initiative Nicolae Ceausescu seinen zweiten Leninorden bekam? Wer hindert heute unsere Journalisten daran, die Wahrheit über die KDVR, China, Albanien und Kuba zu schreiben? In dem Beitrag werden sie

Wer uns gefällt

■ Im März wurde eine unionsweite Telefonumfrage bei 3000 Personen durchgeführt. Auf die Frage „Welchem Land würden Sie den Vorzug geben?“ gab es folgende Antworten: 64 % nannten Länder Westeuropas und die USA, 30 % Japan. Bei den Ländern, die eine negative Haltung auslösen, steht die Republik Südafrika an erster, Afghanistan an zweiter und Albanien an dritter Stelle. Die negative Einstellung zu Afghanistan bei der sowjetischen Bevölkerung ist zu verstehen, denn der langjährige blutige Krieg, der auf Verschulden der früheren sowjetischen Führung entfesselt wurde, hat offene Wunden in unseren Herzen hinterlassen.

Auf die Frage „Welches Land kann die Perestrojka real unterstützen?“ kamen in gewisser Weise unerwartete Antworten: USA, Japan und Israel. Offensichtlich hat sich die Haltung zu Israel aufgrund der größeren Offenheit der Außenpolitik der UdSSR und einiger Handlungen Israels, darunter die Hilfe für die Kinder aus Tschernowzy und Armenien, die Herausgabe der Verbrecher, die ein Flugzeug mit Kindern entführten, geändert. An vierter Stelle stehen die Länder Westeuropas.

Bei der Einschätzung der militärischen Gefährdung der Sowjetunion gab es völlig unerwartete Antworten. 61 % der Befragten empfindet keine Angst vor einem Angriff seitens der Staaten West-

europas, 73,8 % sieht in den USA keine Kriegsgefahr. Das Feindbild, das in 45 Jahren aufgebaut wurde, ist durch das neue politische Denken, die Annäherung des Landes an den Westen und die Presse hinweggefeht worden. Dieses Feindbild ist bei der älteren Generation, die den Krieg erlebt hat, allerdings noch lebendig. Die Jugend war allein schon über die Formulierung der Frage empört.

Anders wird die Möglichkeit eines Angriffs aus dem Orient, die Gefahr eines „heiligen Islamischen Krieges“ betrachtet. Über 60 % glauben an eine solche Möglichkeit. Diese Befürchtungen werden scheinbar von den alarmierenden Ereignissen in Aserbaidschan und den Unionsrepubliken Mittelasiens sowie durch die „solidarische“ Haltung der Türkei, des Iran und anderer islamischer Staaten genährt. Eine gewisse Rolle spielen hierbei auch die Sendungen von Radio Liberty über die Gefahr, die aus dem islamischen Osten droht.

Die Umfrage hat gezeigt, daß die Bevölkerung gegenüber Westeuropa, den USA und Japan eine positive Haltung hat. Die Sowjetbürger wollen mehr über das Leben in diesen Ländern, die Gewohnheiten, Traditionen und Feiertage ihrer Bürger erfahren. Das wird sicher bald durch die Annahme des Gesetzes über die Ein- und Ausreise, die Ausgabe von Reisepässen und möglicherweise durch die Ausgabe einer konvertierbaren Währung in Reichweite kommen.

L. Kasakowa
 Soziologin
 Moskau

Warum werden Linke erschossen?

Wer hat Ceausescu Orden verliehen?

Danke für die Wohnung

zwar nicht genannt, aber der Hinweis auf „andere Länder, über die nur Gutes oder gar nichts berichtet wird“, war doch deutlich genug...

V. Priborowitsch

Petrosawodsk, Karelische ASSR

■ In Heft 4/90 habe ich den Beitrag von Leonid Ionin „Antwort“ gelesen und bin darüber zutiefst empört. Sind wir tatsächlich wieder in die Zeiten des Stalinismus und der Stagnation verfallen? Wo bleibt Glasnost? Wir wollen nicht länger „Antworten“ auf Artikel vorgesetzt bekommen, die wir nicht gelesen haben. Drucken Sie doch einfach den Artikel von Sinowjew ab, damit der Leser selbst entscheiden kann, was daran falsch und was richtig ist.

Aus den wenigen angeführten Zitaten wird ersichtlich, daß Sinowjew die Vorgänge in unserem Land völlig richtig einschätzt. Um der Perestroika zum wahren Erfolg zu verhelfen, sollte man meiner Meinung nach so viele Leser wie möglich mit seinem Artikel vortraut machen.

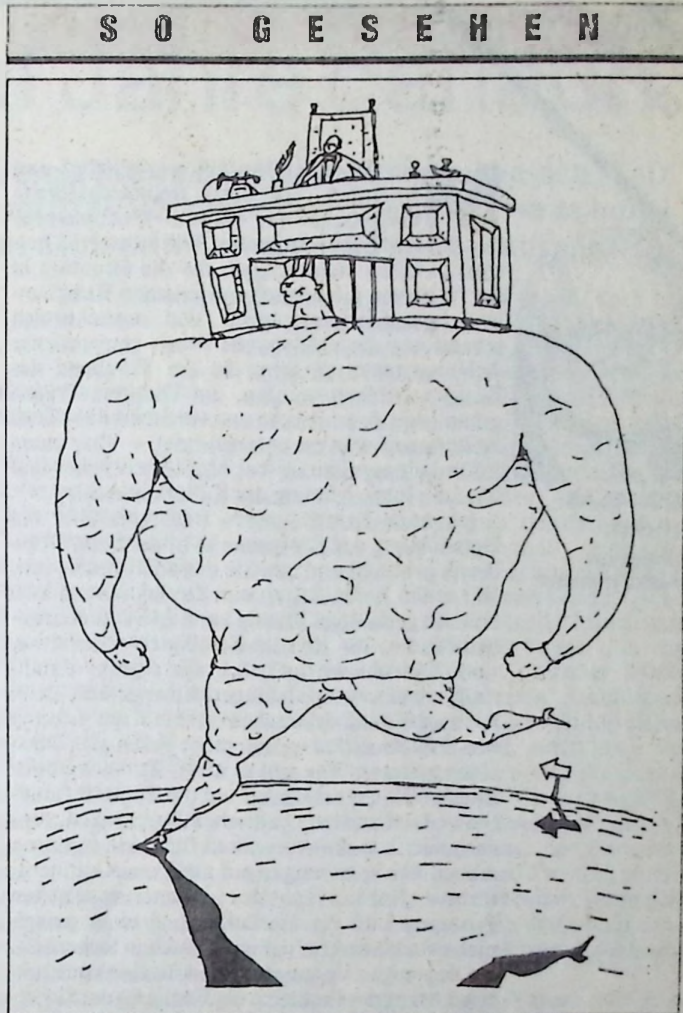
Dr. phil. G. M.
Moskau

■ Kaum ein Jahr vergeht, da die Medien nicht von Hinrichtungen in Indonesien berichten. Dort sterben Menschen, die vor mehr als zwei Jahrzehnten verurteilt wurden und in den Todeszellen alt geworden sind. Die Behörden erklären, daß die Erschießungen ungeachtet der negativen Reaktion der Weltöffentlichkeit fortgesetzt werden.

Offiziell werden die Betroffenen beschuldigt, sich am Umsturzversuch, der in der Nacht zum 1. Oktober 1965 unternommen wurde, beteiligt zu haben. Offiziellen Angaben zufolge wurden damals über 1,4 Millionen Menschen in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt. Die Zahl derer, die ohne Gerichtsverfahren erschossen wurden, beläuft sich auf eine halbe Million.

Experten sind inzwischen zu der Einsicht gelangt, daß es sich bei den Oktoberereignissen von 1965 nicht um einen Putschversuch gehandelt hat, sondern um eine Aktion der Wachmannschaft des Präsidenten Sukarno, die mit Wissen des Staatsoberhauptes stattfand und das Ziel verfolgte, die Opposition zu liquidieren. Und die Führer der Linksparteien unterstützten die Pläne des Präsidenten, weil sie davon überzeugt waren, Sukarno würde einen reaktionären Militärputsch vorsehen.

Düstere und unmenschliche ideologische Intoleranz zwingt zur Vernichtung von Menschen, die vor einem Vierteljahrhundert verurteilt



Zeichnung: Vladimir Borkin

wurden. Die einen müssen für eine nicht beweisbare Schuld büßen, andere (Angehörige der Wache) dafür, daß sie die Befehle ihrer unmittelbaren Vorgesetzten ausgeführt haben. Diese Grausam-

keit steht in einem tiefen und tragischen Widerspruch zur sich wandelnden Gestalt von Indonesien selbst, das gegenwärtig eine Periode durchlebt, die man als ökonomische und soziale Modernisierung bezeichnen kann. Gleichzeitig strebt das Land danach, eine Rolle in der Welt zu spielen, die dieser asiatischen Macht, die gemessen an seiner Bevölkerungszahl weltweit an fünfter Stelle steht, zukommt.

Aber jede Salve, die im Morgengrauen das Leben gequälter alter Menschen beendet, klingt wie eine Herausforderung an die Weltöffentlichkeit, wie ein Peltshenhieb, der das internationale Ansehen Indonesiens und den Wert seiner nationalen Bestrebungen schmälert.

A. Afanassjew
Moskau

Zusammengestellt von
T. Tschernowa

Sacharow-Platz?

■ Diese Aufnahme habe ich im Zentrum von Washington gemacht. Zu jener Zeit, da man den Menschenrechtler in seiner Heimat mit Schnitz-



bewarf, ehrten die Behörden von Washington unseren Landsmann, indem sie einen Platz nach ihm benannten. Diese Tatsache wurde seinerzeit als Ausdruck von „böswilligem Antisowjetismus“ gewertet. Nun aber, da Akademikermittglied Sacharow einen Ehrenplatz in der Geschichte unseres Landes und unseres Volkes eingenommen hat, erscheint diese Tat als Ausdruck höchsten Wohlwollens für unser Land und unser Volk.

Es geht dabei weniger um die Entscheidung der Washingtoner, als vielmehr um die mangelnde Ertscholdungsfreude unserer Behörden. Der Name Sacharows könnte auch die Stadtlandschaft von Moskau und Gorki zieren... Vielleicht wird sich der neue Moskauer Stadtsowjet darüber Gedanken machen? Bei uns gibt es genügend, sagen wir, Parkstraßen, deren Umbenennung in keiner Weise das historische Erbe der Hauptstadt beeinträchtigt.

L. Mietschin
Redakteur der Abteilung für
humanitäre Probleme der NZ

DE PERSÖNLICHE
MEINUNGDOUGLAS
HURD,
britischer
Außenminister

Mein Besuch in Moskau war nützlich und fruchtbar. Ich hatte freundschaftliche Gespräche mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse. Wir erörterten beispielsweise offen viele Fragen, die die Situation in der Welt wie die britisch-sowjetischen Beziehungen betreffen. Interessant und aussichtsreich scheint mir die entstehende Praxis gemeinsamer Arbeitsgruppen zu sein, die am Vorabend des Besuchs gebildet wurden, um konkrete Fragen gründlicher zu erarbeiten und vorzubereiten. Zwei Abkommen wurden unterzeichnet – über einen Informationsaustausch bei Nuklearkatastrophen und über die Intensivierung des Kulturaustauschs.

Ich habe bereits unsere Besorgnis über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen zum Ausdruck gebracht und möchte das noch einmal tun. Wir rufen beide Seiten zur Zurückhaltung auf. Nur ein geduldiger Dialog kann zu Vereinbarungen führen, die für alle Beteiligten annehmbar sind. Obwohl wir natürlich aus eigener Erfahrung wissen, wieviel Fingerspitzengefühl, doch auch gesunden Menschenverstand die Lösung von Nationalitätenproblemen verlangt. Doch einen anderen Weg gibt es nicht. Zu hoch ist der Einsatz. Es geht nicht nur um die Zukunft Litauens und der anderen baltischen Republiken, sondern auch um die Aussichten für einen weiteren Abbau der Spannungen auf unserem Kontinent, für die Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses und die Herausbildung einer prinzipiell neuen Struktur der europäischen Sicherheit.

Die jetzigen Voraussetzungen für eine konstruktive Lösung der Probleme der Festigung der Sicherheit und der Stabilität in Europa sind sehr günstig. Und wenn wir Erfolg haben wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir intensive diplomatische Arbeit leisten. Ebendeshalb war der Dialog in Moskau wichtig, um Differenzen zu klären und nach Wegen zu deren Überwindung zu suchen.

Unmittelbar vor meiner Ankunft brachte Ihre Zeitschrift meinen Artikel über den jetzigen Stand der britisch-sowjetischen Beziehungen. Bitte überweisen Sie das Honorar dafür auf das Anti-AIDS-Konto von „Ogonjok“.

KIM YOUNG
SAM,
Vorsitzender
der Liberal-
demokratischen
Partei der
Republik Korea

Vor 3 Jahren tauchte in Südkorea ein neuer Begriff auf – die „Nordpolitik“. Er bezeichnet einen Komplex politischer Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Jetzt sollte man statt „polier“ besser „politics“ sagen. Das markiert eine höhere Ebene. Für gewöhnlich machen Regierungen die Politik und setzen sie in Geheimdiplomatie um. Die „Nordpolitik“ in der Republik Korea wurde von Anfang an mit voller Zustimmung von Regierung und Volk verankert. In Korea stimmen so gut wie alle darin überein, daß normale diplomatische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, zur Sowjetunion und zu China der Weg zu Frieden und Sicherheit, zur schnellstmöglichen Lösung der koreanischen Frage sind. Die „Nordpolitik“ ist Ausdruck des neuen Denkens.

Bei dem Besuch in der Sowjetunion kamen wir

mit Vertretern der verschiedensten Kreise aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Religion und Sport zusammen. Doch das bedeutendste Ereignis für uns war die Begegnung mit Michail Gorbatschow. Seine Persönlichkeit hinterließ bei mir einen starken Eindruck. Er ist sozusagen eine politische Naturbegabung. Ferner hatten wir einen interessanten und eingehenden Meinungsaustausch mit Alexander Jakowlew und Jewgeni Primakow, und sehr nützlich und fruchtbar waren unsere Begegnungen und Gespräche im ZK der KPdSU und im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen.

Die Vorstellung von einem verschlossenen, finsternen Land, die die Koreaner früher mit der Sowjetunion verbanden, ist in sich zusammengebrochen. Wir waren einfach verblüfft darüber, was wir alles in der UdSSR sehen und erkennen konnten.

Wie einer unserer sowjetischen Gesprächspartner bemerkte, „bedeutet der jetzige Besuch einer koreanischen Delegation die De-facto-Anerkennung der Republik Korea“ – es bleibt also, sie auch de jure anzuerkennen. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen – bis dahin ist es, wie ich hoffe, jetzt nicht mehr weit – wird nicht nur der Entwicklung unserer beiderseits vorteilhaften Beziehungen in allen Bereichen einen starken Impuls geben, sondern auch zu Frieden und Stabilität, zu gegenseitigem Verständnis und zur Zusammenarbeit im Fernen Osten beitragen.

Ich bin nach Moskau gekommen, um mir eine bessere Vorstellung davon machen zu können, was heute bei der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Kontakte in Wirtschaft und Technik, bei der Erleichterung von Kapitalinvestitionen privater US-Firmen in die sowjetische Wirtschaft wichtig und wünschenswert ist. Ich hatte viele Begegnungen und Gespräche mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern wie Abalkin, Pawlow, Schatulin, Petrakow. Und ich beabsichtige, Ihre Meinungen und meine Eindrücke ausführlich Präsident Bush darzulegen. Der nüchterne Realismus, mit dem die für die Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion Verantwortlichen die Lage und die Probleme des Landes sowie die Möglichkeiten einer Marktwirtschaft einschätzen, hat mich sehr beeindruckt. Und ich werde dem Präsidenten empfehlen, soweit es unsere bilateralen Beziehungen in anderen Bereichen erlauben, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um die technische Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf ein höheres Niveau zu heben. Natürlich muß in Ihrem Land selbst entschieden werden, in welcher Form diese Hilfe erfolgen kann; was gebraucht wird und was für das Land von Vorteil ist. Wie Präsident Bush wiederholt erklärte, wünschen wir der Perestrojka Erfolg, wäre das ja gut nicht nur für die sowjetischen Menschen, sondern auch für die Amerikaner und für die anderen Völker. Deshalb wollen wir nach Kräften dazu beitragen.

MICHAEL
BOOKIN,
Vorsitzender
der Gruppe
der Wirtschaftsbera-
ter
des US-Präsidenten

Perestroika: Fünf Jahre danach

Wir haben uns schon daran gewöhnt, unsere Geschichte in Fünfjahrplänen zu messen — so wollen wir versuchen, uns nach fünf Jahren Perestroika darüber klarzuwerden, wo es langgeht. Sind wir auf dem richtigen Weg? Geht es zu schnell voran? Oder zu langsam?

Am Scheideweg

Leonid Ionin

Das alte politische System ist gelähmt, das neue ist noch nicht entstanden. Die früheren Werte sind zerstört, neue, die Gesellschaft vereinigende Werte noch nicht zu erkennen.

Doch derjenige, der diese Jahre als verloren ansähe, würde sich täuschen. Es waren Jahre der Befreiung — von den Scheuklappen, von der ideologischen Brille, von den tief im Bewußtsein sitzenden Denkschablonen, Jahre, in denen man sich der Möglichkeiten des Seins bewußt wurde. Obwohl der „Recke“ (erinnern wir uns an Viktor Wasnezows Gemälde) am Scheideweg stand, änderte sich die Landschaft um ihn herum mit atemberaubender Geschwindigkeit. Wo sich eine endlose, ebene Steppe ausbreitet hatte, taten sich jetzt Schluchten auf, rechts („Gehst du nach rechts...“) und links („Gehst du nach links...“) wechselten viele Male ihren Platz, der Westwind löste den Ostwind ab, und die Totenschädel hatten plötzlich lebendige, fordernde Augen.

All diesen Surrealismus kann man in der normalen Sprache der Politik und der Soziologie zum Ausdruck bringen. Glasnost rief geradezu unwahrscheinliche Veränderungen in unseren Vorstellungen von der Welt und unserem eigenen Platz in ihr hervor. Alles begann mit „Kleinigkeiten“ — mit dem Wunsch, den Verkehr auf dem Weg, der als richtig galt, zu regeln. Der Kampf gegen den Alkoholismus, die Hebung der Arbeitsdisziplin und der ausführenden Disziplin, die wirtschaftliche Rechnungsführung und die staatliche Abnahmekontrolle, die Überwindung der Kluft zwischen Worten und Taten, die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien wurden als Aufgaben gestellt — und auf dieser Grundlage die Beschleunigung des sozialen und ökonomischen Fortschritts des Landes. Der 27. Parteitag der KPdSU wurde zu einem wahren Meilenstein.

Obwohl die Initiative der Parteiführung (wie stets) begeistert unterstützt wurde, glaubte kaum jemand an den Erfolg der ergriffenen Maßnahmen. Derartige unterschiedene Maßnahmen waren ja schon wiederholt in den letzten mehr als 20 Jahren verkündet worden.

Die vielstündige Rede Michail Gorbatschows auf dem 27. Parteitag ließ viele staunen, man wunderte sich. Doch kaum

jemand sah darin ein Signal und eine Warnung: Der neue Generalsekretär hat einen langen Atem.

Zu einem anderen Meilenstein wurden die 19. Unionspartei-konferenz und der auf sie folgende 1. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. Die Konferenz eröffnete erste Möglichkeiten für eine Demokratisierung des Herrschaftssystems und bahnte den Weg zum Kongreß der Volksdeputierten. Der Kongreß öffnete die Büchse der Pandora. Pardon, er öffnete sie nicht, sondern nannte nur offen das, was jahrzehntelang offiziell als Füllhorn galt, eine Büchse der Pandora. Endlos war die auf dem Kongreß zu vernehmende Aufzählung der Probleme und Leiden unserer Menschen.

Die Delegierten des Kongresses der Volksdeputierten sollten direkter und offener sein als die Delegierten des vorhergehenden Parteitages und die Delegierten der Parteikonferenz. Und das nicht, weil sich der Geist der Zeit geändert hat, sondern deshalb, weil hinter ihrem Rücken nicht der Apparat stand, der die Zügel der Disziplin in seinen Händen hielt — hinter ihrem Rücken standen die Wähler, stand das Volk. Auf dem 1. Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR wurde die Idee des „sozialistischen Pluralismus“ Wirklichkeit — wenn

jeder das sagen kann, was er will, doch nur für sich sprechen kann. Vor allem sollte es keine Fraktionen, keine organisierte Opposition geben. Die Führung des Kongresses, die sich kritisch über die Meetingdemokratie äußerte, ermunterte den Meetingpluralismus, d. h. den sozialistischen Pluralismus.

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR kennzeichnete den Anfang vom Ende der absoluten Macht der Partei. Eine potentielle Doppelherrschaft entstand. Seitdem verlor die Partei Schritt für Schritt ihren Einfluß. Jede Entscheidung, jeder Beschluß, jeder „Brief“ oder jede Botschaft des ZK sollten, wie die Presse und die Öffentlichkeit meinten, entweder falsch sein, die noch verbliebenen Ambitionen des administrativen Kommandosystems zum Ausdruck bringend, oder aber ein offenkundiges Zugeständnis an die demokratischen Kräfte. Unter der weisen Führung (verzeihen Sie mir diesen Archaismus) von Michail Gorbatschow, der hervorragend zwischen Worten und Taten zu unterscheiden versteht und dabei den Taten den Vorzug gibt, bewegte sich das administrative Kommandosystem seinem Untergang entgegen.

Das sind nur flüchtige Notizen, die keineswegs Anspruch darauf erheben, die Hauptereignisse der Perestroika systematisch zu beschreiben. Dem sollte man die Revision der in vielen Jahrzehnten entstandenen, verkrusteten historischen Vorstel-



Freie Wahlen mit einer Vielzahl von Kandidaten gaben dem Begriff der „Wahl“ seine anfängliche Bedeutung wieder zurück...

lungen, den Untergang romantischer Mythen und die Enthüllung der harten Wahrheit über sich und die eigene Vergangenheit anfügen. Die Entdeckung der Wahrheit vom eigenen Platz in der Welt. Der Wahrheit darüber, was Demokratie ist und was Unterdrückung, Despotie und Totalitarismus. Die Rehabilitierung der Opfer und die Degradierung der Helden. Die Neuentdeckung ewiger Wahrheiten. Glasnost und ein kritischer Blick. Man kann das mit der Gesundung nach schwerer Krankheit oder mit der Überwindung des klinischen Todes vergleichen.

Dazu kommt der Stellungskrieg, aufgelockert von einzelnen Zusammenstößen im wirtschaftlichen Bereich. Der Mut der Genossenschaftler und der Pächter, die sich gegen die überlegenen Kräfte der Bürokratie wandten, die, gewappnet mit verkümmerten Dogmen, nur ihre eigennützigen Interessen im Auge hat und die die Unwissenheit der Menschen und ihre Angst vor der Freiheit schamlos auszunutzen sucht.

Hinzu kommt die mobilisierende Streikbewegung, kommen die lebhaften Aktivitäten der Volksfronten und der unabhängigen Gruppen, die eigenmächtig Parteien organisieren. Die Perestroika begann von oben, und Jahre waren erforderlich, damit unten ein Echo zu vernehmen war. Das ist nicht weiter erstaunlich, liegen hinter uns ja 70 Jahre brutaler Unterdrückung der Initiative des Volkes. Wir sind nicht die DDR oder die Tschechoslowakei, wo ein Funke ausreichen sollte, damit die Flamme aufloderte.

Doch gerade die Flamme der Perestroika in der UdSSR war es, die die Völker Mitteleuropas weckte. In der „Jagd nach Freiheit“ kam es zu einem Führungswechsel. Doch das gesamte ehemalige sozialistische Lager bewegt sich jetzt auf das gleiche Ziel zu.

All das kann man in einzelne, streng fixierte Ereignisse und Tatsachen aufschlüsseln, aus denen – wenn die Historiker, überdrüssig der sensationellen Entdeckungen, von der Publizistik lassen und an ihre ureigene Arbeit gehen werden – eine systematische Geschichte der Perestroika entstehen wird. Diese flüchtigen Notizen aber sollen helfen zu verstehen, warum wir nach fünf Jahren fürwahr atemberaubender Ereignisse wieder dort ankommen sollten, wo wir zu Anfang waren, d. h. am Scheideweg.

Es waren Jahre, in denen wir Klarheit über uns und die Welt gewannen. Jahre, in denen wir die Freiheit der Wahl erlangten. In diesem Sinn waren es notwendige und sinnvoll genutzte Jahre. Ich weiß, viele meinen, daß die Perestroika stagniert, künstlich gebremst wird. In diesem Sinne können Überlegungen über die Notwendigkeit einer solchen Vorbereitungszeit wie eine Apologie der Herrschenden aussehen. Natürlich kamen viele konkrete politische Entscheidungen zu spät, die oberste Staatsmacht zeigte Unschlüssigkeit und Unentschiedenheit, bündelte mit

den Konservativen an und suchte (von einer Position der Stärke aus) die Radikalen auszustechen. Doch wie viele dieser Fehler, dieser verspäteten Entscheidungen es auch gab, den Hauptfehler – einen unvorsichtigen Schritt nach vorn, der hätte verhängnisvoll werden können – taten die Führer der Perestroika nicht. Und jetzt, nach Ablauf des fünften Jahres der Perestroika, da die Alternativen klar geworden sind, da die eindringliche Notwendigkeit einer freien Entscheidung buchstäblich von allen anerkannt wird, ist die Zeit für entscheidende Schritte nach vorn gekommen...

Fünf Jahre sind kein Jubiläum, doch zumindest sind sie ein rundes Datum. Verständlich, warum um den fünften Jahrestag des Amtsantritts von Michail Gorbatschow als Generalsekretär er zum Präsidenten der UdSSR gewählt wurde. Doch die Ironie der Geschichte wollte es, daß gerade am fünften Jahrestag seines Amtsantritts als Generalsekretär der Oberste Sowjet der Litauischen SSR einseitig die Unabhängigkeit der Republik erklärte. Um diese beiden denkwürdigen Tage herum vollzogen oder vollziehen sich symmetrisch, mit einem Abstand von 2 bis 3 Monaten, die Hauptereignisse der Perestroika, die wichtigsten Ereignisse der vergangenen 5 Jahre.

Unschwer kann man sie nennen. Erstens: die faktische Anerkennung eines Mehrparteiensystems durch das Plenum des ZK der KPdSU. Zweitens: eine radikale Reform der ökonomischen Beziehungen.



Glasnost rief geradezu unwahrscheinliche Veränderungen in unseren Vorstellungen von der Welt und unserem eigenen Platz in ihr hervor



Akademienmitglied Andrej Sacharow, der in der Verbannung in Gorki nicht einmal ein Telefon in seiner Wohnung haben durfte, am Rednerpult des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR

Diese Ereignisse sind es wert, daß man auf jedes von ihnen gründlicher eingeht. Die Einführung eines Mehrparteiensystems ist ein Akt der Überwindung des „sozialistischen Pluralismus“ und unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung eines vollen politischen Pluralismus. Letzterer wird als stabiles System der Repräsentation verschiedener Schichten und Gruppen der Bevölkerung im obersten Machtorgan über im Parlament vertretene Parteien bestehen. Der jetzigen Oberste Sowjet wird Züge eines demokratischen Parlaments annehmen, je stärker sich die politischen Kräfte dort nach Parteiplattformen polarisieren. Das ist natürlich ein langwieriger Prozeß. Die Parteien selbst haben sich noch nicht klar genug formiert, haben ihren Anspruch noch nicht deutlich genug angemeldet. Die Demokratische Union, die Liberal-Demokratische Partei, die Christdemokraten, die sich zu Wort meldeten, wurden noch nicht zu Massenparteien, haben die Spezifik ihrer programmatischen Thesen noch nicht verdeutlicht. Möglicherweise werden es erst die nächsten Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR, die sehr wahrscheinlich von Parteiplattformen oder parteiübergreifenden Blockplattformen bestimmt sein werden, erlauben, von einem Mehrpartei-enparlament zu sprechen.

Allein steht nur die KPdSU da. Sie hat ganz andere Probleme als die anderen, gerade erst entstandenen Parteien. Die KPdSU, die ein Mehrparteiensystem

ankündigte, erhebt zugleich den Anspruch darauf, Vorhutpartei zu bleiben. Darunter werden die Beibehaltung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, strikte Parteidisziplin und die Bewahrung des programmatischen Ziels des Aufbaus des Sozialismus verstanden. Die veröffentlichten Dokumente, der Entwurf der Plattform, mit der die KPdSU dem 28. Parteitag entgegengeht, sowie das geplante neue Statut der KPdSU zeugen trotz einer Abschwächung der rigorosen Forderungen an die Parteimitglieder als Berufsrevolutionäre nicht von einer grundlegenden Wende unter den neuen Bedingungen. Die KPdSU bewahrt ihre Identität. Allerdings bleibt unklar, ob, wie ihre Ideologen meinen, die Vorhutrolle den Erhalt eines Mandats für die Machtausübung unter den Bedingungen eines Mehrparteiensystems voraussetzt oder aber ob das Versprechen einer lichten Zukunft ausreichende Rechtfertigung ist, um sich als Vorhut zu behaupten.

Ergebnis dieses Widerspruchs wird offenbar ihre bevorstehende Spaltung sein. An der Parteibasis hat sich die „Demokratische Plattform“ gebildet, die die Anhänger eines „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“ vereint. Der kürzliche Brief des ZK der KPdSU an die Parteimitglieder, der sie zur „Konsolidierung auf prinzipieller Grundlage“ aufrief, erinnert daran, daß es noch Leute gibt, die ihre Prinzipien nicht preisgeben wollen oder können, und deutet an, daß denjenigen, die sie preisgeben (d. h. den Anhängern der „Demokratischen Plattform“) die Gefahr droht, von der Vorhut ausgestoßen zu werden. Der Offene Brief enthält keine direkte Androhung von Parteisanctionen gegenüber den Dissidenten, doch...

Die Gefahr einer Spaltung (vor oder auf dem Parteitag) ist mehr als wahrscheinlich.

Das Bestehen mehrerer Parteien im Rahmen des administrativen Kommandosystems kann sich als Bluff erweisen. Und man hätte sich nicht von den Aussichten auf ein Mehrparteiensystem verführen lassen sollen, wenn die bevorstehende Wirtschaftsreform nicht im Grunde das Ende dieses Systems bedeuten würde. Die Informationen darüber sind bislang halboffizieller Art: Hinweise in der Presse, Informationen der Teilnehmer von Konferenzen auf höchster Ebene. Die entsprechenden Dokumente sind bislang nicht veröffentlicht. Das, was bekannt wurde, erlaubt nicht, an der Ausrichtung der Reform zu zweifeln, die voraussetzt: (a) eine Entmonopolisierung, (b) die Förderung aller Eigentumsformen außer dem großen Staatseigentum, (c) die Übergabe einer Reihe von Staatsbetrieben in den Besitz der Kollektive sowie von Aktiengesellschaften, (d) die Erlaubnis für Privatunternehmertum, (e) die Zulassung (mit gewissen Beschränkungen) von Lohnarbeit. Das soll begleitet sein von der Einführung freier Marktpreise für die meisten Waren und von der Aufhebung der obligatorischen Forderung zu arbeiten (auch wer nicht arbeitet, soll essen). Darauf folgt unweigerlich etwas

Bekanntes aus den Zeiten der Neuen Ökonomischen Politik. Übrigens ist die Analogie zur NÖP ungenau. Die heutige neue ökonomische Politik wird eher an die jetzige polnische Variante erinnern, soll sie ja unter den Bedingungen eines, wenn auch jungen, erst im Entstehen begriffenen, doch demokratischen politischen Systems zur Geltung kommen. Überdies soll sie dieses System unterstützen, soll zu seinem Fundament und Garanten werden, denn ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit sind die Freiheit des einzelnen und politische Unabhängigkeit nicht von langer Dauer.

Die Jahre 1990 bis 1994 versprechen eine schwere Zeit für unser Land zu werden. Schritte zu einer Radikalisierung der Perestroika wurden getan – nicht aufs Geratewohl, sondern im Ergebnis langwieriger konkreter Überlegungen und einer bewuß-

ten Entscheidung. Nicht nur die führenden Vertreter, sondern auch die einfachen Bürger hatten die Chance, die diversen Folgen abzuwägen und Alternativen durchzugehen. Man sollte natürlich nicht vereinfachen. Alle Folgen lassen sich einfach nicht vorhersagen. Obwohl der erste Präsident der UdSSR, wie es scheint, über den sechsten Sinn verfügt – ein Gespür für den Rhythmus der gesellschaftlichen Veränderungen –, steht nicht alles in seiner Kraft. Und wir alle müssen überaus vorsichtig sein, damit unsere gelenkte Revolution (nicht wahr, eine merkwürdige Wortverbindung?) nicht zu einer unaufhaltsamen Lawine wird, die nicht nur viele tausend Menschenleben, sondern unser ganzes großes Land mit sich in den Abgrund zu reißen droht.

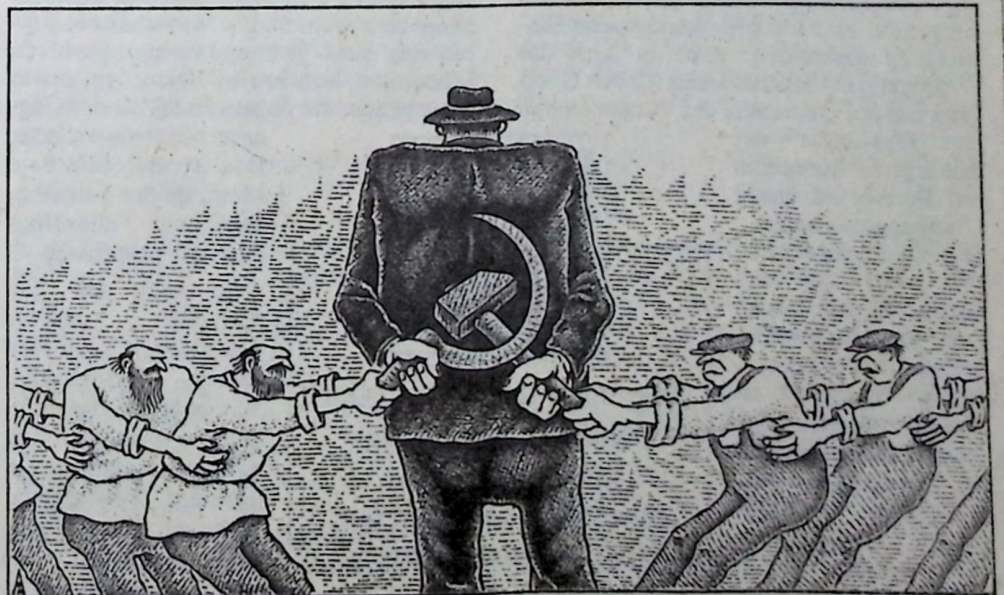
Der Recke am Scheideweg gibt seinem Roß die Sporen...

Wir sehen uns selbst

Sergej Salygin

Und wieder ist ein Jahrfünft, wie man bei uns sagt, vergangen. Die Perestroika ist fünf Jahre alt geworden. Ich denke, daß wir keine exakte Vorstellung haben von dem, was in dieser Zeit erreicht wurde. Wir spüren, daß sich alles verändert und weiter verändern wird. Es fällt allerdings äußerst schwer, wollte man außer der offensichtlich gewordenen Glasnost andere konkrete Ergebnisse der Perestroika nennen. Die einzig reale Errungenschaft besteht wahrscheinlich in unserer Anerkennung der allgemeinemenschlichen Werte. Viele Jahre lang sind wir davon ausgegangen, daß unsere eigenen nationalen, sozialen, politischen und ideologischen Werte das Wichtigste in der Welt seien, daß sich die ganze Welt an ihnen zu orientieren habe. In den vergangenen fünf Jahren haben wir uns davon überzeugt und begriffen (gut, daß das auch unsere Umwelt begriffen hat), daß wir uns die Begriffe der allgemeinemenschlichen Moral zu eigen machen.

Worin kommt das zum Ausdruck? Erstens in Glasnost selbst und in ihrer Entwicklung, in der Freiheit des Glaubens, nicht nur theoretisch, sondern praktisch. Die Religion ist keine Antikultur, wie wir viele Jahre glaubten, sondern ein Teil der menschlichen Kultur. In der Zeitschrift „Nowy Mir“ versuchen wir, den Lesern einen Einblick in die russische Philosophie des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zu geben, indem wir Werke von Berdjajew, Florenski, Bulgakow und Frank veröffentlichen. Wir bringen damit eine völlig unbekannte Philosophie bei uns in Umlauf. Auch Veröffentlichungen des sogenannten Samisdat (Selbstverlag) werden uns zugänglich. Völlig verändert haben sich unsere Beziehungen zu der uns umgebenden Welt. Aber mit der uns jetzt gebotenen Freiheit gehen wir teilweise unbedarft um, wodurch wir uns selbst kompromittieren. Ich meine damit unsere Bereitschaft, unkritisch jenes Neue zu bewerten, mit dem wir konfrontiert werden. Wir denken, daß alles, was man uns früher vorenthalten hat, gut sein muß. Bei



Zeichnung von Andrej Dorofjew, die vor fünf Jahren nicht veröffentlicht worden wäre



Kusnezbecken im Sommer v. J. „Streik“ ist neues Wort in unserem politischen Vokabular

uns fehlt die kritische Einschätzung dessen, was wir entdecken. Wenn vor der Perestroika behauptet wurde, bei „ihnen“ sei alles miserabel, verfallen wir jetzt ins andere Extrem. Das wäre aber nur halb so schlimm. Viel schlimmer ist die Annahme, daß alles, was es bei „ihnen“ gibt, auch für uns paßt. Dabei hat doch jedes Land seine eigene Geschichte, jedes Volk seine eigene Mentalität und Kulturtradition. Der Mensch wird von der Gesellschaft und die Gesellschaft vom Menschen überall anders aufgefaßt. Die wahre Kultur jedes Landes besteht doch gerade und vor allem im Bewußtsein der eigenen Werte. Und dennoch ist die Tatsache, daß wesentliche und vor allem nicht wieder rückgängig zu machende Ergebnisse im humanitären Bereich erzielt werden konnten, offensichtlich.

Für das alltägliche Leben ist das aber viel zu wenig. In der Wirtschaft, die wir immer als Basis und nicht als Überbau betrachtet haben, haben wir eine Situation erreicht, die man mit „halbe-halbe“ kennzeichnen könnte. Scheinbar wurden die Voraussetzungen für eine weitere ökonomische Entwicklung geschaffen, aber es fehlt das Wichtigste, ein Mechanismus für den Übergang von der Ökonomie der Vergangenheit zur Ökonomie der Zukunft. Im humanitären Bereich ist dieser Übergangsmechanismus nicht erforderlich. Wir sprechen von neuen Dingen, lernen neue Begriffe kennen, und das reicht bereits. In der Wirtschaft ist dieser Mechanismus jedoch unumgänglich. Wir wissen, was wir brauchen, kennen unsere Bedürfnisse. Wir haben jedoch keine Ahnung, wie das erreicht werden soll.

Angenommen, wir rufen morgen die freie Marktwirtschaft aus. Das aber würde zu Chaos, Arbeitslosigkeit und zu einer weiteren Verarmung der so schon einkommensschwachen Bevölkerungsschichten führen. Die Folgen wären nicht abzusehen. Wenn wir jedoch die Entwicklung der Marktwirtschaft aufhalten und versuchen, sie irgendwie mit der Planwirtschaft in Einklang zu bringen, finden wir uns zwischen zwei Stühlen wieder. Wir werden weder die Vorzüge der Plan- noch der Marktwirtschaft nutzen können...

Wir leben also in trüben Zeiten, was natürlich auch einen Einfluß auf die Politik hat, weil die Hauptaufgabe der Innenpolitik heute die Wirtschaft betrifft. Und wieder lehnen wir eine Politik ab, ohne eine neue ausgearbeitet zu haben. Deshalb ist eine Periode der Politikastertums, der persönlichen und gruppenweisen Ambitionen angebrochen. Das alles hat schwere Auswirkungen auf die gesellschaftliche Psyche und die Psyche jedes Individuums. Jetzt formt sich die Überzeugung heraus: Wenn einer keinen Feind hat, dann ist er überhaupt kein Mensch. Die Menschen behaupten sich nicht in irgendwelchen positiven Momenten, sondern in Versuchen, etwas zuzuspitzen, die negativen Seiten des Gegners zu entwickeln.

Das ist die einfachste Methode der Selbstbehauptung, allerdings auch die primitivste...

So sehe ich den Zustand unserer Gesellschaft nach fünf Jahren Perestroika. Wir begehen das Jubiläum, nicht formell natürlich, sondern in unserem Bewußtsein. Aber wir können uns nicht vorstellen, was uns in fünf Monaten erwartet...



Wenn vor der Perestroika behauptet wurde, bei „denen“ sei alles miserabel, verfallen wir jetzt ins andere Extrem.

Ratschläge eines Nichtunbeteiligten

Peter Marcy,
amerikanischer Geschäftsmann

Wahre Demokratie ist ein Attribut eines Landes mit einer gesunden Wirtschaft. Die strategischen Ressourcen, eine gut entwickelte Infrastruktur, eine moderne und effektive Produktion und die entsprechende landwirtschaftliche Basis charakterisieren ein wirtschaftlich gesundes Land. In diesem Kontext sei gesagt, daß der Geist des Unternehmertums und der Konkurrenz den weiteren Fortschritt sichert. Dieser Prozeß beschränkt sich nicht allein auf wirtschaftliche Erfolge, sondern führt zu politischer Aufklärung. Die Freiheit der individuellen Tätigkeit und der notwendige Ansporn, um ein höheres Lebensniveau zu erreichen, setzen eine möglichst geringe Einmischung seitens der Regierung und die Annahme eines Verfassungsartikels über die Rechte, die eine freie Entwicklung der Gesellschaft garantieren, voraus.

Natürlich verfügt nicht jedes Land über reiche Ressourcen. Deshalb ist auch die Zahl der wirklich demokratischen Länder beschränkt. Doch allgemein bekannt ist, daß es viele Länder gibt, die sich nur deshalb als demokratisch bezeichnen, weil dort Wahlen durchgeführt werden. Und das, obwohl bei einer eingehenderen Analyse deutlich wird, daß diese Wahlen oft nur ein Deckmantel für ein diktatorisches Regime oder aber für eine sogenannte konstitutionelle Regierung sind, die per Dekret, ohne sich auf das Gesetz zu stützen, herrscht.

Die Sowjetunion, die über enorme Ressourcen verfügt, ist dazu berufen, zu den reichen und politisch aufgeklärten Staaten zu gehören. Leider haben die Jahrzehnte der Selbstherrschaft, des Feudalismus das Land in einem rückständigen, ärmlichen Zustand zurückgelassen. Nach der Revolution von 1917 widmeten die diktatorischen Regimes von Stalin und Breshnew fast all ihre Kraft der Schaffung des Komplexes der Schwerindustrie, um ihre militärischen Ambitionen zu stillen und die Sicherheit ihrer repressiven Herrschaft zu gewährleisten. Die Produktion von Konsumgütern und die Landwirtschaft wurden völlig vernachlässigt. Das Lebensniveau wurde auf dem Existenzminimum eingefroren.

Und da kommt Michail Gorbatschow, ein Mann, mit dem es in der jüngeren Geschichte Rußlands niemand aufnehmen kann, was seinen Mut und seine Weisheit angeht. Die Probleme, mit denen er kon-

Peter Marcy ist langjähriger Autor unserer Zeitschrift, der uns konsequent seine Ideen und Rezepte für eine Überwindung der Krise präsentiert

frontiert wird, sind fast unlösbar: nach außen das aufwendige Wettrüsten mit dem Westen und der unpopuläre, verhängnisvolle Krieg in Afghanistan; nach innen die auf beiden Beinen hinkende, veraltete und stagnierende Wirtschaft.

Gorbatschow wurde mit den äußeren Problemen fertig. Er beendete den Krieg in Afghanistan und den kalten Krieg, leitete einen bedeutenden Abbau der Waffen ein und erreichte, daß die Sowjetunion wieder den Respekt der Weltöffentlichkeit gewann. Das war eine enorme Leistung und ein persönlicher Erfolg des Mannes, der seine immer noch einflußreichen politischen Opponenten am rechten Flügel ebenso wie seine Generale beschwichtigen mußte.

Die inneren Probleme sind geblieben, ja haben sich sogar verschärft. Die Stalinsche Struktur des Staates blieb unverändert. Die Politik der Offenheit erlaubte es, daß sich der Protest des Volkes gegen frühere und jetzige Ungerechtigkeiten artikuliert. Doch Entschiedenheit in der Außenpolitik verbindet sich mit Kompromissen in der Innenpolitik. Freie Parlamentswahlen auf alternativer Grundlage wurden durchgeführt, doch Mandate wurden für Vertreter der Partei reserviert. Unternehmen erhielten Zugang zum internationalen Handel, doch die Exportlizenzen sind faktisch in den Händen der Ministerien. Die Gründung privater Handelsgenossenschaften wird offiziell gefördert, doch vor Ort werden die Genossenschaften von Parteifunktionären und hohen Steuern bedrängt. Ausländer werden aufgefordert, sich an Joint Ventures zu beteiligen, doch man gibt ihnen nicht die Möglichkeit, sich in ihnen zu entfalten. Kurz gesagt, Chaos und Unordnung herrschen im Land.

Folglich ist es jetzt wichtig, daß die Sowjetregierung ihre Wirtschaftspolitik der vergangenen 5 Jahre analysiert und die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen anerkennt. Die vorrangigen Probleme, vor allem das Nahrungsmittel- und das Wohnraumproblem, müssen aufmerksam geprüft werden, und alle wirtschaftlichen Ressourcen des Landes müssen für die Lösung dieser existentiellen Fragen mobilisiert werden. Man darf es den Ministerien nicht mehr erlauben, wie Raubritter im Land zu walten, nicht auf die Bedürfnisse des Landes zu reagieren. Die gesamte zentrale Bürokratie muß durchforstet werden, um jungen, talentierten und energischeren Menschen die Möglichkeit zu geben, politische Schlüsselpositionen innerhalb wie außerhalb der Regierung einzunehmen. Erforderlich sind große Umbesetzungen, einschließlich des Rücktritts und der beruflichen Rückstufung aller – vom Minister bis hin zu den Abteilungsleitern –, wenn sie die Politik der Perestroika nicht konstruktiv akzeptieren wollen oder können. Am schlimmsten sieht es in der Landwirtschaft aus. Sowjetische Delegationen hohen Rangs, die die gesamten Vereinigten Staaten und



Die UdSSR ist berufen,
zu den reichen und
politisch aufgeklärten
Ländern zu gehören

Europa bereisten, ignorierten vollständig die moderne landwirtschaftliche Technologie, die sie dort sahen. Ihr Land vergeudet Milliarden Dollar jährlich für die Einfuhr von Getreide und Fleisch und weigert sich beharrlich, neue, progressivere Methoden der Wirtschaftsführung zu übernehmen, die eine Zuspitzung der jetzigen Nahrungsmittelkrise leicht verhindern könnten.

Die Sowjetunion besitzt Ressourcen, von denen jedes Land nur träumen könnte. Sie hat genug Wissenschaftler, Ingenieure und hochgebildete technische Mitarbeiter. Doch sie besitzt keine wahren Wirtschaftswissenschaftler, da in Ihrem Land nie die nichtmarxistische Politökonomie studiert wurde. Für Abhilfe kann man sorgen, wenn westliche Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsleute und Manager in die Sowjetunion eingeladen

werden, um zu helfen, die Perestroika im Land zu koordinieren. Die von den Reaktionen geschürte Angst vor der Perestroika wird vergehen, wenn die Menschen sehen werden, daß sich die wirtschaftliche Lage verbessert, wenn sie Hoffnung auf ein würdevolleres Leben gewinnen werden. Jetzt muß das Parlament die erforderlichen Gesetze verabschieden, die gleiche soziale Rechte gewährleisten würden, einschließlich von Arbeitslosen-, Krankengeld und Renten, für alle sowjetischen Bürger, auch für jene, die nicht in staatlichen Betrieben tätig sind. Das wird das Mißtrauen gegenüber der Perestroika und die Angst vor einer ungewissen Zukunft noch mehr zerstreuen.

Die jetzigen ethnischen und nationalen Konflikte sind das Ergebnis wirtschaftlicher Fehler. Würde der Organismus des Landes normal funktionieren, würde es keinerlei Exzesse der Gewalt, keine Demonstrationen und Forderungen nach Selbstbestimmung geben. Der demokratische Prozeß würde alle regionalen Konflikte friedlich lösen. Die einzelnen Republiken würden pragmatischer an die Frage eines Austritts aus der Union herangehen, wenn sie sich davon überzeugen könnten, daß es für ihre Völker vorteilhafter ist, in der Union zu verbleiben, als selbständige Staaten zu bilden. Die Freiheit des einzelnen und des politischen Denkens kann es nur bei einer soliden und unabhängigen Wirtschaft geben, nicht aber in einem wirtschaftlichen System der bürokratischen Fernlenkung.

Gleiches Denken und gleiches Fühlen

Viktoria Tschalikowa

„Diese fünf Jahre...“ Sie zerstörten die Illusion von unserer allumfassenden intellektuellen demokratischen Brüderlichkeit, eine Illusion, die uns in den finstersten Zeiten wärmte und tröstete und von der man sich nur so schwer trennt.

Auf diversen Versammlungen werden Aufrufe verkündet, sich „zu konsolidieren“, „nicht in Fraktionen auseinanderzufallen“ und „sich an den Rechten ein Vorbild zu nehmen“, die angeblich so einzig sind. Die Redner bemerken dabei nicht, wie sehr das an die traditionellen Aufrufe zu „monolithischer Einheit“ erinnert, wie sinnlos und hoffnungslos das ist! Und auch die Einigkeit bei den Rechten gibt es nur bei oberflächlicher und von panischer Angst getriebener Betrachtung.

Man könnte sich von Illusionen befreien, würde man regelmäßig aufmerksam die vom Unionszentrum für Meinungsforschung veröffentlichten Materialien studieren. So weist die jüngste Publikation die Genossenschaftler als die

patriotischste Gruppe aus, zeigt, daß 31 Prozent der Leiter von Betrieben und Einrichtungen, der Militärangehörigen und der Mitarbeiter der Organe des Rechtsschutzes entschieden für die Aufhebung des Einparteiensystems eintreten sowie daß Armee und Justiz am wenigsten die Ideen des Marktes und des Pluralismus ablehnen und weniger als andere Bevölkerungsgruppen der Mafia und dem Alkoholismus die Schuld an all unseren Problemen geben.

Die gesellschaftliche Basis der gewohnten ideologischen Antithesen wird immer bunter und verschwommener, die Zielsetzungen werden immer verwirrender.

Doch die Befreiung von bequemen Illusionen ist eine schwere und undankbare Aufgabe. Es gibt für sie keine Belohnung, außer der Erkenntnis der Wirklichkeit. In früheren Zeiten ließen die Dummheit und Unfähigkeit der Hohepriester der offiziellen Ideologie selbst die elementarste geistige Reaktion auf eine Dummheit zu Andersdenken werden, und elementares Mitgefühl für Dissidenten schien – vor dem Hintergrund der harten Repressalien

gegen sie – höchste Humanität zu sein. Natürlich hätte unter den Bedingungen von Massenrepressionen diese quasioppositionelle Haltung nicht solche Ausmaße angenommen.

Es steht außer Zweifel, daß, wenn die „fünf Jahre“ gleich nach dem Stalin-Terror gekommen wären, es in der Intelligenz keinen Schock über eine Spaltung gegeben hätte. Damals zog die Blutsprache einen Schlußstrich – jetzt wurde vieles einfach durch die Neigung zum Nihilismus, dazu, scharfsinnig absolut alles lächerlich zu machen, bestimmt. Das Ende dieser fünf Jahre verlangt gebieterisch andere Talente, und von der Illusion der eigenen absoluten Talentiertheit, die in vielem von der Primitivität der da oben genährt wurde, nimmt man nicht leicht Abschied.

Die Illusionen beruhten auch auf der eingebildeten Gewißheit, daß das Bestehende unerschütterlich sei.

Ich kann mich noch an eine (für mich zufällige) Gesellschaft Mitte der 70er Jahre erinnern: Alle im eigenen Wagen, alle in Pelzen, alle frisch von einer Dienstreise aus dem Ausland zurückgekehrt, der Tisch voller Delikatessen – und den ganzen Abend systemfeindliche Reden mit Zitaten aus Awtorchanow und Sinowjew. Da mußte man für einen Augenblick an die Dekabristen denken, wie sie sich innerlich auf Hinrichtung und Zwangsarbeit vorbereiteten. Doch irgend etwas sagte einem, daß sich diese da nicht zur Zwangsarbeit anschließen. Und wenn plötzlich, dachte ich, eine neue Zeit anbrechen wird? Wie werden sie sich in der neuen Zeit fühlen? Sagen wir, Sinowjew wird für legal erklärt, und allmählich wird alles, wodurch sie sich heute abzuheben suchen – von modischen Jacketts bis zu auf-



Nicht die „-ismen“ sind es,
die uns heute trennen.
Es sind die Emotionen

rührerischen Reden – Gemeingut. Werdensie sich damit abfinden?

Ich kann mich auch an eine andere Gesellschaft erinnern, doch schon in diesen fünf Jahren... Alle ärmer, der Tisch einfacher gedeckt, den Wodka mühsam erstanden, doch jeder Fünfte zurückgekehrt aus einem anderen Leben: aus dem Lager, aus der Verbannung, aus dem Krankenhaus, aus dem Exil, aus dem Vergessen. Das ist ein freudiges Leid, diese Tränen werden nie vergessen, nie vergehen. Gerade in diesen Minuten bildeten sich alle unsere künftigen Haltungen heraus: zu Gorbatschow, zu Brazauskas, zu Gdylan, zu den Schlägertrupps, zu den Flüchtlingen. Alles entschieden diese Minuten – und die Lagerliteratur, die uns anschließend überflutete. Dutzende Überlebender, von „Freunden, Kameraden, Brüdern“ und Dutzende Millionen Gequälter, Verbotener und plötzlich Wiederauferstandener, von Müttern und Vätern, die jetzt zu sprechen wagten, standen still in unserer aller Mitte, die „Gleichgesinnten“ von gestern spaltend.

Doch ist Andersdenken etwas „Positives“? Ja, hier setze ich Anführungszeichen, weil es nicht darum geht. Juri Lotman sagte es blendend in seiner kürzlich gesendeten Fernsehansprache am Sonntagabend: Andersdenken ist die Gewähr eines fruchtbaren und langanhaltenden Umgangs. Mit einem Gleichgesinnten findet man einen Abend oder auch zwei die gleiche Sprache – und dann? Doch er sprach von Andersdenken, nicht aber von Andersfühlen. Jede Gemeinschaft – von einer Gemeinschaft der Bürger, einer Partei bis hin zu Freundschaft und Familie – beruht auf Andersdenken, kommt dadurch voran, daß die Ideen aufeinanderprallen. In Pjotr Grigorenkos Memoiren las ich herzliche Worte über den Philosophen Grigori Pomeranz: „Wir haben uns ja in leidenschaftlichem Streitgespräch kennengelernt und sind Freunde geworden“, sagte mir Grigori.

Doch unterschiedliches Fühlen zerstört alles: die Gruppe, eine Partei, die Familie. Die Menschen können friedlich, wenn auch leidenschaftlich über die Vorteile einer kalten oder warmen Behausung streiten, doch wenn einer durch eine zu hohe, der andere aber durch eine zu niedrige Temperatur krank wird, ist ihr gemeinsamer Aufenthalt in einem Raum durch keinerlei hohe Ziele gerechtfertigt (nur ist er leider oft unvermeidlich).

Angenommen, ich bin für die Teilung der UdSSR in voneinander völlig selbständige Staaten, du aber bist für ein einheitliches Land, doch wenn wir gemeinsam alles tun, versuchen, den unglücklichen Flüchtlingen nach Kräften zu helfen, ist unser Konsens sichergestellt. Wenn wir aber die politische Haltung des anderen teilen, aber nicht gemeinsam das gleiche empfinden, sollten wir besser auseinandergehen. Man kann einen Menschen überzeugen, ihm andere Gefühle zu vermitteln aber ist schwer.

Diejenigen, die die Rückkehr eines zerstörten Lebens und einer zerstörten Kultur erlebt haben, werden nicht sagen, daß man jemanden foltern darf, um ein falsches Geständnis zu erzwingen, wenn das „für den Kampf gegen eine überholte Ideologie nützlich ist“.

Sie werden nicht sagen, daß man Zeugenaussagen von Menschen, die in Baku nach dem 14. Januar verletzt wurden, einfach zur Seite schieben sollte, da das nicht „Wasser auf unsere Mühlen“ sei. Das ist keine Metapher, das hat es gegeben. Ein junger Mann zog das Heind hoch und demonstrierte die am 19. Januar gebrochenen Rippen... Kann ich „im Konsens“ mit jemandem sein, der das so kommentierte:

„Ich kann doch nicht eine Konzeption wegen irgendwelcher Rippen brechen!“

Etwas muß leiden: entweder die Rippen oder Konzeptionen.

Nicht die „-ismen“ – Liberalismus, Sozialdemokratismus, Sozialismus, Anarchismus – sind es, die uns heute trennen. Die Ideologieforscher wissen, daß sich letztlich alle bis zu Ende durchdachten Ideen in ihrem Kern ähnlich sind. Es sind die Emotionen, die uns trennen.

Was ist mit unseren unterschiedlichen Gefühlen zu tun? Da nichts getan werden kann, sollte man vor allem keine Angst davor haben. Man sollte sich nicht durch den Mythos von der Einheit des „anderen Lagers“ einschüchtern lassen: Nein, dort herrscht keinerlei Einheit, und das Lager ist brüchig. Man darf keine Angst haben, allein dazustehen, eine Minderheit zu sein. Ein Verband der, die allein dastehen, eine Partei der Parteilosen – das ist Utopie, doch etwas in dieser Art kann es geben. Man muß nur die Schüchternheit vor einem ungewohnten Zusammengehen überwinden – im Leben, nicht aber nach einem Schema. Leicht ist es, „Freunde, Kameraden, Brüder“ vor dem Hintergrund einer marasmatischen Bürokratie zu sein. Noch leichter ist es, über die Herrschenden in Zeiten zu schimpfen, da darauf keine Repressionen folgen, sondern Dienstreisen und Plätze im Präsidium winken...

Die Diskussion über Erfolge und Mißerfolge der Perestroika wird in den nächsten NZ-Heften fortgeführt von Poel Karp, Grigori Baklanow, Sergej Tschuprinin...



Titelbild der Zeitschrift „Krokodil“ vom April 1990. Fünf Jahre unwahrscheinlicher Veränderungen, vor allem in den Massenmedien...

Wenn ich einmal reich wär...

Es heißt, daß man so lebt, wie man arbeitet. Da wir schlecht arbeiten, leben wir auch schlecht.

Vom Standpunkt der formalen Logik scheint alles zu stimmen. Denn schon Marx und Engels lehrten, daß Arbeit die Quelle allen Reichtums sei. Jedes ökonomisch wohlhabende Land verdankt seine Blüte seinen aufopferungsvoll im Schweiß ihres Angesichts arbeitenden Bürgern. Einen anderen Weg zum allgemeinen Wohlstand gibt es nicht.

Auch uns täte es Not arbeiten zu lernen. Beinahe jeden Tag bekommen wir zu hören, daß es Zeit sei, alles umzugestalten, sich zusammenzunehmen und unter dem Einsatz aller Kräfte anzufangen, effektiver zu arbeiten. Uns treiben die unmittelbaren

Vorgesetzten an, die Morgenzeitung, die nichtendenden Radiosendungen, die Appelle und Beschlüsse von Partei und Regierung. Alle wollen, daß wir unser Arbeitssoll erfüllen und übererfüllen.

Auch unser verehrter Premierminister hielt es für nötig, mit der Erläuterung des vom Kongreß der Volksdeputierten unterstützten Programms zur Gesundung der Wirtschaft des Landes an das Bewußtsein der Arbeiter um ihres eigenen Heils willen zu appellieren. „Damit das Geplante Wirklichkeit wird“, sagte der Premierminister, „müssen alle Werktätigen das Programm zu ihrer Herzensangelegenheit machen. Denn von seiner erfolgreichen Verwirklichung hängt die Verbesserung ihrer Lage ab.“

O weh, nach den Ergebnissen der ersten Monate dieses Jahres zu urteilen, beeilen sich die Werktätigen auch dies Mal nicht, die Sache anzupacken und der Welt ein Beispiel heldenhaften Arbeitseinsatz zu geben. Vielmehr verschlechtert sich die Lage unserer Wirtschaft und damit auch die der Werktätigen immer mehr.

Daraus folgt, daß sogar die Agitation von ganz oben keinen Effekt mehr erzielt. Und hat sie überhaupt einen Sinn?

Dem Verfasser dieser Zeilen, ein berufsmäßiger Leser der westlichen Presse, ist zum Beispiel noch nicht einmal in einer amerikanischen Zeitung einem Aufruf des Präsidenten an die dortigen Metallarbeiter begegnet, den Ausstoß an Gußeisen und Walzerzeugnissen zu erhöhen, oder etwa in einer englischen Zeitung der Aufruf des Führers der Regierungspartei an die britischen Maschinenbauer die Qualität der von ihnen erzeugten Produkte zu erhöhen. So etwas hat es nie gegeben, weil es nicht gar möglich ist.

„Die Regierung“, bemerkte einmal die sehr erfahrene Frau Thatcher, „weiß nicht, wie man Unternehmen führt, deshalb nimmt sie an den Geschäften des Unternehmens selbst nicht teil. Die Unternehmer aber, die schon seit Jahren die Geschäfte führen, Veränderungen wahrnehmen, neue Produkte entwickeln, wissen, was die Leute brauchen. Daher überlassen wir ihnen auch die Führung der Industrie.“

Das bedeutet aber keinesfalls, daß die Regierung in England, den USA, Japan, oder Südkorea sich der Lösung wirtschaftlicher Probleme enthält. Sie legt das Budget fest, achtet auf einen gesunden Finanzhaushalt, verabschiedet Sozialprogramme und trägt Sorge für die Kranken und Mittellosen. Aber sie beginnt nicht, den Bauern zur Erhöhung des Milchtrages zu zwingen oder den Industriellen dazu überreden, mit der technischen Entwicklung

Schritt zu halten. Weder in dem einen noch in dem anderen Fall könnte sie anders handeln. Denn keiner gräbt sich selbst die Grube.

Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen, und das Streben nach einem besseren Leben gehört zu seinem Wesen. Gerade auf dieser Gesetzmäßigkeit beruht jedes vernünftige Wirtschaftssystem. Wenn die in einer Gesellschaft existierenden Anreize, Regelungen und Gesetze dem nicht widersprechen, wenn sie jeden bestärken, Scharfsinn, Initiative und Unternehmungsgeist an den Tag zu legen, so ist ihr ein Aufblühen einfach vorherbestimmt.

Wenn aber der Staat nur darauf achtet, daß keiner seiner Bürger zu reich wird, wenn er nur sich das Recht, Initiative zu ergreifen, zugesteht und vorschreibt, wer arbeitet und wieviel, was er verdient und welche Produkte er zu welchem Preis kauft, so ist einem solchen Staat ein Betteldasein sicher. Eine widernatürliche Wirtschaftsweise nimmt den Menschen das Bedürfnis, selbst zu arbeiten.

Wir wollen nicht mehr so weiterleben. Aber die neuen Ansätze wollen auch nicht recht fruchten. Das größte Elend besteht darin, daß sich die unmoralische Wirtschaftsweise als mit der Idee des sozialistischen Weges und seiner Grundwerte verbunden erweist, die uns angeblich so von unseren Gründungsvätern hinterlassen wurden. Aber wer hat zu diesen Werten die allgemeine Armut und Schlamperei hinzugefügt? Trotzdem wird beinahe jeder Versuch, wieder vernünftig zu handeln und natürliche Anreize für eine normale menschliche Aktivität zu schaffen, als Verrat am Sozialismus ausgegeben.

1922 trat auf Initiative Lenins das Zivilgesetzbuch und das Gesetz über Grund und Boden in Kraft, die die Rechtsgrundlage der neuen Wirtschaftspolitik bildeten. Das erste Werk verkündete das Recht jedes Bürgers der RSFSR auf Privateigentum und das Recht zur Gründung und Führung eines Handels- und Produktionsunternehmens. Das zweite verkündete die Herrschaft des individuellen bäuerlichen Betriebes, das Recht zur Pacht des Bodens und zur Anwerbung von Arbeitskräften. Heute, nach fast 70 Jahren, erscheint manchem unserer Parlamentarier eine solche Wendung zu einer wirklichen Gesundung der Wirtschaft des Landes als ein unverzeihlicher Frevel.

Dieser Tage erfuhren wir, daß sich die Regierung angeblich endlich dazu entschlossen hat, das Wort „Unternehmertum“ laut auszusprechen. Der Ministerrat der UdSSR hat einen Entschluß angenommen, schneller zur Planungsmarktwirtschaft überzugehen. Das vorgelegte Bündel von Gesetzesentwürfen muß noch vom Obersten Sowjet erörtert werden. Aber das folgende macht stutzig. Als er den Inhalt der für die Regierung vorbereiteten Dokumente kommentierte, nannte ein hochgestellter Vertreter des Ministerrates das Einkommen eines Kooperators „unverhältnismäßig“, wenn es das eines Arbeiters oder Kolchosbauern um das 2–2,5fache übersteigt. Seiner Meinung nach sind hier regulierende Maßnahmen von seiten der Regierung gefordert. Aber erlauben Sie, wenn ein Staat, anstatt Anreize für die Produktionstätigkeit zu schaffen, auf alte Weise alle über einen Kamm schert, wird nichts Gutes dabei herauskommen. Bei der diktierten allgemeinen Armut der Bevölkerung wird unser Land nie reich werden.



Sergei
Goljakow

**Es gibt
kein
reiches
Land mit
einer
armen
Bevölkerung**

Westeuropa und die Umbrüche in Osteuropa

Auf der Suche nach neuen gesamteuropäischen Strukturen

Heinz Timmermann

Der politische, wirtschaftliche und moralische Bankrott der Systeme Stalin-Breshnewschen Typs in der Sowjetunion, in Osteuropa und in der DDR hat in Westeuropa ein gemischtes Echo gefunden. Angesichts des überraschend rapiden Tempos der Umbruchprozesse ist dies durchaus verständlich. Einerseits rücken die demokratischen Revolutionen in Osteuropa stärker denn je die Chancen für eine Hinwendung der Osteuropäer „nach Europa“ und damit für ein umfassendes Zusammenwachsen des Alten Kontinents in das Blickfeld. Umfassende Programme der Westeuropäer zur wirtschaftlichen Abstützung der Reformen in Osteuropa werden entwickelt und sind teilweise schon angelaufen. Andererseits rufen die Umbrüche aber auch Unsicherheiten und Befürchtungen hervor, wecken sie in Westeuropa das Gefühl: Alles wird unvorhersehbar, nachdem das Unvorhersehbare im Osten Wirklichkeit geworden ist. Es wächst die Besorgnis, daß die morsche Mauern, die die Volksbewegungen mit Duldung oder indirekter Förderung Gorbatschows umgestoßen haben, dem Westen auf den Kopf fallen könnten. Mancherorts schimmert sogar eine gewisse Nostalgie nach den jahrzehntlang gültigen Gewißheiten des Status quo in Europa durch, z. B. in undifferenzierten Forderungen nach „Stabilität“ überkommener Strukturen.

Gespeist werden die Hoffnungen bzw. Befürchtungen von Unsicherheiten über Formen und Inhalte der politischen Neugestaltung Europas, wobei spätestens nach dem Fall der Berliner Mauer die Deutschland-Problematik zentrale Bedeutung gewann und seither alle Überlegungen der Westeuropäer zu neuen Großkonzeptionen ganz wesentlich mitbestimmt. Hier geht es u. a. um folgende Fragen: Bringt der sterbende Kommunismus die Gleichgewichte in Europa in Gefahr oder kann es in einem system-

übergreifenden Krisenmanagement gelingen, die Prozesse des Übergangs zu neuen Strukturen zu steuern? Welche Konzepte gibt es, um die beiden gegenläufigen Bewegungen in Europa – den Souveränitätsverzicht im Westen und die wachsenden Renationalisierungstendenzen im Osten – in Einklang zu bringen? Sollen die EG ihre Integrationsdynamik eher abbremsen, um den Abstand zu den Osteuropäern nicht weiter zu vergrößern? Oder sollte sie sie umgekehrt gerade verstärken, um als leistungsfähige Modernisierungspartnerin Osteuropas die Reformprozesse in dieser Region wirksam fördern zu können? Soll der Westen dabei strategisch auf eine umfassende Kapitulation des Ostens setzen oder eher auf eine evolutionäre Entwicklung in Partnerschaft? Und schließlich die zentrale Frage: Wie lassen sich die Prozesse des Zusammenführens in ihren unterschiedlichen Dimensionen – in Deutschland, in Westeuropa, in Gesamteuropa – miteinander verzahnen, damit unvermeidbare Phasenverschiebungen nicht desintegrierend wirken, sondern sich womöglich sogar wechselseitig stimulieren?

Bedingte Zustimmung zur deutschen Einheit

Die westeuropäischen Verbündeten unterstützen – ebenso wie die USA – Entwicklungen hin zu einer europäischen Friedensordnung, in der das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt. Sie tun dies nicht nur taktisch aus der Einsicht in die Unvermeidlichkeit einer solchen Entwicklung, sondern auch als Konsequenz ihres grundsätzlichen Eintretens für das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie ihres Strebens, „immer die Partei der Freiheit zu ergreifen“. Zugleich weisen sie jedoch darauf, daß die Frage der deutschen Einheit aus historischen und geografischen Gründen alle Völker

Europas betrifft und nicht nur die Deutschen allein. Daraus ergibt sich für die Westeuropäer die Forderung, daß sich das Zusammenwachsen nicht in stürmischem Alleingang der Deutschen vollzieht, sondern als Etappenprozeß sowie im Kontext der internationalen Verpflichtungen, der Ost-West-Zusammenarbeit und der EG-Integration.

Das Streben der Westeuropäer nach Einbindung des deutsch-deutschen Zusammenwachsens in die übergreifenden europäischen Integrations- und Kooperationsprozesse wurzelt heute weniger in der Sorge vor einer wiedererstehenden militärischen Großmacht im Herzen Europas: Bei der Bestimmung von Gewicht und Einfluß moderner Staaten verliert der militärische Faktor immer mehr an Bedeutung zugunsten von Wirtschaftskraft und technologischer Innovation. Vielmehr ist es gerade die ökonomische Dynamik der Bundesrepublik und der über sie vermittelte politische Machtzuwachs, der Befürchtungen vor Sonderwegen eines vereinigten Deutschland, vor einer deutschen Dominanz in der EG und vor einer faktischen Penetration Osteuropas durch die Deutschen weckt. Diese aus Sorge vor einer Störung der gewachsenen europäischen Gleichgewichte geborenen Befürchtungen fanden darin Nahrung, daß Bundeskanzler Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan zur Deutschlandpolitik im Alleingang, ohne Information oder Konsultation der Verbündeten abgab.

Die in der deutsch-deutschen Annäherung liegenden Chancen für Europa können nur bei einem Ausgleich der Interessen aller Seiten genutzt werden. Die Westeuropäer sollten nicht den Eindruck erwecken, die Deutschen auf dem Weg des Zusammenwachsens disziplinieren zu wollen – etwa durch eine demonstrative Reaktivierung der Vier-Mächte-Verantwortung, durch eine zielgerichtete Wiederbelebung der Achse Paris – Moskau, durch eine entsprechende Instrumentalisierung von „Helsinki II“. Dies würde in beiden Teilen Deutschlands den Drang nach eigenständigem Handeln eher stärken. Die Bundesrepublik ihrerseits sollte die Befürchtungen ihrer Partner ernst nehmen sowie die Vertrauensbildung durch permanente Konsultation und vertiefte EG-Kooperation fördern. Ähnlich wie die Ende der 60er Jahre eingeleitete neue Bonner Ost- und Deutschlandpolitik mit einer Vertiefung der EG-Integration einherging und nur im Einklang mit den Verbündeten erfolgreich sein konnte, so braucht die Bundesrepublik auch jetzt zur Verwirklichung nationaler

Aspirationen das Vertrauen und die Unterstützung ihrer westlichen Partner.

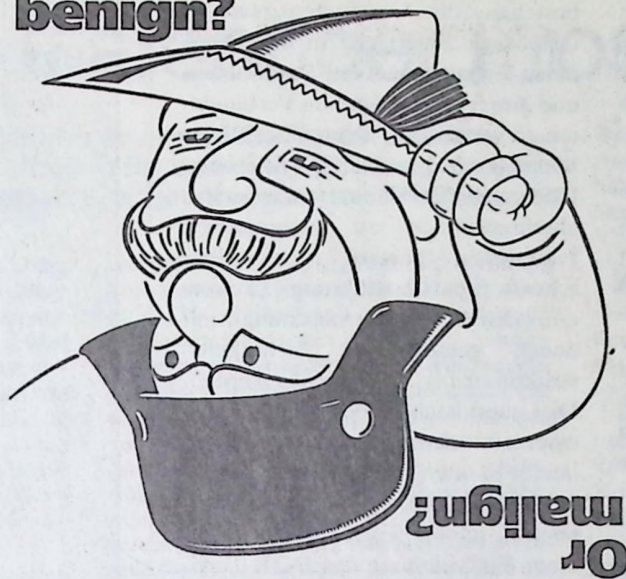
Ein solches Vertrauen in die Deutschen und ihr Streben nach Einheit könnte darüber hinaus durch eine politisch verbindliche Erklärung der Bundesrepublik gefestigt werden, daß die Deutschen auch in Zukunft die Westgrenze Polens nicht in Frage stellen. Die Perspektive einer Grenzrevision, und sei sie noch so hypothetisch, stößt bei allen Partnern im Westen auf uneingeschränkte Ablehnung. Diese Position entspringt nicht nur dem Wunsch nach sicheren Grenzen für Polen in einer europäischen Friedensordnung. Sie hängt auch mit dem Bestreben der Westeuropäer zusammen, die schwierige Phase nationaler Selbstfindung und Selbstbehauptung der Osteuropäer – nach über 40 Jahren fremdbestimmter Unterdrückung – nicht durch anachronistische Grenzdiskussionen zusätzlich zu belasten.

Hier drohen in der Tat noch nicht übersehbare Turbulenzen, in deren Folge desintegrative Prozesse neue Integrationsformen überlagern könnten. Gerade bei einer Verschärfung der Wirtschaftskrise ist die Gefahr groß, daß in Osteuropa mit dem Wiederaufleben national-populistischer Strömungen solche Kräfte an Einfluß gewinnen, die das Heil in einem Zurück in die nationalstaatliche Vergangenheit mit ihren ethnischen Antagonismen, nationalen Konflikten und erbitterten Grenzdisputen suchen, damit aber würde in dieser Region die Balance zwischen nationaler Selbstbehauptung und europäischer Orientierung empfindlich gestört, würde das Streben der Westeuropäer konterkariert, den Osteuropäern – nicht zuletzt im Blick auf das materielle Lebensniveau – den Weg „nach Europa“ zu ebnen. Die Folgen einer solchen Entwicklung könnten nicht zuletzt für die Westeuropäer selbst dramatisch werden: Sie könnten sich beispielsweise gezwungen sehen, dann ihrerseits Mauern gegen wirtschaftlich motivierte Ost-West-Migrationsströme zu errichten.

Wachsende Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft

In dieser Situation wächst der Europäischen Gemeinschaft in ihrer wirtschaftlichen und politischen Dimension eine große

Germany benign?



Zwei Gesichter Deutschlands

Zeichnung aus der Zeitschrift „Economist“ (Großbritannien)

Verantwortung zu, übrigens auch in den Augen der USA und der Sowjetunion: Beide Supermächte haben ihre – unterschiedlich begründete – Zurückhaltung bzw. Kritik früherer Jahre gegenüber der EG aufgegeben. Statt dessen setzen sich auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft als zentralem, politisch eigenständigem Faktor bei der umfassenden Sanierung und Modernisierung in Osteuropa, auf ihre aktive Mitwirkung beim Zusammenwachsen Gesamteuropas.

Angeichts dieser Herausforderung wäre jede Verlangsamung der EG-Integrationsprozesse nach britischen Vorstellungen das falsche Signal. Mit ihrem reduzierten Konzept eines „Europa der Vaterländer“ gaullistischer Prägung scheint sich die Regierung in London ohnehin eher von ihrer Aversion gegen weiteren politischen und wirtschaftlichen Souveränitätsverzicht leiten zu lassen als von dem öffentlich bekundeten Wunsch, auf diese Weise den Osteuropäern den Weg nach Europa zu erleichtern. Nur eine wirtschaftlich starke Europäische Gemeinschaft als handlungsfähige Modernisierungspartnerin Osteuropas ist in der Lage, die Reformprozesse in dieser Region wirksam zu unterstützen. Nur in festgefügttem politischem Verbund kann sie Grundlage und zentrales Kernelement künftiger gesamteuropäischer Strukturen bilden und ihre Wirkung als Beispiel friedensstiftender Zusammenarbeit für Gesamteuropa voll zur Geltung bringen.

In diesen Rahmen fügt sich das – französisch inspirierte – Konzept der Brüsseler Kommission, die DDR verstärkt an die EG heranzuführen und hierzu den Vorschlags

Modrows zum Abschluß eines umfassenden Handels- und Kooperationsabkommens konstruktiv aufzugreifen. Diese Bereitschaft bildet ein positives Signal der Gemeinschaft, daß sie die Bundesrepublik bei der Bewältigung der schwierigen Aufgaben zur Wirtschaftsmodernisierung in der DDR nicht allein lassen und ihr das Dilemma einer Wahl zwischen nationalem und europäischem Engagement ersparen will. Die Konkretisierung dieses Konzepts kann dazu beitragen, das deutsch-deutsche Zusammenwachsen gleichsam zu europäisieren und Tendenzen in der Bundesrepublik zurückzudrängen, der Nation Vorrang vor Europa zu geben. Denn eines ist klar: Ein nichtintegrierter deutscher Nationalstaat „wäre kein Schritt auf Europa zu, sondern ein Gegenmodell“ zu den in-

einandergreifenden Prozessen der Integration in Westeuropa und der Dynamik des Naherrückens in Gesamteuropa.

Das durch die Umbruchprozesse in Osteuropa stimulierte Zusammenwachsen Europas, die damit verbundene Reduzierung des militärischen Faktors zugunsten bündnisübergreifender politischer und wirtschaftlicher Kooperation belebt unter den Westeuropäern die Diskussion über die zukünftige Rolle von NATO und EG. Während die einen die NATO in ihrer gegenwärtigen Funktion auch auf längere Sicht für unverzichtbar halten und ihr die Aktivitäten der EG unterordnen (z. B. Großbritannien), sehen andere das Gewicht der EG als politisches Subjekt in dem Maße wachsen, in dem sich die Militärbündnisse in Instrumente des Krisenmanagements und der Abwicklung transformieren (z. B. Italien). Diese Diskussionen weisen gewiß weit in die Zukunft. Sie bergen jedoch einen realistischen Kern: Wenn der Fall der Berliner Mauer tatsächlich den Anbruch einer Epoche umfassender Ost-West-Zusammenarbeit signalisiert, so wird die EG als Gemeinschaft vertiefter politischer Kooperation an Bedeutung gegenüber einer Militärorganisation gewinnen, die im Zeichen von Kaltem Krieg und militärischer Abschreckung entstand und mit deren Überwindung ihre ursprüngliche Funktion einbüßt.

Die Entwicklung der EG zur umfassenden Union darf sich zugleich nicht auf die politische und wirtschaftliche Dimension beschränken, sondern muß gleichgewichtig auch die demokratische, soziale und ökologische Fundierung der Integration gewährleisten. Denn die Einbeziehung dieser

Aspekte bildet nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Gemeinschaft nach innen, sondern auch für deren Attraktivität gegenüber den Osteuropäern, die sich die Demokratie gerade erkämpft haben und den Akzent zunehmend auf den Schutz der natürlichen Umwelt setzen. Darüber hinaus muß die Gemeinschaft die Binnenintegration mit einer Öffnung nach außen verknüpfen, um den Osteuropäern durch zunehmende Anbindung an EG-Institutionen sowie durch umfassende Hilfe zur Selbsthilfe Chancen für die Modernisierung ihrer Gesellschaften und damit für einen Anschluß an europäische Standards und Normen zu bieten. Die vom Straßburger EG-Gipfel im Dezember 1989 beschlossene Gründung einer Bank für Entwicklung, an deren Arbeit auch die Osteuropäer beteiligt werden sollen, sowie eine Stiftung für die Ausbildung von Führungskräften, Managern und Finanzfachleuten ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Helsinki II als Garant für Wandel und Stabilität

Der gesamteuropäische Prozeß mit seiner Vielzahl von Spezialkonferenzen bildet einen unverzichtbaren Rahmen für Vertrauensbildung und Zusammenarbeit in Europa. Er knüpft ein festes Netzwerk für Wandel in Stabilität – nicht zuletzt dadurch, daß der Umbruch in Osteuropa von den dortigen Reformeliten nicht als ein Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus empfunden wird, sondern als eine in partnerschaftlichem Dialog sich vollziehende Hinwendung nach Europa mit seinen gewachsenen Werten der menschlichen Zivilisation. Auch aus dieser Sicht ist es ein positives Signal, daß die Westeuropäer dem Vorschlag Gorbatschows für eine auf den Herbst 1990 vorgezogene „Helsinki-II“-Konferenz zustimmten.

Dieses Gipfeltreffen wäre sicher zu ambitiös angelegt, wollte es bereits zu diesem Zeitpunkt konkrete Wege zu einer von Mitterrand anvisierten gesamteuropäischen Konföderation

aufzeigen. Ein zentrales Konferenzziel der Westeuropäer könnte darin bestehen, die Umbruchprozesse in Osteuropa zuverlässig in internationalen Engagements der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Verbündeten zu verankern. Wenn dies gelingt, könnten u. a. weitere Schritte beim Übergang der Bündnissysteme von abschreckenden zu kooperativen Funktionen thematisiert und ihre schrittweise Überführung in eine europäische Friedensordnung mit neuen gemeinsamen Sicherheitsstrukturen ins Auge gefaßt werden. Dies läge auch in deutschem Interesse, ist doch ein Zusammenwachsen beider Staaten bei ihrem Verbleib in antagonistischen Militärallianzen ebenso schwer vorstellbar wie bei einer Einbeziehung des DDR-Territoriums in den Bereich der NATO.

Der sowjetische Vorschlag zu einer vorzeitigen Einberufung von „Helsinki II“ fand in Westeuropa nicht zuletzt deshalb ungewöhnlich schnelle Zustimmung, weil beide Seiten interessiert sind, das deutsch-deutsche Näherrücken in die gesamteuropäischen Einigungsprozesse einzubinden, d. h. auf seinen Charakter und seinen Rhythmus Einfluß zu nehmen. Ein deutscher Drang nach rascher Vereinigung birgt die Gefahr in sich, daß die Bundesrepublik auf der Konferenz – auch unter ihren westlichen Partnern in die Isolierung gedrängt würde. Ein Prozeß graduellen Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten in ihren heutigen Grenzen dagegen dürfte allseitige Zustimmung finden.

Mit der Konkretisierung einer europäischen Friedensordnung, in die sich die Einheit der Deutschen organisch einfügt, könnten zugleich die noch bestehenden, von den Deutschen als zunehmend obsolet empfundenen Vorbehaltsrecht der Viersiegmächte abgelöst werden. Dann könnte auch Berlin eine zentrale Funktion erlangen, wie sie in westlichen Kommentaren als Vision beschrieben wird: Berlin nicht als Hauptstadt eines nationalistisch geprägten „Vierten Reichs“, sondern als Metropole einer gesamteuropäisch ausgerichteten Sicherheits- und Vertragsgemeinschaft im Herzen Europas.

„NEUE ZEIT“

**Ein aktueller
Überblick
über das
neue Denken,
Glasnost
und
Perestroika**

In der DDR kann unsere Zeitschrift bei allen Postämtern abonniert werden. In der BRD, Österreich, Berlin (West), der Schweiz und anderen Ländern Westeuropas kann man die NZ bei allen Firmen, die in Geschäftsverbindungen mit V/O

„Meshdunarodnaja Kniga“ stehen, sowie in Buchhandlungen, in denen Literatur aus der Sowjetunion vertrieben wird, bestellen.

**Mit der
„Neuen Zeit“
auf der Höhe
der Zeit!**

Markt als Garant der Prosperität

Darüber waren sich alle Teilnehmer der KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa einig. Wie sind aber die Empfehlungen dieses in Bonn abgeschlossenen Treffens zu realisieren?

Nicht alles Konstruktive in der Weltpolitik geht von Moskau und seinen Bündnispartnern aus. So gehört die Idee der Bonner Konferenz der BRD, und das Schlußdokument wurde von den EG-Ländern ausgearbeitet. Alle 35 KSZE-Staaten waren rasch mit seinen Grundzügen einverstanden. Die positive Einstellung des Westens zur Entwicklung der gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenarbeit ist kein Zufall.

Die enorme Spanne im Lebensniveau von Ost- und Westeuropa ist in letzter Zeit noch größer geworden. Osteuropa erlebt eine akute Wirtschaftskrise. Die Westeuropäer sind über diese Situation besorgt. In der EG versteht man, daß mögliche soziale Explosionen und die Perspektive von Diktaturen in den osteuropäischen Ländern die Stabilität und Prosperität in Westeuropa gefährden könnten. Folglich sind die EG-Staaten objektiv daran interessiert, daß der Wohlstand ihrer Nachbarn im Osten wächst. Kein geringeres Interesse besteht auch an der Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraums.

Ursprünglich wurde die Bonner Konferenz als eine recht begrenzte Veranstaltung im Rahmen des KSZE-Prozesses geplant. Aber die radikalen Veränderungen in Osteuropa 1989 verliehen seinen Beziehungen zur EG eine neue Qualität. In Polen, der Tschechoslowakei und besonders in Ungarn wird sogar die Möglichkeit eines Beitritts zur EG erörtert. Die Bonner Konferenz spiegelte nicht nur diese Veränderungen wider, sondern gestaltete sich auch zu einem wichtigen Schritt auf dem Weg zur gesamteuropäischen ökonomischen Integration.

In Bonn drehte sich alles hauptsächlich um die Mechanismen, die es ermöglichen, die planmäßigen Wirtschaftsstrukturen in die Bahnen des Marktsystems zu lenken, das seine Effektivität bewiesen hat. Mit der Notwendigkeit einer solchen Umstellung waren alle einverstanden. Einige der bei der Konferenz akkreditierten Journalisten waren sogar etwas darüber enttäuscht, daß es bei diesem Forum keine der früher obligatorischen Auseinandersetzungen zwischen den Supermächten, keine Konfrontation der Blöcke, keine Konflikte zwischen einzelnen Ländern und keine Versuche gab, das Schlußdokument zu blockieren.

Aber auch in der konstruktiven Atmosphäre der Konferenz vertrat jeder Teilnehmer seine eigenen Interessen weiter. Die sowjetische Delegation z. B. stimmte zwar

der Idee des Übergangs zum Marktsystem voll zu, bestand jedoch darauf, daß die Termini „Prinzipien“ und „Marktwirtschaft“ entsprechend durch „Ziele“ und „marktorientierte Wirtschaft“ ersetzt wurden; der Anlaß war die bei weitem nicht eindeutige Reaktion in der UdSSR auf den Übergang zu den neuen Wirtschaftsmethoden. Polens und Ungarns Vertreter wollten im Schlußdokument eine Bestimmung über eine liberalere Einstellung zur Verschuldung der osteuropäischen Staaten haben. Der polnische Delegierte erklärte das damit, daß die westlichen Kredite seinem Land nicht auf die richtige Weise gewährt worden seien, und spielte so auf die Verantwortung des Westens für Polens immense Auslandsschulden an. Die Delegationen von Malta und Jugoslawien forderten zu einer intensiveren Hilfe für die Entwicklungsstaaten auf. Die USA bestanden darauf, alle Kapitalschranken zwischen Ländern zu beseitigen.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß die Länder mit der Planwirtschaft ihre außerordentlich schwere Krise nur bei der Umorientierung ihrer Wirtschaft auf Marktpinzipien bewältigen können. Ob das den sowjetischen Konservativen gefällt oder nicht, aber die Menschheit hat vorläufig nichts Besseres zur Regulierung der Wirtschaftstätigkeit erfunden als den Markt. Der Übergang dazu muß entschlossen und schnell sein. Viele in der UdSSR schrecken vor Unbekanntem zurück, aller Anfang ist schwer. Will man jedoch schwimmen lernen, so muß man ins Wasser springen und nicht, am Rande eines Schwimmbeckens stehend, sich immer neue Rettungsringe an den Körper hängen.

Die sowjetische Delegation in Bonn war zahlenmäßig die stärkste. Früher waren zu solchen Treffen viele Menschen „von Amts wegen“ gekommen, und daraus wurde nichts Gesehtes. Diesmal gab es in der Delegation keinen Beamtenballast. Den Grundstock bildeten „Praktiker“, Geschäftsleute: Direktoren von Betrieben, auch von Gemeinschaftsbetrieben, Leiter von Industrievereinigungen, Vertreter des nichtstaatlichen Wirtschaftssektors. Sie waren gekommen, um in den Wandelhallen der Konferenz Kontakte mit westlichen Unternehmern anzuknüpfen. Sieht man von ihrem Streben ab, schon in den ersten fünf Minuten eines Gesprächs mit einem Geschäftsmann die Gründung eines Joint Ventures zu verabreden, hingen

ihre Hoffnungen vor allem mit dem Wunsch zusammen, etwas zu verkaufen; manchmal hatte dieses Etwas einen Namen, der nur für Eingeweihte ein Begriff ist. So suchten Vertreter der Geschäftswelt Kasachstans nach Abnehmern für Graphitelektrodenabbrände (80 t), Kupferkuchen (1000 t) oder metallisches Niob. Dieses letztere gab es nach Wunsch in Barren (12 t) oder Leisten (31 t). Insgesamt enthielt die offiziell verbreitete kasachische Liste 30 solche Posten.

Die Schwerfälligkeit und Zurückgebliebenheit der sowjetischen Wirtschaft behindern den Ausbau der gegenseitig nützlichen Kontakte. Die UdSSR muß dieses Problem selbst lösen. Der Westen bereitet jedoch ebenfalls einige Schwierigkeiten. Nehmen wir das sattem bekannte Problem des COCOM. Das Thema gehörte nicht zur offiziellen Tagesordnung, wurde jedoch von Geschäftsleuten bei ihren Begegnungen oft angesprochen. Es liegt auf der Hand, daß die COCOM-Verbotslisten nützlichen Abschlüssen im Wege stehen. Deshalb meinten die meisten Geschäftsleute, das COCOM in seiner heutigen Gestalt sei überholt und ein Hindernis für die Zusammenarbeit. Bei der abschließenden Plenarsitzung der Konferenz schlug Stepan Sitarjan, Vorsitzender der Staatlichen Außenwirtschaftlichen Kommission des Ministerrats der UdSSR, vor, das COCOM aufzuheben. Ost-West-Konsultationen über die Regeln der Übergabe von Technologien doppelter Bestimmung einzuleiten und, falls erforderlich, ein Verfahren zur Inspektion ihrer Anwendung nach dem Kauf vorzusehen.

Das Bonner Forum fixierte die Prinzipien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraums sowie die Normen der Wirtschaftstätigkeit der KSZE-Staaten. Freilich haben die Dokumente der KSZE-Konferenzen keinen bindenden Charakter. Sie müssen sich zu nationalen Gesetzen verdichten. Bekannt ist jedoch, daß die von der Sowjetunion vor mehr als einem Jahr in Wien angenommenen Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte in der sowjetischen Gesetzgebung bisher nicht verwirklicht sind. Die Bonner Entscheidungen betreffen weit prinzipiellere Fragen der Innenpolitik in der UdSSR als, sagen wir, das Recht auf freie Ausreise aus dem Land und die Heimkehr, als die Möglichkeit, eine Partei zu gründen oder eine Zeitung herauszugeben.

Wie werden sich die sowjetischen Parlamentarier z. B. zu dem Satz des Bonner Dokuments verhalten, die Diskriminierung verschiedener Eigentumsformen, eingeschlossen das Privateigentum, sei unzulässig? Ist man in der UdSSR bereit, den Prin-

zipien der völlig freien Kontakte zwischen Unternehmern verschiedener Länder und eines ungehinderten Austausches von kommerziellen Informationen, sogar der Förderung von kleineren und mittleren Privatunternehmen zuzustimmen? Werden kompetente Organe keinen Anschlag auf die staatliche Sicherheit in dem Satz des Bonner Dokuments von der Notwendigkeit sehen, „umfassende, vergleichbare und aktuelle Informationen über Wirtschaft, Handel und demographische Entwicklung zu veröffentlichen und verfügbar zu machen, ... Daten in bezug auf Statistiken über die Zahlungsbilanz und das Bruttosozialprodukt ... zu veröffentlichen“? Werden einige Leiter nicht von der Gefahr eines „Ausverkaufs“ unseres Landes schreien, wenn sie von der Politik lesen, die darauf abzielt, „den freien Handels-, Kapital- und Investitionsverkehr auszuweiten sowie die ungehinderte Rückführung von Gewinnen in konvertierbaren Währungen“ zu ermöglichen“, davon, daß die Teilnehmerstaaten sich verpflichtet haben, „Einrichtung und Betrieb von Geschäftsbüros und Firmen in ihrem Land (zu) erleichtern, darunter auch das Anmieten und den Ankauf von Geschäfts- und Wohnraum, den Erwerb von Geräten und Transportmitteln, Zugang zu Fernmelde- und Versorgungsnetzen sowie zu sozialen Einrichtungen ... wie auch die ungehinderte Einstellung von Ortskräften für den Bedarf der Unternehmen“?

Man kann nicht sagen, daß die sowjetische Delegation in Bonn nicht all die künftigen Schwierigkeiten versteht. Dennoch war ihr Leiter, der stellvertretende Außenminister Ernest Obminski, optimistisch.

„Für uns stehen Fragen der Übergangszeit – von der Plan- zur Marktwirtschaft – gegenwärtig im Vordergrund“, antwortete er auf unsere Frage nach den Prioritäten der sowjetischen Diplomatie bei der Bonner Konferenz. „In der UdSSR bestehen unterschiedliche Meinungen darüber. Hier auf der Konferenz gehen wir davon aus, daß diese Entwicklung unumkehrbar ist. Ich bin überzeugt: Ohne einen solchen Übergang werden wir nicht in der Lage sein, als gleichberechtigter Partner an der Weltwirtschaft teilzunehmen und mit ihrer Hilfe unsere eigene Wirtschaft zu entwickeln.“

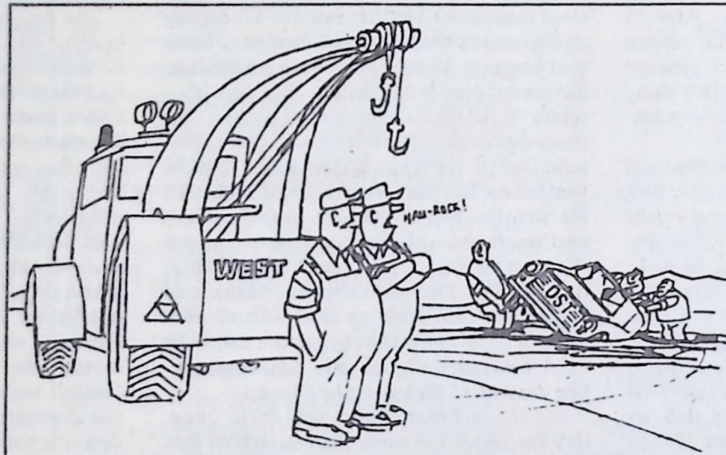
„In der Tat sind die handelnden Personen der Marktwirtschaft die unmittelbaren Produzenten, d. h. Firmen und Unternehmer. Die freie Marktwirtschaft setzt die Selbständigkeit auch in den Beziehungen zwischen Geschäftsleuten aus verschiedenen Ländern voraus. Hier darf sich der Staat nicht einmischen. War die Konferenz in diesem Fall nicht reine Zeitverschwen-

dung? Das Dokument haben ja die Staaten unterzeichnet.“

„Der Staat ist eben dazu da, alle Hindernisse aus dem Weg zum Markt zu räumen und den juristischen, ökonomischen und sonstige Rahmen für sein normales Funktionieren zu sichern. Die Konferenzteilnehmer bekräftigten, ich zitiere das Schlußdokument, „daß Regierungen zwar den übergreifenden Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten festsetzen, Geschäftspartner ihre Entscheidungen aber unabhängig treffen.“

„Ist damit zu rechnen, daß das Schlußdokument die wirtschaftlichen Umstrukturierungen in der UdSSR beschleunigen wird?“

„Ich denke, schon. Es wird die sowjeti-



„Sobald sie aus dem Sumpf heraus sind, werden wir ihnen ein wenig helfen.“

schen Geschäftsleute aktivieren, ihnen die Möglichkeit geben, sich für die wirtschaftlichen Geschicke des Landes wirklich verantwortlich zu fühlen. Außerdem wird das Dokument ein gewichtiges Argument zugunsten einer Veränderung der sowjetischen Gesetzgebung sein.“

Eine der wichtigsten Formulierungen des Schlußdokuments besagt, daß nur der Übergang zur Marktwirtschaft die notwendigen Bedingungen dafür schaffen werde, Osteuropa und die UdSSR in die gesamteuropäische Integration einzubauen. Man kann sich heute die westeuropäischen Länder ohne die europäische Arbeitsteilung nicht vorstellen. Das hat gewiß seine Schattenseiten; die westdeutschen Bauern z. B. sind sehr über die Konkurrenz der Bauern aus anderen EG-Ländern besorgt. Es ist jedoch klar, daß ein Staat, der sich der europäischen Integration anschließt, weit mehr davon profitiert als verliert. Besonders viel gewinnt der Verbraucher: durch größeres Warenangebot und niedrigere Preise.

Die Integration der sowjetischen Wirtschaft in die gesamteuropäische wird jedoch durch innere Gründe erschwert. Diese Integration setzt nämlich u. a. voraus, daß ein Teil der nationalen Souveränität aufgegeben wird. In

Westeuropa sind sich viele nicht einmal dessen bewußt, daß ein Großteil der nationalen Souveränität jedes EG-Staats an die Organe der Gemeinschaft übergeben ist. Die UdSSR aber ist noch bei weitem nicht bereit, diesem Beispiel zu folgen.

Es geht jedoch nicht nur darum. Die EG steht recht skeptisch zu der Aussicht, daß die UdSSR bald in die gesamteuropäische Arbeitsteilung eingebunden werden kann. Dem steht nicht nur die Unmöglichkeit im Wege, die Markt- mit der Planwirtschaft zu vereinbaren. Das Problem liegt auch noch darin, daß das gewaltige rückständige Wirtschaftssystem der UdSSR, einmal ins gesamteuropäische System eingeschaltet, die wirtschaftliche Situation in Westeuropa destabilisieren kann. Viel

attraktiver scheint den Westeuropäern die Aussicht auf eine allmähliche Annäherung der osteuropäischen Märkte. Diese Möglichkeit erweckt bei den Bündnispartnern der UdSSR viel Optimismus. Daher auch die neue Einstellung zum RGW: Seine osteuropäischen Mitglieder sehen in ihm nicht mehr einen geschlossenen osteuropäischen Gemeinsamen Markt, sondern vor allem eine offene, auf den Einschluß in den gesamteuropäischen Wirtschaftsraum orientierte Gemeinschaft. Eine solche Perspektive entspricht objektiv auch den Interessen der UdSSR.

Zugleich damit besteht in der UdSSR die Meinung, die Umorientierung der osteuropäischen Länder auf die EG bedeute eine Schwächung des Ostblocks und eine Festigung des Westblocks. Von unserem Standpunkt aus ist diese Betrachtungsweise nicht nur ein Rückfall in das alte Denken, sondern auch eine Verzerrung der heutigen europäischen Realitäten. Die objektive Logik der europäischen Entwicklung besteht nicht in autarkischen Tendenzen und nicht in der Verfestigung der Spaltung und Zerrissenheit unseres Kontinents, sondern in der gesamteuropäischen Integration, in der Interdependenz und gegenseitigen Durchdringung ausnahmslos aller europäischen Regionen und Staaten.

Die Interdependenz, auch in der Wirtschaft, ist die beste Arznei gegen Konfrontationen.

**Nikita Sholkwer,
Wladimir Rasuwajew**

NZ-Sonderkorrespondenten

BONN

Karikatur:
„Handelsblatt“ (BRD)

Das Kabinett wird es nicht leicht haben

Was erwartet das Land nach dem Rechtsruck?

Die dritten Parlamentswahlen in Griechenland innerhalb der letzten zehn Monate haben keine besonderen Veränderungen in der Zusammensetzung des griechischen Parlaments bewirkt. Sie waren jedoch ausreichend, um die wichtigste Frage des Landes, die Machtfrage, zu lösen. Folglich bewirkten sie in der politischen Situation qualitative Veränderungen. Der Zuwachs von 0,6 Prozent der Wählerstimmen, den die konservative Partei Neue Demokratie (ND) verzeichnen konnte, brachte ihr nur zwei zusätzliche Sitze in der Legislative des Landes ein. Gleichzeitig wuchsen aber damit die Chancen, eine Einparteienregierung zu bilden.

Der 72jährige ND-Führer Konstantin Mitsotakis, der die Unterstützung der Demokratischen Erneuerung (rechtszentristische Gruppierung, die sich vor vier Jahren von der ND abgespaltete) genießt, bekam die für eine Regierungsbildung erforderliche Mehrheit von 151 Parlamentssitzen. Er ist nunmehr Chef des Kabinetts, dem viele bekannte Vertreter der ND angehören, darunter auch solche, die schon von 1974 bis 1981 Regierungsämter innehatten.

Die letzten fünf Monate lebte Griechenland in einer, besonderen Situation: Im Parlament des Landes gab es praktisch keine Opposition. Die führenden Parteien, die Neue Demokratie, die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) und die Vereinigte Linke, hatten im November 1989 die Schaffung einer sogenannten „ökumenischen“ Regierung vereinbart, einer Regierung, die von allen unterstützt wird. Sie konnte sich auf die Stimmen von 299 Abgeordneten stützen. Es schien, als könne das Kabinett unter Leitung des bekannten griechischen Wirtschaftswissenschaftlers, des 86jährigen Xenophon Zolotas, dank dieser soliden Basis alle vor dem Land stehenden Probleme lösen. Besonders viele ungelöste Fragen gibt es in der Wirtschaft: hohe Auslandsverschuldung, Defizit im Staatshaushalt, Unrentabilität des staatlichen Sektors, Uneffektivität des Steuersystems usw. Das alles hat das Land an den Rand einer ökonomischen Krise geführt.

Anfangs hat die „ökumenische“ Regierung eine Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen, die die Lage etwas stabilisierten. Das Kabinett von Zolotas begann mit der Ausarbeitung eines langfristigen Programms, das allerdings der Billigung durch alle Parteien bedurfte, die die Regierung unterstützten. Hier traten jene Schwierig-

keiten auf, die zeigten, daß es recht schwer ist, so unterschiedliche politische Kräfte im Rahmen einer gemeinsamen Regierung zusammenzuhalten. Die Spaltung blieb unausweichlich. Die Konservativen, die sich für eine maximale Liberalisierung des Marktes und die Privatisierung des staatlichen Sektors aussprechen, erklärten, daß so ein gemischtes Kabinett unfektiv und nicht in der Lage sei, eine



Der Führer der Neuen Demokratie Konstantin Mitsotakis feiert seinen Sieg

Foto: „Time“ (USA)

kontinuierliche Politik durchzusetzen. Natürlich lockte sie auch die Perspektive, die für eine absolute Mehrheit im Parlament benötigten Stimmen zu gewinnen und eine Einparteienregierung zu bilden.

In dieser Absicht blockierte die ND die Wahl des Präsidenten durch das Parlament. Die ND rechnete mit der Müdigkeit der Wähler und ihrer Unzufriedenheit wegen vieler ungelöster ökonomischer und sozialer Probleme. Sie trat mit einer psychologisch wirksamen Losung an: „Eine Regierung der Neuen Demokratie oder Chaos“. Die PASOK bestand ihrerseits auf der Zusammenarbeit eines breiten Spektrums politischer Kräfte und äußerte sich für eine fortschrittliche und demokratische Regierung unter Beteiligung der linken Koalition. Mit analogen Positionen traten auch die griechischen Kommunisten auf, die allerdings nicht die Frage beantworten wollten, ob sie zu einer Zusammenarbeit mit der Partei der Sozialisten bereit seien.

Was erwartet Griechenland nach diesem Rechtsruck?

Die Regierung Mitsotakis wird es nicht leicht haben. Das wird aus der minimalen Mehrheit und der Existenz einer mächtigen linken Opposition im Parlament ersichtlich. PASOK-Führer Andreas

Papandreou meint, das Kabinett Mitsotakis habe keine Perspektive und werde nicht lange von Bestand sein. Die Zeit wird zeigen, ob diese Einschätzung gerechtfertigt ist. Zunächst muß die ND-Regierung beweisen, daß ihre neoliberalen Rezepte der kranken Wirtschaft wieder auf die Beine helfen. Sie darf nicht die Hoffnungen der Menschen enttäuschen, die auf eine Lösung ihrer akuten sozialen Probleme warten.

Die neue Regierung muß auch die griechische Außenpolitik aus ihrem „Feinfrostzustand“ erlösen, die aufgrund mangelnder Übereinstimmung zwischen den Regierungspartnern äußerst lasch war. Die Regierung der Neuen Demokratie will, früheren Erklärungen ihrer Führer zufolge, ein zuverlässiger Bündnispartner innerhalb der NATO sein und ihre Politik im Rahmen der EG präziser koordinieren. Es soll auch eine neue Vereinbarung über die amerikanischen Stützpunkte in Griechenland abgeschlossen werden. Die ND meint, daß die Stationierung der US-Amerikaner den nationalen Interessen des Landes entspricht. Die Regierung Mitsotakis wird dem gesamteuropäischen Prozeß und der Zusammenarbeit auf dem Balkan besondere Aufmerksamkeit schenken.

Was die griechisch-sowjetischen Beziehungen betrifft, bestehen für ihre weitere Entwicklung gute Voraussetzungen. Griechische Geschäftskreise, die eine wichtige Stütze der Neuen Demokratie darstellen, wollen Zugang zum sowjetischen Markt finden und direkte Beziehungen zu südlichen Regionen der UdSSR, insbesondere an der Schwarzmeerküste, aufnehmen. Die Geschäftsleute sind optimistisch gestimmt. Hierbei verbergen sie nicht, daß ihre Hoffnungen mit der baldigsten Durchführung einer radikalen Wirtschaftsreform in der UdSSR verbunden sind.

Die Leader der ND unterstützen dieses Interesse der Geschäftskreise an einer Ausweitung der allseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der UdSSR, an der Entwicklung traditioneller kultureller und geistiger Beziehungen zwischen beiden Völkern. Gute Absichten sind also vorhanden. Es kommt nur noch darauf an, sie zu realisieren.

G. Schapowalow

Monolog oder Dialog?

Sehnsucht nach Frieden und Mißtrauen gegenüber der Palästinensischen Befreiungsorganisation... Diese Stimmungen herrschen heute in Israel vor. Kann man einer Aussöhnung bei gegenseitigem Mißtrauen überhaupt einen Schritt näher kommen?

Shimon Perez wird niemals Ministerpräsident“, sagten alle, die ich im September des vorigen Jahres in Israel befragte. Ein halbes Jahr später wurde er für dieses Amt vereidigt.

Der von den Arabern gehaßte „zionistische Falke“ General Weizman genießt heute unter den palästinensischen Patrioten großes Ansehen.

Yasser Arafat, der das „zionistische Gebilde“ vom Antlitz der Erde vertilgen wollte, will heute Friedensverhandlungen mit Israel aufnehmen und mit diesem Staat in guter Nachbarschaft leben.

Ist dort tatsächlich alles so unberechenbar? Im Gegenteil, alles fügt sich logisch zusammen. Man kann sogar Prognosen für die Zukunft anstellen: Alles läuft auf eine internationale Friedenskonferenz hinaus, darauf, daß der Staat Palästina bald wieder Heimatboden unter den Füßen spüren wird.

Wenn nicht...

Das ist ein Thema, das man nicht unbeachtet lassen sollte. Ich hatte ein interessantes Gespräch mit zwei israelischen Offizieren, einem Oberst und einem Oberstleutnant. Beide kennen die Intifada, den Krieg der Steine in den besetzten Gebieten.

„Wir sind ein zu kleiner Staat, um ein Risiko eingehen zu können“, sagte der eine. „Unsere Militärdoktrin besagt, daß wir einen Präventivschlag führen müssen, wenn unsere Existenz ernsthaft bedroht ist. Wenn es diese Bedrohung nicht gibt, werden wir niemals als erste angreifen. Ein Beispiel hierfür sind die Ägypter. Sie haben zugestimmt, an unserer Grenze eine entmilitarisierte Zone zu errichten, und können jetzt völlig unbesorgt schlafen. Trotzdem dringen von ägyptischem Territorium hin und wieder Terroristen auf unser Gebiet vor, die uns Sorgen machen.“

„Wenn der arabische Staat, von dem Sie sprechen, in Palästina geschaffen werden soll“, fuhr der andere fort, „muß er entmilitarisiert sein, weil er sonst Israel nicht in

Frieden leben lassen würde. Israel muß dagegen seine militärische Macht behalten, da unser Land ringsum von arabischen Ländern umgeben ist, die über ein riesiges militärisches Potential verfügen, das gegen Israel gerichtet ist. Im Prinzip könnten wir sogar die Sicherheitsgarantie für Arabisch-Palästina vor äußeren Übergriffen übernehmen.“

Die meisten Israelis, mit denen ich zusammentraf, äußerten bezüglich der Gründung eines arabischen Staates Palästina folgenden Gedanken:

„Die können jetzt schon in ihrer Palästinensischen Befreiungsorganisation keine gemeinsame Sprache finden. Was soll bloß daraus werden, wenn sie so einen Staat ausruhen? Ein zweiter Libanon!“

In der NZ 16/90 hat der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter des Staates Palästina in der UdSSR Nabil Amr eine fundierte Antwort auf derartige Fragen gegeben, die viele Bürger Israels beunruhigen. Der angeführte Gedanke ist ja gerade typisch für Leute, die sich kaum mit Politik befassen.

Man kann dem nur hinzufügen, daß die PLO trotz eines breiten Meinungsspektrums innerhalb dieser Organisation den einmütigen Beschluß gefaßt hat, Israel den Ölzweig zu reichen. In Israel gibt es auch unterschiedliche Meinungen. Einige, die von Berufspolitikern und Knesseth-Abgeordneten stammen, möchte ich anführen.

Taufik Toubi ist stellvertretender Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels und Knesseth-Abgeordneter. Die KPI gehört der Demokratischen Front für Frieden und Gleichberechtigung an, die in der Knesseth über vier Sitze verfügt (von 120).

„Zunächst möchte ich feststellen, daß in der israelischen Gesellschaft eine politische Polarisierung zu beobachten ist. Auf der einen Seite stehen reaktionäre Elemente und Chauvinisten, die für eine Liquidierung alles Arabischen und die Vertreibung der Araber aus den besetzten Gebieten eintreten. Sie fordern die Annexion dieser Territorien. Die Rechtsparteien bestehen dar-

auf, daß gegen die Aufständischen mit aller Härte vorgegangen wird, daß zu ihrer Unterdrückung große militärische Kräfte eingesetzt werden.

Andererseits erstarken neue Tendenzen. Ihre Verfechter sind von der Grausamkeit des Vorgehens gegen die Aufständischen schockiert. Sie haben das wahre Gesicht der Okkupanten gesehen und fordern die Beendigung des Blutbades sowie eine Lösung des Problems der arabischen Gebiete. Sie zeigen Mitgefühl für das Volk, das so hartnäckig und heldenhaft um seine Freiheit kämpft.

Als Beispiel möchte ich die Position der Bewegung „Frieden jetzt“ nennen. Nach den Initiativen, die von der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Algier verkündet wurden, veröffentlichte diese Bewegung einen Aufruf, in dem die Position von Premier Shamir verurteilt und die Regierung Israels aufgefordert wird, unverzüglich Verhandlungen mit der PLO aufzunehmen.

Wir israelischen Kommunisten freuen uns darüber, daß unsere Lösungen, die wir schon seit langem in der Knesseth vorbringen, immer größere Unterstützung finden, selbst seitens einiger zionistischer Organisationen und Parlamentsabgeordneter der regierenden Partei der Arbeit. Wir treten für eine solche Lösung des Konfliktes ein, die auf der Achtung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen Staates beruht. Der einzige Weg zu einer solchen Lösung, zum Frieden überhaupt, führt über eine internationale Konferenz, an der alle interessierten Seiten einschließlich Israels und der PLO teilnehmen.“

Yossi Sarid, Knesseth-Abgeordneter der Bürgerrechtsbewegung, die über fünf Parlamentssitze verfügt, sagte hierzu:

„Ich kann nicht von mir sagen, daß ich ein Sympathisant der PLO wäre, aber mit Gegnern muß man ebenfalls einen Dialog führen. Deshalb trete ich für direkte Verhandlungen mit der PLO ein. Leider kommen wir dabei schon fast 20 Jahre nicht von der Stelle.“

Unsere Bewegung setzt sich für einen Rückzug Israels in die Grenzen von 1967 ein. Wir sind zwar ein kleines Land, doch stark genug, um uns in jeder Situation zu verteidigen. Wir haben also nichts zu befürchten. Auf dem Weg der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates sehe ich viele Schwierigkeiten. Yasser Arafat muß zudem noch den Extremismus in den eigenen Reihen bekämpfen. Die Entmilitarisierung des künftigen palästinensischen Staates wird einfach unumgänglich sein, sonst wäre der Frieden zu sehr gefährdet. Ich hoffe, daß Yasser Arafat zu einer Zusammenarbeit mit Israel bereit ist, um seinen Staat bei allen innerarabischen Streitigkeiten zu schützen. Ohne die Lösung der Palästina-Frage ist auch die israelische Souveränität nicht gesichert.“



Arabische und jüdische Frauen demonstrieren in Tel-Aviv für den Frieden

Foto: „Palestine“ (PLO)

Yoash Tsiddon ist Knesseth-Abgeordneter der von Raphael Eitan geführten Tzomet-Partei, die über zwei Sitze im Parlament verfügt. Tsiddon wird als „extrem rechter Falke“ bezeichnet.

„Ich bin gegen jegliche Verhandlungen über eine Autonomie für die Araber. Wir müssen die alleinigen Herren über das gesamte Gebiet Palästinas sein. Keinerlei politische Freiheiten für die Araber. Alles andere ja, aber das auf keinen Fall. Ich bin gegen jegliche Verhandlungen mit Yasser Arafat. Wenn sich in Israel ein Araber an terroristischen Handlungen beteiligt, ist er sofort zusammen mit seiner ganzen Sippe auszuweisen. Wenn die Araber Diversionsakte verüben, müssen sie den angerichteten Schaden bezahlen.“

Vergessen Sie bitte nicht, daß gerade die Sowjetunion die Schuld für die übermäßige Militarisierung der Araber trägt, die jetzt sogar stärker sind als die NATO. Ihr habt das Wettrüsten im Nahen Osten in Gang gesetzt. 1948 haben nicht wir die Araber überfallen, sondern sie uns. Will man genau sein, dann haben die Araber schon vor 72 Jahren den Krieg gegen uns begonnen. In diesem Krieg, meine ich, muß nicht unbedingt getötet werden. Es genügt, dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Mordehai Bar-On ist kein Abgeordneter. Der Politiker gehört aber zu den Führern der Bewegung „Frieden jetzt“.

„Wir erklären mit Stolz, Zionisten zu sein. Der Zionismus ist der Ausdruck des

Strebens aller Juden der Welt, einen eigenen jüdischen Staat zu errichten. Darin sollen aber gleichberechtigt auch andere nationale Minderheiten leben können. Träumt davon nicht auch der Schriftsteller Rasputin für Rußland und Yasser Arafat für seine palästinensischen Araber? Ausgehend von der Idee des Zionismus wenden wir uns gegen jegliche Okkupation und Annexion arabischer Gebiete. In diesem Fall könnte nämlich die jüdische Bevölkerung leicht zu einer Minderheit werden. Wir sehen einen Weg zur Lösung des Problems in der Gewährung der Autonomie für die Araber in den besetzten Gebieten als ersten Schritt. Die Gründung israelischer Siedlungen muß dort unverzüglich gestoppt werden. Später sollten Verhandlungen über die völlige Unabhängigkeit der Palästinenser folgen. Ich bin davon überzeugt, daß ein Volk, das andere unterdrückt, selbst nicht frei sein kann.“

Die angeführten Äußerungen liegen etwa in der Mitte des Meinungsspektrums. Es gibt solche, die rechts von Herrn Tsiddon, und andere, die links von Genossen Toubi stehen. Die Extremisten haben wir ausgeklammert, denn nicht sie bestimmen die politische Großwetterlage. Unsere arabischen Freunde werden vielleicht empört sein, warum der „Falke“ Tsiddon nicht als Extremist eingestuft wird. Für ihn ist die Palästina-Frage drittrangig. An erster Stelle steht in seinem gut fundierten Programm die ökonomische Wiedergeburt Israels. Sein Ziel ist es, innerhalb kürzester Zeit

Israel einschließlich der besetzten Gebiete in ein nahöstliches Japan zu verwandeln. Man darf deshalb nicht unberücksichtigt lassen, daß ein solches Programm bei den Israelis auf breite Unterstützung trifft.

Es wäre allerdings falsch zu behaupten, daß er dann gleichzeitig auch seine außenpolitische Linie durchsetzen könne. Die öffentliche Meinung in Israel tendiert zur Anerkennung der PLO und zur Aufnahme von Verhandlungen mit ihr. Im Dezember 1989 veröffentlichte die Zeitung „Chadshot“ die Ergebnisse einer Umfrage zu diesem Thema. 50 % waren für Verhandlungen mit der PLO, 37 % dagegen und 12 % hielten sie für möglich. Selbst in einer so unversöhnlichen Partei wie dem Likud-Block sprachen sich 24 % für Verhandlungen mit den Palästinensern aus. Nach den jüngsten Äußerungen des neuen israelischen Premierministers Shimon Perez zu urteilen, ist dessen Position hinsichtlich der Konfliktbeilegung weitaus kompromißbereiter als die seines Vorgängers Itzhak Shamir.

An dieser Stelle kehren wir zu den eingangs genannten „wenn nicht...“ zurück. Ausgerechnet jene arabische Staaten, die vom Krieg gegen Israel nicht territorial betroffen sind, legen jetzt ihre absolute Unversöhnlichkeit an den Tag. Arabisch-Palästina dagegen, das unter den Israelis das meiste erdulden mußte, liegt gegenwärtig bei den Friedensinitiativen ganz vorn. Man kann die Palästinenser ja auch verstehen, denn im „Krieg der Steine“ sterben ihre Landsleute. Schon die Aufnahme eines Dialogs zwischen dem offiziellen Israel und der PLO könnte dem Blutvergießen ein Ende setzen. Der Prozeß, der diese Dialogaufnahme anstrebt, ist leicht verletzlich. Säbelrasseln und krieglerische Verlautbarungen einzelner arabischer Führer. Israel mit chemischen Waffen zu vernichten und hinwegzufegen, sind nicht dazu angetan, diesen Prozeß zu begünstigen. Sind diese Führer etwa an einer Fortsetzung des Blutvergießens im Nahen Osten interessiert? Oder wollen sie Yasser Arafat und seinen Initiativen Knüppel zwischen die Beine werfen? Diese Äußerungen und die Tatsache, daß politische Karten herausgegeben wurden, auf denen Israel überhaupt nicht eingezeichnet ist, gießen doch nur Öl ins Feuer der rechtsextremen Zionisten. Die aber verfolgen das Ziel der völligen Annexion Palästinas. Man sollte sich einmal Gedanken machen, daß die extremistischen Ausfälle von rechthaberischen Verfechtern der palästinensischen Sache gerade heute, wo der Staat Palästina auf heimatlicher Erde entstehen soll, doch nur ein Ziel verfolgen können, nämlich den gefährdeten Frieden im Nahen Osten zu brechen und die Palästinenser endgültig um ihren Staat zu bringen.

Das alles gehört zum Konjunktiv. In Wirklichkeit bleibt nur eins: Die neue Führung Israels verliert nichts, wenn sie mit Yasser Arafat in einen Dialog tritt, könnte aber dadurch Frieden und allgemeine Anerkennung gewinnen.

Dmitri Sgerski
JERUSALEM-MOSKAU

Veränderungen

Dr. phil. habil. (Historiker)
Jewgeni Bashanow

Anders als die Beziehungen zur UdSSR entwickeln sich die Beziehungen der VR China zu den Vereinigten Staaten bislang weniger erfolgreich. Die chinesische Regierung, die die Amerikaner der Komplizenschaft bei dem „konterrevolutionären Putsch“ bezichtigt und die einen Kampf gegen „subversive Umtriebe“ aus Übersee aufgenommen hat, begann nichtsdestoweniger gleich nach den Ereignissen vom Juni ihr Interesse an einer Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den USA zu demonstrieren.

In den Vereinigten Staaten reagierte man ohne sonderliche Begeisterung auf diese Signale. Das hat mehrere Gründe. Erstens stand China in der Zeit davor im Ruf ein „reformfreudiges Land“ zu sein, und die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz und ihre Folgen waren für die USA ein böser Schock. Zweitens nahmen sich die Veränderungen in der VR China besonders deutlich vor dem Hintergrund der Demokratisierung in der UdSSR und in Osteuropa aus. Drittens, während die Amerikaner früher Peking viel als Partner in der Konfrontation mit Moskau verziehen hätten, hat jetzt, unter den Bedingungen der Entspannung, die „chinesische Karte“ ihre Aktualität verloren. Viertens war es in jedem Fall schon schwierig, die VR China als potentiellen Teilnehmer bei der „Eindämmung“ der UdSSR anzusehen, da eine sowjetisch-chinesische Normalisierung erfolgte.

Solche Stimmungen, wäre es zu einer Neuauflage einer solchen Eindämmung in ihren früheren Formen gekommen, wurden vom amerikanischen Kongreß gefördert, der sich für möglichst harte Sanktionen gegen China einsetzte. Was die Bush-Administration angeht, so hätte sie einen ausgewogeneren Kurs vorgezogen. Trotz der Verhängung von Sanktionen und aller Kritik an der Führung der VR China schloß das Weiße Haus zugleich nicht die Kanäle für einen Dialog mit Peking, zerstörte die materielle Struktur der amerikanisch-chinesischen Beziehungen nicht. Die Administration unterstrich, daß Versuche, die chinesische Führung „unter Druck zu setzen“ nur das Gegenteil bewirken und zur

Wiederbelebung der traditionellen Fremdenfeindlichkeit der Chinesen führen würden. Wenn man hingegen flexibel verfähre, könne man das Vorschreiten der VR China „auf dem Weg zu einem offenen und repräsentativen System“ fördern.

Im Rahmen dieses Kurses entsandte Präsident George Bush bereits im Juli 1989 seinen Sicherheitsberater Brent Scowcroft und den ersten Stellvertreter im Außenministerium Lawrence Eagleburger in Geheimauftrag nach Peking. Einige weitere Geheimgespräche zwischen hochrangigen Vertretern beider Länder fanden statt. Im Dezember 1989 schickte der Chef des Weißen Hauses trotz des von ihm selbst verkündeten Verbots derartiger Kontakte Brent Scowcroft und Lawrence Eagleburger offiziell in die chinesische Hauptstadt, um die Führung der VR China über die Ergebnisse des amerikanisch-sowjetischen Gipfels auf Malta zu informieren.

Die US-Administration tat einige Schritte, um die früher gegen China verhängten Sanktionen abzumildern. So beschloß der Präsident im Dezember v. J., das Verbot für den Verkauf von drei Nachrichtensatelliten an die VR China und für die Finanzierung des Handels mit diesem Land durch die Export-Import-Bank der USA aufzuheben. Die chinesischen Ingenieure, die an einem Projekt zur Verbesserung der Kampfeigenschaften von Jagdflugzeugen der chinesischen Luftwaffe teilnehmen, kehrten in die USA zurück. Washington erlaubte es der IBRD, wieder einige Kredite an die chinesische Regierung für humanitäre Zwecke zu vergeben. Die Administration tat alles, um zu verhindern, daß der Kongreß das Veto des Präsidenten gegen eine Gesetzesvorlage, gegen die China scharf protestierte, aufhebt – über die Verlängerung der Visa für chinesische Studenten in den USA, die nicht in die Heimat zurückkehren wollen.

Peking reagierte auf Washingtons Gesten: Es erlaubte der „Voice of America“, das Korrespondentenbüro in China wieder zu besetzen, erklärte sich zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Austausches von Dozenten bereit und erklärte, es werde keine Mittelstreckenraketen an arabische Länder verkaufen. Die kritischen Ausfälle der Presse gegen die USA nahmen ab. In der VR China sprach man davon, daß Peking und Washington „umfassende gemeinsame Interessen haben“ und die zwischen ihnen bestehenden Probleme mit „gemeinsamen Anstrengungen“ überwunden werden könnten. Im Januar 1990 tat die chinesische Führung etwas, worauf man im Weißen Haus besonders gewartet hatte: Der Ausnahmezustand in Peking wurde aufgehoben, und mehrere derjenigen, die wegen Teilnahme an Protesten gegen die Regierung verhaftet worden waren, kamen frei.

Nichtsdestoweniger ist es noch zu früh, von einer Stabilisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen. Das Weiße Haus läßt einige Sanktionen, die die Wirtschaftsinteressen der VR China schädigen, in Kraft. Die Unzufriedenheit in Washington über Pekings Menschenrechtspolitik ist nicht vom Tisch. In der VR China ihrerseits gibt es Leute, die sich sehr gereizt über den allgemeinen ideologischen Einfluß Amerikas auf die Bevölkerung des Landes wie über konkrete

Pekings
Diplomatie
heute



1997 wird Hongkong zur VR China gehören

Ende. Anfang s. Heft 16

politische Aktionen des Weißen Hauses und insbesondere des Kongresses zeigen. Peking und Washington sehen heute weltpolitische Fragen in vielem unterschiedlich.

Auf Kompromißsuche

Unter den Industrieländern reagierte Japan am zurückhaltendsten auf die Ereignisse in der VR China. Eher als die anderen hatten die Japaner die Wiederaufnahme der unterbrochenen Kontakte zu Peking betrieben. Tokios Motive sind klar: China ist ein riesiges Nachbarland, und vom Stand der Beziehungen zu ihm hängen die Sicherheit und die wichtigsten politischen Interessen Japans direkt ab. Das japanische Business ist eine enge Verbindung mit dem chinesischen Markt eingegangen. Für Tokio ist es überaus wichtig, den Nachbarn auf Reformkurs zu halten, zu verhindern, daß er in die Isolierung, in eine linksradikale Ideologie zurückverfällt. Und das Thema der Menschenrechtsverletzungen in China durchzuhecheln, will den Japanern nicht gelingen. Sie sind ja schuld daran, daß im zweiten Weltkrieg Millionen Chinesen ermordet wurden.

Was die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz angeht, so beschränkte sich die japanische Regierung auf die „entschiedene Bekundung von Trauer, Mitgefühl, Enttäuschung und Hoffnung darauf, daß die VR China auf die Meinung der Weltöffentlichkeit hören wird“. Ebenso wie die anderen Mitglieder der westlichen Gemeinschaft und weitgehend unter dem Druck seiner Partner pflegte Tokio keine Kontakte mit Peking auf hoher politischer Ebene und ließ die Finanzierung der chinesischen Modernisierung einfrieren. Doch dabei wurde in der japanischen Hauptstadt der zeitweilige Charakter solcher Maßnahmen auf jegliche Weise betont.

Und schon ab 25. September 1989 hob Tokio die Beschränkungen für Privatreisen in die VR China auf, und erneut belebten sich die Geschäftsbeziehungen. Im Dezember 1989 fanden chinesisch-japanische Konsultationen über Kulturaustausch statt, und im Januar 1990 wurde der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der VR China in Japan ganz offiziell begrüßt. Auf der Tagesordnung steht jetzt die Wiederaufnahme eines großen japanischen Kredits für China (5,6 Mrd. Dollar).

In Peking schätzt man Tokios Nachgiebigkeit, bewertet die japanische Politik heute positiv. Doch aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wissen wir, daß es in den Beziehungen zwischen der VR China und Japan nicht wenige verborgene Probleme gibt (die Taiwan-Frage, Japans Versuche, die japanische Aggression in Asien in den 30er und 40er Jahren in einem positiven Licht erscheinen zu lassen usw.). Die Differenzen können erneut zum Vorschein kommen, um so mehr da in Japan Besorgnis über die Aussichten der chinesischen Reformen bestehen bleibt.

Die westeuropäischen Länder wandten sich in ihrer Mehrheit viel entschiedener als Tokio gegen die Unterdrückung der Andersdenkenden in der VR China.

Neben den allgemeinen Differenzen stellten sich bei Peking spezifische Mei-



Tokio. Japans Premier Toshiki Kaifu und der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees der VR China, Zou Jiahua, der erste hochgestellte Vertreter der chinesischen Regierung, der Japan nach den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz besuchte

nungsverschiedenheiten mit einigen Ländern Europas ein. Mit Großbritannien wurde erneut der Streit um Hongkong entfacht. Das Drama auf dem Tiananmen-Platz löste eine Panik in der Kolonie, einen Exodus von Spezialisten aus. London bemühte sich um zusätzliche Garantien für die Bewahrung demokratischer Verhältnisse in Hongkong nach dessen Rückkehr an die VR China im Jahre 1997. Großbritannien wandte sich um Unterstützung an die Weltöffentlichkeit und erklärte sich bereit, der Hongkongs Elite britische Pässe auszustellen. China protestierte heftig gegen „Druck, die Verletzung von Völkerrechtsnormen und die Verwandlung Hongkongs in einen Stützpunkt zum Sturz des sozialistischen Systems auf dem Festland“.

Die Unzufriedenheit der chinesischen Führung mit Paris erhielt dadurch Nahrung, daß Frankreich eine führende Rolle bei der Einfrierung der Verbindungen zwischen der EG und der VR China spielte und chinesischen Dissidenten Asyl gewährte. Gerade in der französischen Hauptstadt kam die regierungsfeindliche Organisation „Demokratische Front Chinas“ unter. Zusätzlich billigte die französische Regierung Anfang Januar 1990 den Verkauf von sechs Kriegsschiffen an Taiwan. Die Beziehungen Pekings zu Norwegen spitzten sich als Folge der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama zu, der für die Unabhängigkeit Tibets von China eintritt. Auch mit anderen Ländern kam es immer wieder zu Streit.

Im Grunde sind die Spannungen in den Beziehungen der VR China zu Westeuropa bis heute nicht überwunden. Nichtsdestoweniger wird die Tendenz zu einer Abkühlung der Leidenschaften immer deutlicher. Peking gibt zu verstehen, daß es eine Wiederherstellung der Harmonie, die noch vor einem Jahr zwischen der VR China und der westeuropäischen Gemeinschaft herrschte, sehr begrüßen würde. In Westeuropa wird der Wunsch nach einer Aussöhnung eben-

falls größer. Allerdings werden Stimmen laut. „nicht mit China anzubündeln“, sondern vielmehr auf demokratischen Veränderungen in der VR China zu beharren. Und doch wird an einem Brückenschlag schon gearbeitet.

Diverse französische Emissäre hielten sich inoffiziell in der chinesischen Hauptstadt auf. Der französische Außenminister deutete im Parlament an, seine Regierung unterstützte nicht die Tätigkeit chinesischer Dissidenten im Lande. Unter Pekings Druck untersagte Paris letztlich besagtes Rüstungsgeschäft mit Taiwan. Großbritannien nahm die intensiven Verhandlungen mit China über die Hongkong-Frage wieder auf. Es wurde bekanntgegeben, daß London die gegen die VR China verhängten Wirtschaftssanktionen lockert. Die Presse berichtet von einer weichen Haltung Spaniens, Italiens, einiger anderer Länder und internationaler Finanzinstitutionen gegenüber China.

Auch Australien, Neuseeland und Kanada nehmen jetzt wieder eine positivere Haltung zu China an. Alle stimmen zu, daß Versuche, China zu isolieren, sinnlos sind und zu unvorhersehbaren Entwicklungen führen können.

Besorgnis und Zuspruch

Bis Mitte der 80er Jahre rief China die Osteuropäer dazu auf, sich vom verknöcherten sowjetischen Modell abzuwenden und tiefgreifende Reformen zu verwirklichen, zur Unabhängigkeit von Moskau und zur Zusammenarbeit mit dem Westen. Doch dabei ging man davon aus, daß die bestehenden politisch-ideologischen Verhältnisse und die führende Rolle der kommunistischen Parteien in der Gesellschaft unangetastet bleiben würden.

Der Wirbelsturm von Veränderungen aber, der Osteuropa erfaßte, überforderte die Aufnahmebereitschaft der jetzigen chinesischen Führung. In China heißt es, mehrere osteuropäische Länder seien drauf

und dran, die sozialistischen Errungenschaften aufzugeben. Zur ideologischen Ablehnung des Geschehens kommt bei ihnen die Besorgnis hinzu, die Ereignisse in Osteuropa könnten sich auf die Perspektiven des Weltsozialismus auswirken.

Einen Augenblick lang schien es, Peking werde diejenigen, die „den Kapitalismus in Osteuropa restaurieren“, offen kritisieren. Doch nein, Vernunft und Pragmatismus gewannen die Oberhand. Hauptmotiv seiner jüngsten offiziellen Erklärungen ist, daß China das Geschehen in den osteuropäischen Ländern als deren innere Angelegenheit ansieht, die Entscheidung, die die Völker dieser Länder für ihre politische Herrschaftsform getroffen haben, anerkennt und das Interesse an der weiteren Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu ihnen bekundet. Zugleich betont man in Peking, keinerlei Umwälzungen im Ausland würden das chinesische Volk vom sozialistischen Weg abbringen. Wie ein führender Vertreter der VR China erklärte, „wurde anders als in Osteuropa, wo die Rote Armee die Revolution machte, diese in China vom eigenen Volk verwirklicht, und deshalb reichen die sozialistischen Wurzeln in China viel tiefer“.

Was tut sich in den bilateralen Beziehungen Pekings zu den neuen europäischen Regierungen? Das gegenseitige Verständnis ist jetzt natürlich geringer, die Intensität der Kontakte hat nachgelassen, unklar sind die Aussichten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. China sucht aktiv nach einer Formel, um die gegenseitigen Beziehungen zu stabilisieren. Doch vor allem ist es bemüht, zu verhindern, daß in osteuropäischen Hauptstädten chinesische Dissidenten unterstützt werden und Länder Osteuropas offizielle Beziehungen zu Taiwan aufnehmen. Unterdes besuchten unlängst der Dalai Lama und zwei Teilnehmer der Ereignisse vom Juni in China auf Einladung von Präsident Vaclav Havel die Tschechoslowakei.

Peking kann einen Trost darin finden, daß sich die nichteuropäischen sozialistischen Länder nicht von den Hauptorientierungspunkten abgewandt haben und echte Sympathie für die VR China empfinden.

Am spürbarsten ist wohl die Annäherung zwischen der VR China und Kuba. Die kubanische Führung billigte einhellig die Niederschlagung der Studentenunruhen vom vergangenen Jahr durch die chinesischen Behörden und deren Kampfansage an den bürgerlichen Liberalismus. In Havanna spendet man Beifall für Pekings anti-imperialistische Rhetorik und sieht China immer mehr als Gleichgesinnten und Verbündeten in der Weltarena. Enger wurden die Beziehungen der VR China zur KDVR. Im November 1989 führte Kim Il Sung Gespräche in Peking, die zeigten, daß die führenden Repräsentanten beider Länder die Veränderungen in Osteuropa und die Rolle der kommunistischen Parteien in der Gesellschaft ähnlich sehen. Zugleich bleiben zwischen Peking und Phjongjang einige Differenzen bestehen – was die Methoden des Aufbaus des Sozialismus, die Einschätzung der Lage im asiatisch-pazifischen Raum u. a. angeht. Phjongjang mißfällt nach wie vor die schnelle Entwicklung der wirtschaftlichen und anderen inoffiziellen

Verbindungen zwischen China und Südkorea sowie das heutige Niveau der Zusammenarbeit zwischen der VR China und der KDVR. Während seines KDVR-Besuches Mitte März 1990 verhehlte der Generalsekretär des ZK der KP Chinas Jiang Zemin, der die Absicht bekräftigte, die chinesisch-koreanische Freundschaft zu festigen, nicht, daß sein Land die Kontakte auch zu Südkorea intensivieren wolle.

Eine Wende vollzog sich in den Beziehungen Chinas zur Mongolei und zu Laos, mit denen es lange Zeit kein gegenseitiges Verständnis gab. Jetzt offenbar weichen die früheren Kränkungen, die in vielem durch die sowjetisch-chinesische Konfrontation bedingt waren. Die Mongolei und Laos grenzen an die VR China und sind natürlich an engen Kontakten, insbesondere Geschäftsbeziehungen, mit dem großen Nachbarn interessiert.

In letzter Zeit haben sich zusätzliche Möglichkeiten aufgetan, um die Entfremdung zwischen China und Vietnam zu überwinden. In der SRV zeigte man Verständnis dafür, daß Peking die regierungsfeindlichen Demonstrationen unterdrückte. Beiderseitiges Interesse an der Beibehaltung der sozialistischen Grundlagen, am erfolgreichen Widerstand gegen die „friedliche Offensive“ des Westens wird in der VR China und in der SRV bekundet. Die sowjetisch-vietnamesische Zusammenarbeit sorgt zwischen Peking und Hanoi nicht mehr für Zwietracht.

Die Fortschritte in den chinesisch-vietnamesischen Beziehungen kommen in einer Senkung des militärischen Konfrontationsstandes und einer Stabilisierung der Lage an der gemeinsamen Grenze, in der Intensivierung verschiedener Kontakte, in der freundlicheren Berichterstattung der Presse und in einer spürbaren Belebung des Handels zum Ausdruck. Zugleich finden Peking und Hanoi nach wie vor keine gemeinsame Sprache in der Kambodscha-Frage, weswegen sich die VR China weigert, ihre Beziehungen zur SRV als normal anzusehen. Die Differenzen zur Frage der Souveränität über einzelne Inselgruppen (Paracel- und Spratly-Inseln) im Südhinesischen Meer konnten nicht ausgeräumt werden.

Freunde in der Dritten Welt

Angeichts der Unklarheiten in den Beziehungen zum Westen und der Unbestimmtheit in den Beziehungen zu den Ländern Osteuropas sucht die VR China verstärkt Freunde in der dritten Welt (und findet sie). In der chinesischen Politik lassen sich Versuche konstatieren, mit den Großmächten um Einfluß in den Entwicklungsländern um zu wetteifern. Doch insgesamt dominieren in ihr pragmatische Motive. Peking dürfte kaum beabsichtigen, den Partnern das eigene Entwicklungsmodell aufzuzwingen und irgendeinen Block unter Führung der VR China zusammenzuzimmern. Das wäre nicht realistisch, das braucht das heutige China nicht.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der chinesischen Diplomatie steht der asiatisch-pazifische Raum. Südlich von China liegen die sechs ASEAN-Länder, die sehr vorteilhafte Wirtschaftspartner sind. In den letzten Jahren haben die ASEAN-Staaten

recht erfolgreich mit Peking zusammengearbeitet. Es gibt Grund zu der Annahme, daß diese günstige Tendenz nicht abreißen wird. Die wirtschaftlichen Bande werden immer intensiver. China stellte seine Unterstützung für die staatsfeindliche Tätigkeit linksradikaler Gruppierungen in Südostasien ein. Indonesien erklärte sich bereit, in diesem Jahr die seit 1967 eingefrorenen diplomatischen Beziehungen zur VR China wiederaufzunehmen. Danach will auch Singapur diplomatische Beziehungen zu Peking herstellen. Die ASEAN-Länder suchen den Westen zu einer Aussöhnung mit Peking zu bewegen.

Zugleich hat das Geschehen auf dem Tiananmen-Platz, und das ist ebenfalls Tatsache, das schon allmählich schwindende traditionelle Mißtrauen in den ASEAN-Hauptstädten gegenüber Peking, die Zweifel an den langfristigen Absichten Chinas wiederbelebt.

China verfügt in Südasiens seit langem über feste Positionen in einer ganzen Reihe von Ländern. Besonders betont man in Peking die enge (auch militärstrategische) Zusammenarbeit mit Pakistan. In letzter Zeit sind eine Belebung der Beziehungen, eine Zunahme des gegenseitigen Verständnisses zwischen China einerseits sowie Burma und Bangladesh andererseits zu konstatieren. Zugleich bleiben die chinesisch-indischen Beziehungen, die Ende der 50er Jahre so gelitten haben, bis heute kompliziert. Den beiden Nachbarländern will es absolut nicht gelingen, den Schlüssel zur Lösung der Grenzfrage zu finden. Wiederholt prallten ihre Positionen in Pakistan, Nepal und Sri Lanka aufeinander. Ende 1988 fand der erste Besuch eines indischen Regierungschefs in der VR China seit mehr als 30 Jahren statt. Rajiv Gandhis Gespräche in Peking gaben den bilateralen Beziehungen einen gewissen Impuls. Die neue indische Regierung strebt nach weiterem Fortschritt. Das gleiche will auch die chinesische Führung.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan hat China die Waffenlieferungen an die Mujaheddin eingestellt und setzt sich immer mehr für eine Beendigung des Blutvergießens und für die Bildung einer breiten Koalitionsregierung, die für alle Seiten annehmbar wäre, in diesem Land ein. Eine allmähliche Belebung der Kontakte zwischen der Regierung von Präsident Najibullah und Peking ist zu verzeichnen. Die VR China ist ganz offensichtlich nicht daran interessiert, „vor der eigenen Haustür“, in Kabul, ein fundamentalistisches islamisches oder eindeutig prowestliches Regime zu haben.

China erobert weiter Märkte im Mittleren und Nahen Osten. Ein wichtiger Bereich ist die militärische Zusammenarbeit. China setzt, was für das Land und seine Kunden sehr vorteilhaft ist, taktische Raketen, Luftabwehrsysteme, Panzertechnik, Schußwaffen und Munition in der Region ab. Ägypten, die Türkei und andere Länder helfen ihrerseits der VR China bei der Modernisierung einiger Waffenarten. Zwischen den Partnern entwickeln sich auch andere Formen der Wirtschaftsbeziehungen: der Export von Kapital und Arbeitskräften, die Bildung von Joint Ventures usw. Auch im politischen Leben der

Region bleibt Peking nicht abseits. Seine Haltung zu einer Nahost-Friedensregelung deckt sich weitgehend mit der sowjetischen.

Die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz haben sich auf die Beziehungen der VR China zu den Ländern Schwarz-Afrikas fast nicht ausgewirkt. Die Beziehungen werden in so gut wie allen Lebensbereichen, einschließlich der Parteibeziehungen und der militärischen Verbindungen, enger. Die unentgeltliche oder zu günstigen Bedingungen gewährte Hilfe Chinas für einige afrikanische Länder geht weiter, wenn auch in geringerem Umfang. Pekings Rolle bei der Regelung in Namibia, bei den internationalen Bemühungen zur Beseitigung des Apartheidsystems in der RSA verdient Anerkennung.

Die Präsenz der VR China in Lateinamerika bleibt beschränkt. Über zehn Staaten des Kontinents unterhalten Beziehungen zu Taipeh und reagieren nicht auf Pekings Initiativen. Überdies hat der entgegengesetzte Prozeß begonnen, da einige Länder (wie Grenada und Belize) beschlossen, offizielle Kontakte zum reichen und bedeutende Hilfe versprechenden Taiwan wieder aufzunehmen. In solchen Fällen bricht China die Beziehungen zu dem Land, das sich einen derart unfreundlichen Akt erlaubt, ab.

Die Hauptaufmerksamkeit widmet Peking der praktischen Zusammenarbeit mit Brasilien, Mexiko und Argentinien. Kennzeichnend für die chinesische Diplomatie ist die Unterstützung für so gut wie alle internationalen Positionen der Lateinamerikaner, u. a. in Fragen der Verschuldung gegenüber den Industriestaaten und des Konflikts in Mittelamerika. So werden sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe getroffen. Die VR China sammelt politische Punkte bei den Staaten der Region und rächt sich zugleich an Washington und seinen Verbündeten für antichinesische Aktionen. Besonders scharf fiel die chinesische Reaktion auf die amerikanische Intervention in Panama aus. Doch China konnte es vermeiden, daß seine Politik in direkten Zusammenhang mit den Sandinisten in Nicaragua gebracht wurde, es verzichtete auf Waffenlieferungen in die Region und erkannte die Interessen der USA in Lateinamerika für legitim an.

Insgesamt kann man wohl der Meinung sein, daß die chinesische Außenpolitik, die im vergangenen Jahr schweren Erschütterungen ausgesetzt war, allmählich in gewohnte Bahnen zurückkehrt.

Pekings Ziele sind die früheren – die Außenwelt zu nutzen, um das Land zu modernisieren, um zu erreichen, daß China eine führende Rolle in der Weltpolitik spielt. Im Rahmen dieser Strategie ist die VR China an der Aufrechterhaltung stabiler Beziehungen zu Ost und West interessiert. Zugleich ist die chinesische Führung fest entschlossen, der ideologischen Gefahr von außen, wo sie auch immer herkommen mag, entgegenzutreten. Wie in der VR China hervorgehoben wird, sei das notwendig, um die Stabilität aufrechtzuerhalten und die Errungenschaften des Sozialismus zu schützen.

Fotos: „El Pais“ (Spanien) und „Time“ (USA)

Die ersten freien Wahlen: Eine Kraftprobe

In den fast 45 Nachkriegsjahren wurden 1990 in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern erstmalig freie Wahlen auf der Grundlage des Mehrparteiensystems abgehalten. Ihre Ergebnisse in der DDR, in Ungarn und den Teilrepubliken Jugoslawiens zeugen von einem ausgesprochenen Rechtsruck

UNGARN

Die Linke in der Opposition

Nach den Ergebnissen der Parlamentswahlen zu urteilen, stehen in der Innen- und Außenpolitik des Landes beträchtliche Veränderungen bevor. Viele versuchten, das endgültige Resultat der Parlamentswahlen in Ungarn vorauszusagen. Die Ungarische Sozialistische Partei (USP) sagte sich selbst einen der drei ersten Plätze voraus. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) und der Bund Freier Demokraten (SZDSZ) reflektierten auf den ersten Platz. Auch die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte rechnete mit einem guten Resultat. Die Führung der USAP hegte keine besonderen Hoffnungen, obwohl sie doch annahm, die Kommunisten würden gut genug abschneiden, um ins Parlament zu kommen. Ungefähr das gleiche erwarteten die Sozialdemokraten, während die Christlich-Demokratische Volkspartei und der Bund Junger Demokraten (FIDESZ) ihrerseits fest mit den Stimmen eines Großteils der Wähler rechneten.

Nun liegen die Resultate vor, die einen sind mit ihnen zufrieden, andere über sie enttäuscht. Von den 386 Mandaten erhält das MDF 164, der Bund Freier Demokraten 92, die Kleinlandwirte haben 44, die Sozialisten 33 Sitze, je 21 Mandate entfallen auf die Christlichen Demokraten und die Jungdemokraten; unabhängige Abgeordnete erhielten 6 Sitze, weitere 4 Sitze fielen Abgeordneten zu, die durch Koalitionsabsprachen mehrerer Parteien gewonnen haben. Die Agrarunion hat einen Sitz. Die Kommunisten und Sozialdemokraten sind nicht ins Parlament gekommen.

Das ist die Konstellation im neuen ungarischen Parlament, und nun gilt die Aufmerksamkeit politischer Beobachter hauptsächlich der Bildung der neuen

Regierung und der Gestaltung ihrer künftigen Politik. Das ist heute das Thema Nr. 1. Hier ist noch nicht alles klar, obwohl man schon heute sagen kann, daß der Sieg der Mitte-Rechts-Parteien, die jetzt die Regierung bilden wollen, den Schlußstrich unter eine ganze Epoche gezogen hat und einschneidende Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik des Landes verursachen wird.

Welche Veränderungen?

Der Historiker und Fachmann für internationale Probleme Geza Geszenszky, Professor an der Universität Budapest, antwortete auf meine diesbezügliche Frage einfach: „Die Ungarn wollen eine völlige Veränderung des Lebens, und zwar gar nicht so, wie das die Reformer aus der Ungarischen Sozialistischen Partei planten.“ Wie MDF-Vorsitzender József Antall meint, habe seine Partei bei den Wahlen in vieler Hinsicht deshalb gesiegt, weil sich das Forum für ein moderates Tempo der inneren Umgestaltungen und eine allmähliche Privatisierung einsetzt, während die Freien Demokraten den Anteil des staatlichen Eigentums rasch und radikal vermindern und dem Privatssektor in Industrie und Landwirtschaft ein beträchtliches Wachstum sichern möchten.

Mehr Augenmaß und Ruhe unterscheidet das Forum von den Freien Demokraten. Aber das ist wohl schon der ganze Unterschied. Beide Parteien gleichen sich in vielem und stehen im Grunde rechts.

Über die außenpolitische Tätigkeit der neuen Regierung sagte J. Antall: Für Ungarn sei Neutralität ein grundsätzliches Anliegen, bedingt in erster Linie durch den Willen zur Unabhängigkeit des Landes vom Warschauer Vertrag. Außerdem gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Begriff Neutralität im globalen europäischen Sicherheitssystem eine neue, unkonventionelle Interpretation finden wird. Das Forum sehe sein wichtigstes Ziel darin, Ungarn in ein einheitliches Europa einzubinden. In Hinblick auf die UdSSR heiße die Aufgabe: korrekte Wirtschaftsbeziehungen.

Zur Bildung der künftigen Regierung und zu ihren ersten Schritten sagte Antall, in den letzten Monaten hätten sich einige programmatische Akzente des Forums verschoben, das Parteiprogramm unterscheide sich gegenwärtig auf natürliche Weise vom Regierungsprogramm, weil man in einem Parteiprogramm keine Details vorsehen könne. Nach der Abstimmung zu urteilen, gehöre das Forum zweifellos zu den stärksten Parteien des Landes. Das befähige es, gemeinsam mit den Koalitionspartnern eine stabile Regierung zu bilden. Auch im weiteren wolle das Forum mit Kleinlandwirten und Christdemokraten zusammenarbeiten und rechne mit der Unterstützung jener unabhängigen Abgeordneten, die ihrem Geist nach dem Forum nahestehen. Die Koalition mit den Freien Demokraten sei, so Antall, gegenwärtig unmöglich, er schließe jedoch eine solche Koalition in Zukunft nicht aus.

Wie stellen sich die Sozialisten ihre Rolle unter diesen Bedingungen vor?

USP-Vorsitzender Rezső Nyers: „Wir werden Gesetze, die uns vorgelegt werden sollen, vom Standpunkt ihrer Übereinstimmung mit den nationalen Interessen prüfen.“

Kurzum, für die Linke beginnt in Ungarn eine gar nicht leichte Zeit. Als Oppositionskraft hat sie keinerlei Erfahrungen.

Sergej Swirin

BUDAPEST

JUGOSLAWIEN

Wo ist der Platz des BdKJ?

In Slowenien und Kroatien kommt es zu einer Kraftprobe zwischen den Kommunisten und der Opposition.

Die Parteien Sloweniens haben sich klar genug gegeneinander abgegrenzt. Dem Block der Kommunisten und Sozialisten steht in dieser politischen Szene die vereinigte Opposition „Demos“ gegenüber. Die größten Chancen, Präsident der Republik zu werden, hat der kommunistische Kandidat Milan Kucan (das bekräftigte auch die erste Wahlrunde). Dagegen wird die Opposition wohl die meisten Sitze im Parlament erhalten und in diesem Fall die Regierung bilden. Übrigens muß sich diese Prognose nicht bewahrheiten, denn eine Koalition vor den Wahlen ist nicht immer gleich eine Koalition nach den Wahlen.

Produktiver ist wohl, von Prognosen und Mutmaßungen zu den Plattformen der rivalisierenden Blöcke überzugehen. Wie Beobachter feststellten, zeigten sich im Zuge des Wahlkampfes

in den Ansichten des Bundes der Kommunisten Sloweniens und der Opposition nicht wenig gemeinsame Züge. Demokratisierung des politischen Systems, Marktwirtschaft, Bürgerrechte und -freiheiten: Die Opposition hätte diesen Punkten des BdK-Programms im Prinzip nichts hinzufügen können. Deshalb setzte sie auf die Kritik an den Fehlern der Kommunisten, die 45 Jahre an der Macht waren.

Allerdings gibt es eine Frage, die den BdK Sloweniens und die Opposition recht weit auseinanderführt: Einstellung zur Zukunft der jugoslawischen Föderation. Außerlich fällt der Unterschied nicht einmal auf, weil sich die einen und die anderen für eine Konföderation einsetzen. Für die slowenischen Kommunisten aber bedeutet sie die einzige Möglichkeit, Jugoslawien als ganzheitlichen Staat zu erhalten, für die Opposition dagegen einen Schritt zu Sloweniens Unabhängigkeit.

Die politische Kräftegruppierung in Kroatien ist noch komplizierter. Dort stehen dem Bund der Kommunisten zwei große Oppositionsgruppierungen – die Koalition des Volkseinvernehmens und die Christlich-Demokratische Gemeinschaft – gegenüber. Die erste stellt einen Block von Parteien dar, der trotz aller Unterschiede vom Wunsch zusammengehalten wird, die Kommunisten von der Macht zu entfernen. Die zweite ist eine zahlenmäßig recht starke Partei, die eine nationalistische Position bezieht. Angesichts der Zuspitzung der Gegensätze zwischen den jugoslawischen Teilrepubliken sind die Chancen dieser Partei beträchtlich gestiegen.

Vorläufig sind Slowenien und Kroatien die einzigen Republiken, in denen Mehrparteienwahlen abgehalten werden. Im Unterschied zu den anderen Teilen der SFRJ ist die Opposition hier stark, gut organisiert und hat reale Siegeschancen. Aber auch die Bünde der Kommunisten dieser beiden Republiken sind wohl weiter als die anderen vom früheren Parteimodell abgerückt.

Auch in ihrer Auffassung von der Zukunft des BdKJ gibt es eine eigene

Logik. Nachdem vor drei Monaten der 14. Parteitag des BdKJ unterbrochen wurde, kann die Führung der jugoslawischen Kommunisten immer noch kein Einvernehmen erzielen, um die Krise in der Partei zu überwinden. Vor kurzem versuchte das Präsidium des ZK des BdKJ, ein Plenum abzuhalten, das den Termin der Fortsetzung des 14. Kongresses festlegen sollte. Beim Plenum kam es jedoch zu einer noch krasser Spaltung. Von den sechs Parteiorganisationen der einzelnen Republiken waren nur zwei, die serbische und die montenegrinische, zum Plenum gekommen.

Das ZK des BdKJ faßte in seiner verminderten Zusammensetzung den Beschluß, den 14. Kongreß bis Ende April fortzusetzen, und richtete Schreiben an die Mitglieder des Bundes der Kommunisten mit der Aufforderung, dazu Stellung zu nehmen. Eine solche Wendung der Ereignisse hat, wie hier viele meinen, die faktische Spaltung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in zwei Parteien näher gerückt. Die schwersten Folgen würde das für die multinationalen Republiken haben, denn die Trennungslinie würde nicht nur zwischen den Parteiorganisationen der Republiken, sondern auch mitten durch diese Organisationen verlaufen.

Deshalb werden in den letzten Tagen die Stimmen immer lauter, die fordern, daß das heutige Präsidium des ZK des BdKJ zurücktrete und seine Vollmachten an ein Koordinierungsgremium übergebe, das sich aus den Vorsitzenden der Bünde der Kommunisten der Teilrepubliken zusammensetzen soll. Dann könnte der Bund der Kommunisten Jugoslawiens vereint werden, aber bereits auf neuer Basis.

Solche Erwartungen sind recht begründet. In den letzten Monaten und sogar Wochen kam es in den Plattformen der Bünde der Kommunisten der Republiken zu einer merklichen Annäherung der Positionen. In diesem Licht wirkt die Konsolidierung eines reformierten BdKJ nicht

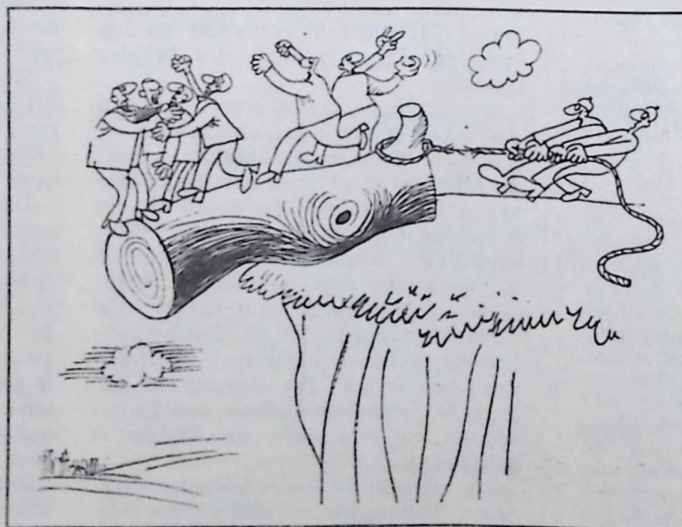
mehr unrealistisch. Selbstverständlich setzt das die Zustimmung aller Republiken voraus.

Für viele Jugoslawen ist der diesjährige April die Zeit der Wahl zwischen diversen Programmen und Plattformen, zwischen jenen, die an der Macht, und jenen, die in der Opposition sind. Dieser April ist auch für den BdKJ eine Zeit der Wahl, nämlich zwischen einer erneuerten Einheit und einer Spaltung. Der Ausgang wird den künftigen Platz des BdKJ – ob an der Macht oder in der Opposition – in vieler Hinsicht bestimmen.

Gennadi Syssojew

BELGRAD

Zeichnung aus:
„Nepszabadsag“ (Ungarn)



Rivalen

Einladung zu „Maidan '90“

Wie kann man unsere Gesellschaft zuverlässig vor äußeren Gefahren schützen, sie für die Umwelt und für uns selbst sicher machen?

Mit dieser Frage wird sich das unabhängige Forum „Zivile Kontrolle im System der Sicherheit“ befassen. Seine Initiatoren sind die Zeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“ und die Strategieschule für soziointellektuelle Initiativen (Rostow am Don). Es wird die logische Fortsetzung der Expertise über den Stand der Kriegsgefahr und die Tätigkeit der Streitkräfte der UdSSR sein, wovon in Heft 16 berichtet wurde.

Als Veranstaltungsort für das Forum ist der Süden des europäischen Teils der RSFSR, das Kosakenland, vorgesehen. Und deshalb nannten die Organisatoren es „Maidan“. Die Versammlung auf dem Maidan, dem Platz in der Mitte einer Kosakensiedlung, ist eine traditionelle Form der gesellschaftlichen Selbstverwaltung.

Welche Ideen sollen der neuen Aktion zugrunde gelegt werden? Vor allem wird es um die Suche nach Mechanismen für eine schnelle und effektive Stabilisierung der Lage in unserem Land gehen, in dem den Prozessen, die bislang zerstörerischer Art sind, eine konstruktive Richtung gegeben wird.

Gegenwärtig sind gerade die Kräfte, die am stärksten an einer Stabilisierung interessiert sind und zu ihrer Garantie werden können, die Leidtragenden. So wird den progressiven Bereichen von Wissenschaft und Technik, die in der Regel mit dem Verteidigungskomplex verbunden sind, Schaden durch eine undurchdachte Konversion zugefügt, obwohl gerade diese Bereiche in der Lage wären, zu einer Art wirtschaftlichem Motor der Perestroika zu werden.

Das gleiche geschieht mit der Armee, die am stärksten unter den Folgeerscheinungen der Abrüstung, unter der Zuspitzung diverser Konflikte leidet, doch die zum Garanten der politischen Stabilität und der Demokratisierung werden könnte, wenn sich bei ihr (und auch bei den abzubauenen Militäran-

gehörigen) direkte materielle Interessiertheit an der Abrüstung als einem Instrument zur Gewährleistung der Sicherheit, an der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und, umfassender gesehen, am Erfolg der Perestroika einstellen würde.

Weiter. Die Desintegrations- und separatistischen Tendenzen sind eine spezifische Erscheinungsform der weltweiten, als fortschrittlich zu sehenden Prozesse der Dezentralisierung und der Regionalisierung, der Entwicklung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. Folglich sollten auch wir diesen unvermeidlichen Prozessen keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie für uns zu nutzen suchen und auf die Konsolidierung auf neuer Grundlage orientieren.

Und schließlich stellt sich die Frage, auch die Bewegungen, die auf die Wiederherstellung der sozialen und kulturellen Verbindungen zwischen den Menschen gerichtet sind, Verbindungen, die jetzt zerstört sind, doch die den Traditionen der unser Land bewohnenden Völker entsprechen, in die Stabilisierungsmechanismen einzubeziehen.

Gerade in diesem Kreis von Ideen, durch die Vereinigung dieser Prozesse und Kräfte zu einer gemeinsamen Bewegung können unserer Meinung nach Lösungen zur Schaffung eines Systems der Sicherheit der Gesellschaft gefunden werden.

Das Forum soll einen weiten Kreis von Problemen berühren: den Platz unseres Landes in den globalen Prozessen, das Zusammenwirken und die Interdependenz des nationalen und des internationalen Systems zur Gewährleistung der Sicherheit, die nationalstaatliche Ordnung, Modelle für staatliche, gesellschaftliche, politische, rechtliche, wirtschaftliche, militärische, wissenschaftliche, moralische, Informations-, Ökologie-, Kultur- und Bildungsmechanismen und Strukturen zur Gewährleistung der Sicherheit sowie Wege ihrer gegenseitigen Ergänzung.

Der Prozeß der Erarbeitung von Projekten und Programmen für die Herausbildung der Voraussetzungen für die gesellschaftliche Sicherheit in unserem Land muß zugleich ein Prozeß der Entstehung eines Mechanismus für den Dialog in der eigenen Gesellschaft sein. Das ist erforderlich, um allseitig annehmbare Entscheidungen, gegenseitiges Verständnis und eine zielgerichtete Zusammenarbeit der verschiedenen, bis hin zu den miteinander konkurrierenden, Schichten der Gesellschaft – der verschiedenen nationalen, ethnischen, Alters-, Berufs- und Religionsgruppen – zu erreichen sowie um Menschen und Institute, die an der praktischen Umsetzung interessiert sind, zu finden und ihnen die entsprechenden Voraussetzungen zu vermitteln.

Unter denjenigen, die wir auf dem „Maidan '90“ sehen möchten, sind Volksdeputierte der UdSSR, der Republik-, Gebiets- und örtlichen Sowjets, bedeutende, kompetente Vertreter der Wirtschaft und des Unternehmertums, der Kultur, der Wissenschaft, der Diplomatie, der Streitkräfte, der Bildung, der Religion und anderer Bereiche.

Das Forum wird 10 Tage lang im Juni tagen. Anmeldungen sind an folgende Anschrift zu richten: 103 064 Moskau K-64, Gorochowski per. 14, Redaktion von „Meshdunarodnaja Shisn“, „Maidan '90“. In der Anmeldung sind Familien-, Vor- und Vatersname anzugeben; ferner Alter, Geschlecht, Arbeitsplatz und die ausgeübte Tätigkeit; ob man im eigenen Namen oder im Namen irgendeiner Organisation (Einrichtung, Betrieb) teilnehmen will; welches Problem Sie aufgreifen und anpacken wollen. Ihre Kompetenz, was dieses Problem angeht; Privatanschrift und Anschrift des Arbeitsplatzes und (falls vorhanden) Telefon. Wünschenswert wäre es, kurz die eigenen Vorstellungen darzulegen.

„Maidan '90“ ist keine kommerzielle Veranstaltung. Doch für seine Vorbereitung und Durchführung sowie die Bearbeitung der Ergebnisse sind finanzielle und materielle Mittel erforderlich. In diesem Zusammenhang hofft die Initiativgruppe auf Finanzierungsvorschläge für „Maidan '90“, darauf, daß es mit der erforderlichen Audio- und Videotechnik sowie der entsprechenden Konferenztechnik ausgerüstet wird. Angebote bitte telefonisch unterbreiten: in Moskau 265-38-36, 265-37-81; in Rostow am Don 66-55-77.

Grigori Alimursajew

wissenschaftlicher Leiter der Strategieschule für soziointellektuelle Initiativen, Dr. oec. habil., Oberstleutnant

Alexej Pankin

stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“, Dr. phil. (Historiker)



Zeichnung: Wladimir Nenashew

Neue Leute können die Situation ändern

Mögliche Szenarios der Entwicklung der Ereignisse

Was wird mit Litauen? Alle stellen einander diese Frage, ohne wirklich eine Antwort zu erwarten. Doch bei den Versuchen, die Lage zu analysieren, kristallisieren sich drei wahrscheinliche Varianten heraus.

„Alles kommt in Ordnung“

Diese Variante der Entwicklung der Ereignisse gründet sich auf die Annahme, daß sich Moskau tatsächlich mit Litauens Austritt abgefunden hat, doch das nicht offen sagen kann. In der heutigen Situation kann man ja kaum jemandem die Schuld daran geben: Hier gibt es weder Leute, die Recht haben, noch gibt es Schuldige. Die einen haben es zu eilig, die anderen hingegen hielten es nicht für erforderlich, vor einem Jahr noch, als alles einfacher war, nach einer beiderseits annehmbaren Lösung zu suchen. Vilnius wurde von allen propagandistischen Geschützen unter Feuer genommen, was die Gegner eines Austritts der Republik aus der Union beruhigen soll, doch ein entschiedenes Handeln wird es nicht geben. In einiger Zeit, wenn sich alle im Land an den Gedanken gewöhnt haben werden, daß Litauen die Union für immer verlassen hat, wird Moskau unmerklich seinen Ton dämpfen und, ohne die Verhandlungen als solche zu bezeichnen, alle Streitfragen mit Vilnius erörtern und Litauen ziehen lassen. Worauf verweisen die Anhänger eines solchen Szenarios?

Natürlich war die Entscheidung des Obersten Sowjets von Litauen am 11. März, unverzüglich die Republik für unabhängig zu erklären, eine unangenehme Überraschung für Moskau. Doch die feste Absicht der litauischen Abgeordneten, den Erwartungen ihrer Wähler zu entsprechen und sich für die volle staatliche Souveränität einzusetzen, war kein Geheimnis, nicht einmal für jene, die nur die Republikpresse lasen. Die Führung unseres Landes dürfte sicher noch andere

Informationsquellen haben. Es ist offensichtlich, daß im Rahmen des demokratischen Prozesses die Bewegung Litauens (ebenso wie Lettlands und Estlands) zu staatlicher Selbständigkeit nicht aufzuhalten ist. Moskau kann, wenn es Litauen in Frieden ziehen läßt, dabei auf die demokratischen Kräfte setzen, die im Grunde der eigentliche Rückhalt der Reformer sind. Ein solcher Beschluß wird von der prinzipiellen Bereitschaft zeugen, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu respektieren, und deshalb wird er den zentrifugalen Prozeß nicht beschleunigen, wird Forderungen, sich um jeden Preis zu lösen, nicht Auftrieb geben, sondern diesen Prozeß im Gegenteil verlangsamen: Wenn die Menschen sehen werden, daß die Tür grundsätzlich offen steht, werden sie sich beruhigen und bemüht sein, alle Angelegenheiten zu regeln, ohne das eigene Haus zu verlassen...

Ein solches Szenario erscheint zu optimistisch. Warum?

„Ins Joch spannen“

Und zwar, weil es die schwere Situation nicht berücksichtigt, in die Moskau durch die überraschende Proklamierung einer unab-

hängigen Republik gebracht wurde. Das eine ist die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit für das Baltikum, was sich durchaus in die Konzeption der Perestroika fügt, etwas anderes ist der plötzliche Austritt aus der Sowjetunion, was unserem Land militärischen, strategischen und wirtschaftlichen Schaden zufügt, meinen die Anhänger des zweiten Szenarios. Sie sind der Meinung, daß sich Moskau von den Ereignissen nicht wird drängen lassen und es Litauen nicht erlauben wird, einfach so zu „gehen“.

Erstens tritt Moskau für eine strikte Beachtung der Gesetze ein. Der Oberste Sowjet der UdSSR bestätigte die Prozedur für den Austritt einer Unionsrepublik aus der Föderation, und alle, die diesen Schritt tun wollen, müssen diese Prozedur einhalten.

Zweitens ist sich die sowjetische Führung bewußt, daß ihre Handlungen gegenüber Litauen aufmerksam in einigen anderen Unionsrepubliken beobachtet werden, wo sich die politischen Sympathien von den Anhängern einer Konföderation (einer Idee, die im vergangenen Jahr vom Zentrum kategorisch zurückgewiesen wurde) hin zum radikalen Flügel verlagert haben, der den Austritt aus der Union durchsetzen will. Ein führender Vertreter der ukrainischen Volksfront „Ruch“ („Bewegung“), der Schriftsteller Iwan Dratsch, ist überhaupt der Meinung: „Eine wahre Union ist dann möglich, wenn alle Republiken, die austreten wollen, die Union verlassen... Zunächst Abtrennung, Souveränität, Eigenständigkeit, was stets nationale Euphorie auslöst, und erst dann – eine freie Union freier Völker, freier Republiken...“ Mit Stimmenmehrheit verabschiedete der neue Oberste Sowjet Estlands den Beschluß: „Über den staatlichen Status Estlands“: Die Macht der UdSSR in Estland

wird vom Augenblick ihrer Errichtung an für ungesetzlich erklärt und die Wiederherstellung der Estnischen Republik, die bis zum Sommer 1940 bestand, verkündet. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen Litauens kann diese Transformation nicht unmittelbar erfolgen, sondern erst nach einer Übergangszeit.

Dieser Beschluß stelle ebenfalls eine Verletzung der UdSSR-Verfassung dar und sei zurückzunehmen, sagte der UdSSR-Präsident in einem Telefongespräch mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Republik, Arnold Rüütel. Moskau will nicht ruhig zusehen, wie die Union auseinanderfällt.

Drittens, muß sich die Unionsregierung um die russischsprachige Bevölkerung Litauens (ebenso wie Estlands und Lettlands) kümmern, die die Staatsbürgerschaft der UdSSR



Nicht nur ein gewisser Teil der russischsprachigen Bevölkerung der Republik protestiert gegen die Entscheidungen des litauischen Parlaments. Im benachbarten Lettland veranstalteten der Vereinte Rat der Arbeitskollektive zusammen mit dem Veteranenrat ein Protestmeeting und verlangten unterschiedenes Handeln...

Foto aus: „Sowjetskaja Molodjosh“ (Riga)

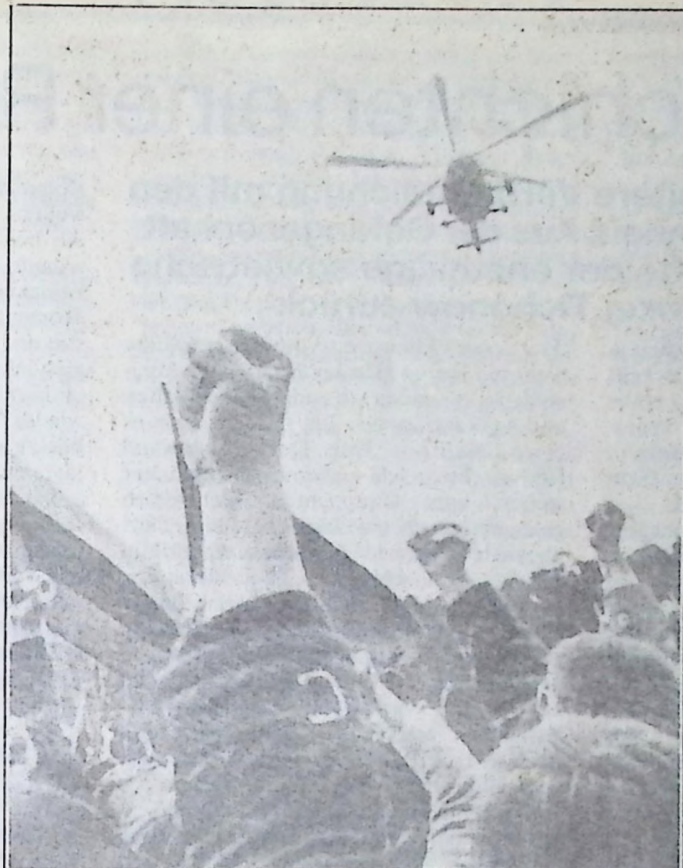
nicht aufgeben will und Angst hat vor Diskriminierung in einer unabhängigen Litauischen Republik.

Wie nun wird Moskau verfahren? Es wird das Präsidentenregime einführen, meinen die Anhänger dieses Szenarios. Möglich sind zwei Varianten der Entwicklung der Ereignisse, erklären sie. Die erste – ein Zufall oder eine Provokation. So ein Schuß aus einem nichtabgelieferten Jagdgewehr auf einen Soldaten der Sowjetarmee, die die Führer der Kommunistischen Partei auf der Plattform der KPdSU zu Hilfe geholt haben. Oder aber eine Explosion – und nicht eines Panzermonuments wie in der estnischen Stadt Valga, sondern etwa eines Parteigebäudes... Die zweite Variante wäre die kaltblütige Entscheidung, auf die Bitten der Meetings zu reagieren, die vom russischsprachigen Bevölkerungsteil Litauens veranstaltet werden, auf Briefe mit der Aufforderung, das Präsidentenregime einzuführen, Briefe, die zielgerichtet in einigen zentralen Zeitungen veröffentlicht werden. Allerdings wäre der weitere Gang der Ereignisse dann noch schwerer vorzusehen.

„Den Platz räumen“

Die einfachsten Entscheidungen sind die unzuverlässigsten, meinen die Anhänger eines anderen Szenarios, die der Ansicht sind, die Regelung der Lage um Litauen werde ein für beide Seiten langwieriger und schmerzhafter Prozeß sein. Sie meinen vor allem, daß Moskau gegenüber Litauen keineswegs geschlossen auftritt. Es gibt natürlich Menschen, die vom imperialen Denken besessen sind, die meinen, Litauen dürfe man auf keinen Fall gehen lassen, und die nur auf einen Anlaß warten, um die Aufrührer zu „isolieren“ und die „Rädelsführer“ zu bestrafen, um ein Exempel zu statuieren. Doch die Realpolitiker wollen eine gewaltsame Lösung vermeiden, da sie der Meinung sind, daß man in allen Fragen grundsätzlich eine gemeinsame Sprache finden und selbst die Zukunft der russischsprachigen Bevölkerung regeln kann. Vergeblich werden in Vilnius immer neue Pfeile der Kritik gerade auf jene abgefeuert, die alles tun, damit die Litauer selbst über ihr Schicksal bestimmen können. Auch das Gesetz, das den Austritt einer Unionsrepublik aus der Föderation regelt, wurde ja vielleicht angenommen, damit sich vor allem die Litauer frei entscheiden können. Warum will man dann in Vilnius die Früchte des eigenen Sieges nicht auskosten? Diejenigen aber, die diesem Gesetz grünes Licht gaben, dürfen zumindest darauf hoffen, daß das Gesetz respektiert werden wird.

Doch wer wird mit wem eine Vereinbarung treffen? Sich mit Leuten, die Moskau am 11. März vor die vollendete Tatsache stellten, an den Verhandlungstisch zu setzen, und das noch nach dem Austausch von



Über die Teilnehmer der Meetings zur Unterstützung des Obersten Sowjets von Litauen und von Vytautas Landsbergis nach wie vor Militärhubschrauber, die unzählige Flugblätter abwerfen

Foto aus: „Echo Litwy“ (Vilnius)

recht schroffen Botschaften, würde für die sowjetische Führung nicht nur bedeuten, das Gesicht zu verlieren, sondern auch die Unterstützung und das Vertrauen einer nicht geringen Zahl der eigenen Bürger einzubüßen. Offenbar begreift man das nicht nur in Moskau. „Ich meine nicht, daß Gorbatschow als Mensch gegenüber Litauen negativ eingestellt wäre“, sagte Algirdas Brazauskas. „Meiner Meinung nach haben unsere am 11. März gefaßten Beschlüsse und unsere anschließenden Handlungen eine solche Atmosphäre in unseren Beziehungen geschaffen...“

Doch diese Atmosphäre wird nicht besser werden, wenn der Oberste Sowjet Litauens auch künftig Erklärungen wie diese verabschiedet wird: „Die UdSSR versucht unter Einsatz ihrer Streitkräfte sowie mit anderen Methoden, die Spannungen in Litauen zu schüren und die normale Arbeit der Staatsorgane Litauens zu behindern. Um diese Handlungen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen und die Informationsquellen abzuriegeln, werden von der Sowjetunion internationale Kommunikationen blockiert, wird in Litauen die Tätigkeit von Diplomaten und Journalisten anderer Länder untersagt. Diese und andere Aggressionsakte der UdSSR stellen einen massiven Verstoß gegen die allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts dar und schaffen eine reale Bedrohung für die staatliche Souveränität der Litauischen Republik, für Leben und Gesundheit der Menschen. Die UdSSR

unterstützt mit Hilfe ihrer Armee eine zahlenmäßig kleine Gruppierung politischer Anhänger, die das Ziel verfolgen, in der Litauischen Republik erneut die alten Strukturen der administrativen Leitung der UdSSR herzustellen. So entsteht die Gefahr, daß die legitime Staatsmacht und die in Litauen gebildete Regierung gestürzt werden...“

Kann man wirklich hoffen, daß sich der UdSSR-Präsident oder sein bevollmächtigter Vertreter mit Vytautas Landsbergis, der eine solche Erklärung unterzeichnete (eine von vielen derartigen) an den Verhandlungstisch setzen wird?

Man brauche nur etwas Geduld, sagen die Anhänger des dritten Szenarios: Die litauischen Abgeordneten haben ihre Freiheit, nach eigenem Gutdünken zu schalten und zu walten, noch nicht richtig ausprobiert, haben die Euphorie der ersten März-Tage noch nicht überwunden, fühlen sich noch als Helden der Nation, die der Heimat die Unabhängigkeit zurückgegeben haben. Doch die Notwendigkeit einer realistischen Politik wird sie schon bald zur Ernüchterung bringen. Sie werden begreifen, daß man nicht so tun kann, als gäbe es Moskau nicht. Eine Entscheidung für Litauen kann nur mit Hilfe Moskaus getroffen werden. Sie werden begreifen, daß

jeder verlorene Tag jenen zusätzliche Chancen gibt, die Litauen um keinen Preis ziehen lassen wollen... Und dann, meinen die Anhänger dieses Szenarios, werden sie zu dem einzig richtigen Schluß gelangen: Ein neuer Vorsitzender des Obersten Sowjets von Litauen könnte die Situation ändern, würde jenen in Moskau freie Hand geben, die eine gütliche Einigung und keine Befriedung wollen. Das wäre Anlaß für die Wiederaufnahme der Kontakte, für Konsultationen, einen Meinungsaustausch und den Abbau der Spannungen... Diese Variante hat etwas von einem raffinierten Schachzug: Eine Figur wird geopfert, um Qualität zu gewinnen...

Das könnte auf die für Vytautas Landsbergis ehrenvollste Weise geschehen, wobei ihm der Dank für alles ausgesprochen würde, was er für das litauische Volk getan hat. Einige meinen sogar, Landsbergis selbst könne seinen Platz einem sensibleren Berufspolitiker überlassen, einem Meister von Kompromissen, und sich mit der Führung von „Sajudis“ begnügen.

Außenstehende Beobachter können natürlich Varianten auf dem politischen Schachbrett durchspielen. Doch wer von uns kann sich als außenstehender Beobachter ansehen? Nur derjenige, der so naiv ist, die Gefahren zu unterschätzen, die eine unkontrollierte Entwicklung der Ereignisse um Litauen in sich birgt.

Leonid Mletschin

Drei Geschichten einer Rückkehr

Gut, daß wir eine weitere Veröffentlichung mit den Worten beginnen können: Aus der Gefangenschaft der Mujaheddin kehrte der ehemalige sowjetische Militärangehörige Alexej Tichonow zurück

Das Schwierige an der Arbeit in einer Wochenzeitschrift besteht darin, daß man etwas schreibt, wovon die Tagespresse bereits Einzelheiten, Tatsachen und Kommentare veröffentlicht hat. Andererseits ist das von Vorteil.

Den ersten Bericht über Tichonow brachte die Zeitung „Iswestija“. Daraus ging hervor, daß Alexej vor vier Jahren auf seinem Posten eingeschlagen war und, nachdem er erwachte, feststellen mußte, daß seine Maschinenpistole verschwunden war. Daraufhin beschloß er, seinen Truppenteil zu verlassen. So geriet er in Gefangenschaft. Seine Rückkehr gestaltete sich auf bemerkenswerte Weise: Er wurde von Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit der Republik Afghanistan entdeckt, die in die Gruppe von Payand infiltriert worden waren. Sie teilten ihm mit, daß alle ehemaligen sowjetischen Militärangehörigen, die in Afghanistan gekämpft hatten, amnestiert worden seien, und schlugen ihm vor zu fliehen. Tichonow befolgte ihren Rat und kam am 8. April in der sowjetischen Botschaft in Kabul an.

Eine beispiellose Geschichte!

Einzelheiten versuchte ich von dem ehemaligen Gefangenen selbst zu erfahren, nachdem er in Moskau angekommen war. Ich stellte dieselben Fragen: Wie ist es ihm in der Gefangenschaft ergangen? Wie erfolgte seine Rückkehr? Dies ist sein Bericht:

„Im Juli 1986 kehrte ich aus dem Lazarett in meinen Truppenteil zurück. Zu den Kampfhandlungen nahm man mich nicht gleich mit. Man sagte, ich müsse mich eine Zeitlang eingewöhnen. Am 13. Juli zogen alle zur Erfüllung eines Kampfauftrages hinaus. Im Truppenteil blieben nur vier Leute zurück, die Altgedienten und ich. In der Nacht, in der zweiten Schicht, zog ich auf Wache. Drei Stunden lang hielt ich durch, dann übermannte mich der Schlaf, denn nach der Krankheit war ich noch sehr geschwächt. Ich schlief also ein. Als ich erwachte, war es im Truppenteil still. Da stellte ich fest, daß meine Maschinenpistole verschwunden war. Ich ging sie suchen, weckte die anderen und erzählte ihnen, was passiert war. Man antwortete mir, ich müsse selber suchen, was ich verloren habe. Ich suchte Stunde um Stunde und lief dabei immer größere Kreise. Die „Alten“ beobachteten mich, und mir schien, sie hätten meine Maschinenpistole versteckt. Solche Fälle hat es gegeben. Ein Sol-

dat, dessen Dienstzeit vorbei war, wollte nicht mit leeren Händen nach Hause kommen. Also stahlen sie anderen die Waffen und verkauften sie. Im Lazarett gab es einen ähnlichen Fall: Dort verschwand Bettwäsche... Ich entfernte mich immer weiter vom Truppenteil. Schließlich gelangte ich auf eine kleine Anhöhe. Dort überfielen mich vier Afghanen, die mich in die Berge verschleppten. Wie ich später herausfand, hatte mich eine kleine Bande aufgegriffen, die mich später an die Gruppe von Payand übergab oder verkaufte, genau weiß ich das nicht. Weder bei ihnen noch bei Payand wurde ich geschlagen. Das Essen war erträglich. Aber man sperrte mich in eine Höhle. Vor meiner Ankunft waren dort schon zwei andere Gefangene von uns. Sie brachten mir muslimische Traditionen bei. Später wurden noch mehr Gefangene gebracht. Zum Schluß waren wir sechs. Am Eingang standen immer Wächter, so daß an eine Flucht nicht zu denken war. Damit es uns nicht langweilig wurde, gab man uns ein Radio, und wir hörten tagelang sowjetische Sender. Über das Radio erfuhren wir auch von der Amnestie...

An jenem Tag, dem Tag meiner Flucht, holte mich ein Bandenmitglied aus der Höhle und sagte, er wolle mich zum Kommandeur führen. Ich weiß nicht, wieso der

Kommandeur plötzlich mit mir reden wollte... Er brachte mich also hin. Während die beiden sich über etwas unterhielten, schaute ich mich um. Es war dunkel, und keiner beachtete mich. Ein ausgezeichnetes Moment. Ich erinnerte mich an die Amnestie und beschloß: Komme was wolle! Ich ging leise hinaus. Die Straße ging ich nicht entlang, denn dort würde man mich gleich wieder fangen. Ich wählte einen Pfad und blickte mich um. Alles war ruhig, keiner jagte mir hinterher.

Ich weiß nicht, wie ich die Straße nach Kabul gefunden habe. Ich sah plötzlich einen Bus und hielt ihn an. Als ihn reguläre afghanische Truppen kontrollierten, wurde ich entdeckt. Ich freute mich, denn ich hatte begriffen: Das sind unsere! Sie werden mich bestimmt nicht zurückschicken. Dann setzte man mich in ein Auto und brachte mich nach Kabul...

Diese Geschichte erzählte der Gefangene selbst. Übrigens sind die Geschichten aller, die bei den Mujaheddin gefangen waren, einander sehr ähnlich. Sie alle waren isoliert, niemand von ihnen hatte Kontakt zur Außenwelt, alle lernten ein wenig Dari oder Paschtu, sie alle sind zum Islam übergetreten und alle sind aufgrund von Drangsalierung durch „Alte“ in Gefangenschaft geraten. Was auch immer vor und während der Gefangenschaft passiert ist, keiner von ihnen wird gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Jahre bei den Mujaheddin sind Sühne genug, und die Amnestie hat allen Streitfällen ein Ende gesetzt. Am ersten Tag in der Heimat wurde Alexej vom Verteidigungsminister der UdSSR Dmitri Jasow empfangen. Er versprach, dem Heimkehrer zu helfen, ein neues Leben zu beginnen.

Einige Fakten dieser Rückkehr wurden bisher noch nicht veröffentlicht. Alexejs Eltern erfuhren nicht erst am 8. April, als er nach Kabul kam, daß ihr Sohn am Leben ist, sondern schon am 7. März aus einem Brief des verantwortlichen Sekretärs des Koordinierungsausschusses in der UdSSR für die Rettung von sowjetischen Militärangehörigen, die in Afghanistan in Gefangenschaft gerieten.

Das alles geschah folgendermaßen. Ende Februar kam der Chef des afghanischen Informationszentrums in Islamabad, Mukhtar Hassan, auf Einladung des Koordinierungsausschusses nach Moskau. Er übergab im Auftrag eines Führers der afghanischen Opposition, Gulbuddin Hekmatyar, eine Liste mit vier Namen sowjetischer Gefangener, die in Abteilungen von Feldkommandeuren gefangengehalten werden, die Hekmatyar unterstützen. Der Führer der Islamischen Partei Afghanistans informierte den Koordinierungsausschuß davon, daß



Ludmilla Tichonowa wartete vier Jahre lang auf ihren Sohn... Wie lange müssen die anderen Mütter noch warten?

diese Liste die erste sei. Die Verbindung zu den übrigen Kommandeuren war abgebrochen, da die Pässe durch Schneemassen blockiert waren. Mukhtar Hassan informierte uns darüber, daß den genannten Gefangenen Briefe und Päckchen von Angehörigen zugestellt werden könnten, wenn die sowjetische Seite das wünscht. Der Name Tichonows stand auch auf dieser Liste.

Das war eine Geste des guten Willens von seiten Hekmatyars. Keinerlei Forderungen wurden dabei erhoben. Man bat weder um politische Anerkennung noch um Karten von Minenfeldern, die von den sowjetischen Truppen zurückgelassen wurden, oder sonst etwas, was bei Verhandlungen zwischen sowjetischen Diplomaten und Mjaheddin immer zu hören war.

Mukhtar Hassan war auch in unserer Redaktion. Wir sprachen davon, worin unsere Standpunkte völlig übereinstimmen: Die sowjetische Presse hat in den zehn Jahren des Krieges in Afghanistan ein furchtbares Feindbild von der afghanischen Opposition gezeichnet. Wenn zu jener Zeit, da sowjetische Truppen in Afghanistan standen, dieses Feindbild vielleicht noch gerechtfertigt war, so sieht doch heute sein ständiges Auftauchen in Presse, Funk und Fernsehen etwas „verspätet“ aus. Jede der Seiten wird von einem bestimmten Teil der Landesbevölkerung unterstützt, in beiden Fällen sind das recht viele Menschen.

Aus dem Gespräch mit Mukhtar Hassan konnte ich den Eindruck gewinnen, daß die Situation, darunter auch bei den Gefangenen, nicht ausweglos ist. Um den toten Punkt zu überwinden, ist nur eines erforderlich, nämlich die Achtung fremder Ideale, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen am Konflikt beteiligten Seiten zwecks Befreiung unserer Leute, Verzicht auf Einseitigkeit sowie wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Ereignisse in Afghanistan und die Probleme der sowjetischen Kriegsgefange-

nen. Ich habe mich immer mehr davon überzeugen können, daß wir über die Gefangenen nach einer vorgegebenen Schablone schreiben. Ich will aber nicht die ganze Schuld auf die Journalisten schieben. In dieser Frage existiert ein gewisses Informationstabu, und man muß oft mit dem zufrieden sein, was man bekommt. Aber selbst die Zeitungsmitteilung, die ich anfangs wiedergab, regt zum Nachdenken an. Der Wunsch aller, die sich mit dem Problem der sowjetischen Kriegsgefangenen befassen, ihren Anteil an der jüngsten Befreiung im günstigen Licht erscheinen zu lassen, ist verständlich. Kaum glaubhaft erscheint jedoch, daß Alexej sich entschloß, das Lager der Mjaheddin zu verlassen, nachdem ihn Mitarbeiter der afghanischen Staatssicherheit von der Amnestie informiert hatten, was er vier Jahre lang nicht tun konnte. Er hat immerhin eine gutbewachte Höhle „verlassen“. Ich versuche zwar, mir das von Alexej gezeichnete Bild vorzustellen, kann es aber nicht. Da führt man ihn unter Bewachung aus der Höhle in das Haus des Feldkommandeurs, wo es bestimmt noch mehr Posten gibt, und er verläßt es völlig unbemerkt, ja bemerkt nicht einmal, ob er verfolgt wird. Das aber sind nur meine Zweifel. Es gibt jedoch auch andere Gründe. Ich erfuhr davon, daß Alexej in der sowjetischen Botschaft ist, nicht aus unseren Zeitungen. Noch vor der ersten Veröffentlichung rief ein westlicher Journalist an. Er erzählte eine völlig andere Geschichte.

...Der Führer der Islamischen Partei Afghanistans hat auf eigene Initiative einen sowjetischen Gefangenen freigelassen. Die Mitglieder einer Gruppierung führten Tichonow auf ein Territorium, das von der regulären Armee der Republik Afghanistan kontrolliert wird... Eine dritte Version der Rückkehr?

Ich versuche, die Fakten einander gegenüberzustellen. Am Vorabend des Gipfeltreffens von Malta ließ die Opposition zwei

sowjetische Gefangene, A. Lopuch und V. Prokoptschuk, frei. Als Tichonow in Kabul eintraf, verhandelten die Außenminister der UdSSR und der USA miteinander. Ein Zeichen von Hekmatyar?

Um die Wahrheit zu ergründen, rief ich bei Mukhtar Hassan in Islamabad an. Informationen von Hekmatyar selbst zu bekommen, ist recht schwierig, denn er ist in Afghanistan. Ich mußte mich in Geduld üben...

Als dieses Heft schon umbrochen wurde, kam die Antwort aus Pakistan. Mukhtar Hassan war mit dem Führer der Islamischen Partei Afghanistans in Kontakt getreten. Das Telex hatte folgenden Wortlaut:

„Der sowjetische Kriegsgefangene Alexej Tichonow ist tatsächlich dieselbe Person, die sich in einer Gruppe der Islamischen Partei in der Provinz Baghlan befand. Er entschloß sich, den Weg nach Kabul zu finden, weil ihn niemand daran hinderte. Einen Monat zuvor hatte ihm der Kommandeur gesagt, er könne gehen, wenn er wolle. Es sei jedoch besser, noch eine Weile in der Gruppe von Hekmatyar zu bleiben, bis man ihn offiziell an irgendwelche Behörden übergeben kann. Der Kommandeur sagte allen Kriegsgefangenen, daß sie, wenn sie selbständig gehen, von einer anderen Gruppe der Mjaheddin aufgegriffen werden können. Herr Tichonow zog dennoch das Risiko vor und gelangte erfolgreich nach Kabul.“

Jetzt also kann man diese Geschichte abschließen. Uns bleibt noch, Herrn Hekmatyar für seine Barmherzigkeit und sein humanitäres Verhalten gegenüber seinen früheren Gegnern zu danken. Ich hoffe, daß es in nächster Zeit die Möglichkeit geben wird, auch die übrigen Kriegsgefangenen den offiziellen Vertretern jenes Landes übergeben werden, in denen sie künftig leben wollen.

Irina Lagunina

Foto: Autorin

Wir glauben an den Erfolg!

Am 27. April wird der sowjetische Testflieger Anatoli Gristtschenko in den USA operiert

Eine Momentaufnahme. Einige Minuten später steigt Anatoli Gristtschenko aus dem Krankenwagen, der ihn zum Flughafen „Scheremetjewo 2“ gebracht hat, in eine Boeing 747 um, die ihn in die Vereinigten Staaten zur medizinischen Behandlung bringen wird.

Wie viele Menschen hatten daran mitgewirkt, diesen Augenblick näher zu bringen! Seine sowjetischen Freunde unter den Testfliegern, Konstrukteuren und Ärzten, die Firma McDonnell Douglas Helicopter, das Mil-Konstruktionsbüro, der Fonds für Volksdiplomatie.

Anderthalb Monate sind seit der ersten Veröffentlichung in der NZ über das dramatische Schicksal des Testfliegers vergangen. In dieser so kurzen Zeit gelang es engagierten Menschen, das schier Unmögliche Wirklichkeit werden zu las-

sen. 200 000 Dollar für die Behandlung wurden gesammelt. Alle medizinischen und Reisedokumente für Anatoli Gristtschenko und die ihn begleitenden Personen wurden ausgestellt. Auch die Flugtickets sind besorgt worden, was in Moskau für einen normalen Bürger gar nicht so einfach ist... Freilich hat es dabei sogar einen Wettlauf zwischen Pan American und Aeroflot gegeben, wer die Flugkosten tragen darf. Man einigte sich schließlich darauf, daß der Flug in die USA von der amerikanischen und der Rückflug in die UdSSR von der sowjetischen Fluggesellschaft bezahlt werden.

Wir glauben daran, daß Anatoli Gristtschenko bei der zweiten und wichtigsten Etappe des Kampfes um sein Leben, bei der Behandlung im Hutchinson Center, auch Erfolg haben wird. Für den 27.



April ist die Transplantation von Knochenmark vorgesehen. Am 26. April 1986 war das Unglück in Tschernobyl passiert...

Foto: Boris Balkarej

Gezinkte Dollars

Alles Verborgene tritt früher oder später zutage. So begannen auch in der ANT-Story Details bekannt zu werden, die einem Thriller alle Ehre gemacht hätten

Die Handlung spielt in einem befreundeten Nachbarland, auf dessen Territorium sich Lagerräume befinden, die vom staatlich-genossenschaftlichen Industriekonzern ANT gepachtet wurden. Die handelnden Personen: zwei Mitarbeiter der Abteilung für Außenwirtschaftsbeziehungen des ANT auf Dienstreise, um Flugzeugmotoren im Auftrag des Ministeriums für Flugzeugindustrie der UdSSR zu verkaufen. Das heißt, einen weiteren, für unser Land vorteilhaften Vertrag zu schließen, einen von jenen, von denen Minister Apollon Syszow kürzlich in der „Iswestija“ konstatierte: „Die Effektivität eines solchen Geschäfts verdeutlichen zwei Zahlen: Für einen in die Produktion von Flugzeugmotoren gesteckten Rubel erhalten wir sechs bis sieben Dollar. Berücksichtigt man den realen Rubelkurs, dann betrug der Gewinn 10 000 bis 15 000 %.“

An dem Geschäft ist eine örtliche Konsultationsfirma beteiligt.

Per Telefax erging am 6. März 1990 nach Moskau:

„An den Generaldirektor von ANT. Ich informiere Sie darüber, daß sowjetischerseits auf einen Antrag von Osman Mansour, einem Bürger des Sudan, im Februar 1990 ein Verfahren gegen Ihre Mitarbeiter, die sich auf Dienstreise befanden, unter dem Verdacht, Bestechungsgelder entgegengenommen zu haben, eingeleitet wurde... Die Staatsanwaltschaft der UdSSR wandte sich an unseren Generalstaatsanwalt mit der Bitte, Hilfe bei der Festnahme, der Untersuchung und der Auslieferung Ihrer Mitarbeiter an die sowjetische Seite zu leisten. Am 2. März 1990 wurden Ihre Mitarbeiter unter dem Verdacht, Bestechungsgelder entgegengenommen zu haben, verhaftet, und die Untersuchungsorgane ... leiteten Ermittlungen ein. An den Ermittlungen beteiligten sich auch Vertreter der sowjetischen Seite. Nach den Ergebnissen der Untersuchung stellte unsere Staatsanwaltschaft fest, daß sich der Tatbestand eines Verbrechens nicht bestätigte. Am 5. März 1990 wurden sie freigelassen, die Untersuchung in dieser Sache eingestellt... Bis auf den heutigen Tag wurde trotz zahlreicher Versprechen Osmans das Akkreditiv nicht eröffnet. Deshalb

meinen wir, daß unser Vertrag mit ihm nicht zustande kommen wird. Ferner teilen wir Ihnen mit, daß wir im Zusammenhang mit der Verzögerung bei der Eröffnung des Akkreditivs eine Konventionalstrafe in Höhe von 140 000 Dollar von Osman erhalten haben. Gerade diese Summe gab Anlaß, den Tatbestand eines Verbrechens zu vermuten.“

Verhaftung im Hotel

Vor Fehlern ist niemand gefeit, wichtig ist es nur, einen Fehler rechtzeitig zu korrigieren. Wie sich aus dem Telefax ergibt, wurde er berichtigt: das Mißverständnis klärte sich, und die Sowjetbürger kamen auf freien Fuß. Man könnte meinen, damit hätte sich der Vorfall erledigt. Doch einer der Beteiligten, ein ANT-Mitarbeiter, der ungenannt bleiben wollte, sagte folgendes:

„Gleich nach unserer Ankunft nahm der Geschäftsmann Osman Mansour Kontakt mit uns auf und bot einen so vorteilhaften Preis für die Flugzeugmotoren, daß wir uns sofort bereit erklärten, den Vertrag zu schließen. Bei der Erörterung dieses Vertrages kam die Sprache auf die Geschäftsgarantien. Wir schlugen vor, Mansour solle eine Art Anzahlung von je 20 000 Dollar für jeden Motor (insgesamt waren es sieben) leisten. ‚Warum braucht Ihr eine Anzahlung?‘, fragte Mansour. ‚Ich werde innerhalb von drei Tagen ein Akkreditiv für das ganze Geschäft eröffnen. Und wir verweisen dann im Vertrag darauf, daß ich bei Irreführung 5% der Gesamtsumme des Vertrages bezahle.‘ Wir waren einverstanden.“

Handelsoperationen mit Hilfe von Akkreditiven sind die zuverlässigste Art des Handels. Der Käufer zahlt die gesamte Summe bei der Bank ein und eröffnet ein Akkreditiv auf den Namen des Verkäufers. Doch der Verkäufer kann das Akkreditiv nur dann nutzen, wenn er von dem Käufer ein Dokument erhalten hat, daß das Geschäft gelaufen ist. So werden die Interessen beider Seiten gewahrt.

Nach Vertragsabschluß verschwand Mansour spurlos. Nach drei Tagen wandten wir uns an die Bank, um zu erfahren, ob er ein Akkreditiv eröffnet habe. Dort kannte man

Mansours Name nicht. Wir begannen Auskünfte einzuholen, wie man die im Vertrag genannte Konventionalstrafe erhalten könne. Und dabei stellte sich heraus, daß dies ... so gut wie unmöglich ist. Mansour selbst ist Sudanese, und seine kleine Firma ist in Großbritannien registriert. Und wenn wir uns an die Arbitrage wenden, dann müßten wir fast 70 000 Dollar allein für das Recht, eine Klage einzureichen, zahlen. Das Ganze kann sich über einige Jahre hinziehen, und in dieser Zeit kann er seine Firma schließen und dann wird niemand mehr Ansprüche stellen können. Wir ließen die Hoffnung fahren.

Und plötzlich tauchte Mansour wieder auf, fröhlich und charmant wie zuvor. ‚Jungs‘, er sprach gut russisch, ‚alles ist normal. Die LKWs, die die Motoren abholen sollen, sind schon unterwegs, das Geschäft kommt zustande. Ich habe Geld mitgebracht, um die Konventionalstrafe für meine Verspätung zu zahlen. Natürlich nicht 5 Prozent, das wäre gar zu viel, doch 20 000 Dollar Strafe für jeden Motor werde ich zahlen. Zudem ist bereits ein Akkreditiv für das ganze Geschäft eröffnet.‘

Wir bestanden nicht auf 5 Prozent. Hauptsache war ja das Geschäft als solches. Wir gingen wegen des Akkreditivs mit ihm zusammen zur Bank. Doch zu unserem Erstaunen sagten die Bankangestellten, Mansour habe keinerlei Akkreditiv eröffnet. Daraufhin machte Mansour einen riesigen Skandal (jetzt wissen wir, daß dies nur ein Spektakel war). Er wedelte vor den Mitarbeitern mit irgendwelchen Papieren umher, schrie, er habe immerhin 40 Mio Dollar bei der Bank liegen.

Ohne Geld erhalten zu haben, weigerten wir uns, die Ware abzuschicken. Und da sagte Mansour, er werde alles bezahlen und die Konventionalstrafe von 140 000 Dollar begleichen, doch er habe es eilig. Deshalb müsse das gesamte Geschäft schneller abgeschlossen werden. Und er bat mich mit meinem Kollegen sowie Vertreter der Consulting-Firma für den nächsten Tag, einen Samstag, in sein Hotelzimmer.

So begann etwas Merkwürdiges. Bei den Geschäftsverhandlungen war Mansour bemüht, ständig mit mir allein zu bleiben, machte unverständliche Andeutungen, daß er nur mir das Geld übergeben werde. Was macht es, dachte ich. Menschen ohne Geschäftserfahrung kann es merkwürdig erscheinen, daß zwischen Firmen neben der Abrechnung über Banken auch Bargeld zum Einsatz kommt. Doch in der Geschäftswelt ist das üblich.

Nach dem Mittagessen fühlte sich mein Kollege auf einmal schlecht – sein Magen geschwür machte ihm zu schaffen, und er ging fort, wir aber erörterten weiter die Bedingungen eines neuen Vertrages. Und da fielen mir auf einmal merkwürdige Schachteln oben an den Gardinen auf. Als ich eine davon in die Hand nahm, wurde

ANT- gate

Rundschreiben der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in der UdSSR. Darin heißt es u. a.: „Die Botschaft bestätigt, daß Mansour nicht Bürger der VAE ist, nicht auf ihrem Territorium lebt und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten oder mit irgendwelchen Organisationen dieses Landes nichts zu tun hat. Alle dubiosen Geschäfte und betrügerischen Operationen, über die die sowjetischen Massenmedien berichten, wickelte er ab, indem er sich die Rolle eines bevollmächtigten Vertreters von Handelsorganisationen der VAE aneignete und dabei ein früher einmal von der Botschaft ausgestelltes Dokument benutzte, dem zufolge er Vertreter einer Firma der VAE ist, doch das ihm nicht das Recht gibt, irgendwelche Handels- oder Finanzverträge zu unterzeichnen. Dann fälschte er Vollmachten, die ihm das Recht geben, Dokumente im Namen eines Unternehmens der Emirate zu unterzeichnen, was den Handelsinteressen sowohl der Sowjetunion als auch der Emirate großen Schaden zufügte...“

mir klar, daß dies Mikrophone waren. Ich kann mich an die Aufschrift „Miracle. Made in Japan“ erinnern. Doch am verblüffendsten für mich war, daß in diesen Mikrofonen, als ich eins von ihnen aus einandernahm, sowjetische Batterien für Hörgeräte eingesetzt waren!

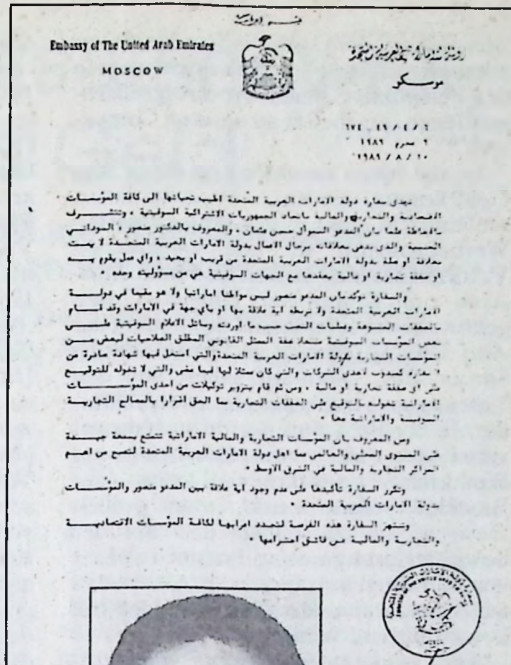
Ich fragte Mansour, was dies zu bedeuten habe, doch er antwortete, er wisse das nicht. Ich hatte keinen Grund zur Angst, hatten wir ja nichts Kriminelles im Sinn.

Und da kam ein Augenblick, da Mansour und ich allein im Zimmer waren: Die anderen hatten sich in das Geschäftszentrum begeben, um die endgültige Fassung des Vertrages schreiben zu lassen. Mansour legte 140 000 Dollar auf den Tisch: „Das ist die Konventionalstrafe. Dieses Geld ist für dich und deinen Kollegen. Nur für euch.“ Ich wunderte mich: „Osman, was machst du? Du weißt doch, daß wir für den Staat arbeiten.“ „Gut, gut, entschuldige bitte. Geh bitte ins Geschäftszentrum, ich komme gleich nach.“ Die Geldscheine befanden sich in versiegelten Päckchen, ich zählte sie nicht nach.

Und da nehme ich diesen Diplomatenkoffer mit 140 000 Dollar und gehe auf den Korridor. Ich mache zwei Schritte – und schon hat man mich.

Die Festnahme erfolgte gekonnt. Als ich begriffen hatte, daß die Festnahme durch Vertreter des Staates erfolgte, beruhigte ich mich etwas, obwohl die Prozedur alles andere als angenehm war. Handschellen, Leute mit entschärften Waffen, Fragen wie „Wer arbeitet mit dir zusammen? Für wen arbeitest du?“. Man brachte mich ins Gefängnis.

Überhaupt behandelten mich diejenigen, die mich und dann auch meinen Kollegen verhaftet hatten, überaus korrekt, soweit das in einer solchen Situation möglich ist, obwohl die unangenehmsten Beschuldigungen gegen uns vorlagen. Im weiteren, als die Untersuchung für uns günstig endete, berichtete uns ein Mitarbeiter der örtlichen Justizorgane, der Leiter der Einsatzgruppe habe eine Information erhalten, ich sei ein Vertreter der



Wer Osman Mansour kennt, erklärt, daß er auf diesem Foto jünger aussieht als in Wirklichkeit

Mafia, und möglicherweise seien wir bewaffnet. Deshalb wurde bei verdächtigen Bewegungen unsererseits, z. B. wenn ich die Hand in die Tasche gesteckt hätte, geraten, gleich zu schießen. Der junge Mann, der unsere Festnahme leitete, wurde von der nervlichen Überbelastung, weil er befürchtete, er könne einen Unschuldigen erschießen, später krank und lag eine Woche im Krankenhaus. Wer das Einsatzkommando so orientiert hat, kann man nur raten.

Und die Untersuchung begann. Unser Rechtsanwalt teilte uns mit, man verdächtige uns, Schmiergelder von Osman erhalten zu haben. Bei der Untersuchung waren Mitarbeiter der sowjetischen Rechtsschutzorgane ständig zugegen: Zwischen unseren Ländern gibt es einen Vertrag über Rechtshilfe. Je mehr sich alles klärte, (auch der Umstand, daß die 140 000 Dollar in der endgültigen Fassung des Vertrags standen, konnten also in keiner Weise veruntreut werden), desto größere Sympathien zeigten die hiesigen Untersuchungsrichter für uns: Sie hatten bereits verstanden, daß wir Opfer einer Diffamierung geworden waren. Doch solches Verständnis ging unseren Leuten ab. Laut Gesetz war es ihnen erlaubt, uns Fragen über denjenigen, der unseren Fall bearbeitete, zu stellen. Und einmal hielt es der nicht mehr aus und sagte einem der unseren namens Anatoli: „Ihre Fragen haben mit diesem Fall nichts zu tun.“

Drei Tage später wurden wir entlassen. Wir verließen unrasiert und mit leicht angegrauten Haaren das Gefängnis, umarmten

uns. Dann mußten wir einander eingestehen, daß wir in diesem Augenblick die gleichen Gedanken hatten: Natürlich ist es betrüblich, daß uns Vertreter eines fremden Landes verteidigten, die eigenen Leute uns aber eingesperrt hatten. Doch wir wollten uns das nicht all zu sehr zu Herzen nehmen, im Leben gibt es nun einmal die verschiedensten Dinge.

Jetzt arbeiten wir wieder. Wir studieren den Markt und lehnen vorteilhafte Angebote ab, da die Außenwirtschaftstätigkeit von ANT blockiert ist. Ehrlich gesagt, wir haben noch Angst, in die Sowjetunion zurückzukehren. Wir fürchten, daß man uns dort noch etwas von der Art unterschieben wird. Einige Details unserer Festnahme geben uns keine Ruhe. Als das Protokoll abgefaßt wurde und die Mitarbeiter vom Einsatzteam das Geld nachzählten, begannen sie plötzlich zu fluchen und einer zeigte mir seine schwarzgefärbte Hand. „Falschgeld?“, fragte ich. Nein, antworteten sie uns, es sei kein Falschgeld. Die Banknoten seien echt, doch mit einer speziellen chemischen Lösung bearbeitet. Wer hat sie Mansour gegeben, dachte ich. Und vor allem: Bereits, nachdem das Geschäft endgültig nicht zustande gekommen war, wollten wir die technischen Unterlagen für die Motoren der Consulting-Firma zurückgeben, damit sie andere Käufer sucht. Mit Mansour wollten wir natürlich nichts mehr zu tun haben. Doch Vertreter der sowjetischen Seite bestanden darauf, daß diese Formulare bei Mansour verbleiben.“

Der Weg der Formulare

Valentin Tolokonnikow, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Flugzeugindustrie der UdSSR:

„Osman Mansour wurde mir etwa Mitte März vorgestellt. Er wurde mir von Leuten empfohlen, denen ich wegen ihrer dienstlichen Stellung vertrauen muß. In ihrer Gegenwart übergab mir Mansour Formulare für Flugzeugmotoren und versicherte mir, er wolle sie kaufen: „Ich möchte mit Ihrem Land Handel treiben, meine Beziehungen zu ANT aber gestalten sich kompliziert...“

Ich wollte nicht näher auf die Einzelheiten seiner Differenzen mit ANT eingehen, da ich keine Vorstellung davon hatte, welche Rolle er bei dem ganzen spielt. Vor allem beunruhigte mich das Geschäft als solches. Es war für uns sehr vorteilhaft. Im Grunde hätten wir bereits reparierte alte Flugzeugmotoren gegen neue Anlagen umtauschen können. Kommt das Geschäft nicht zustande, verlieren wir Dutzende Millionen Dollar. Für dieses Geld wollten wir Anlagen für die Massenproduktion von Motorblöcken für Kultivatoren kaufen und einen Vertrag mit einer jugoslawischen Firma über den Bau von Gebäuden für diese Anlagen mit einer Gesamtfläche von 28 000 Quadratmetern schließen.

Das Geld aus dem Verkauf von nur sieben Flugzeugmotoren hätte dafür mehr als reichen müssen. Überdies hofften wir mit den unseren Berechnungen nach verbleibenden

weiteren 10 bis 12 Mio Dollar Konsumgüter für die in der Branche Beschäftigten kaufen zu können. Nach dem Absatz dieser Waren würde die Staatskasse den bescheidensten Schätzungen zufolge 120 Millionen Rubel erhalten. Man braucht doch wohl nicht zu erklären, wie wichtig das heute wäre?

Mansours Versprechen ließen hoffen, daß diese Pläne Wirklichkeit werden. Unser Ministerium plant ja bereits in diesem Jahr, 250 000 Motorkultivatoren zu produzieren, doch im Zusammenhang mit dem „Panzerkandal“ kam das ins Stocken, und schon wäre es, wenn wir bis Jahresende zumindest 120 000 der in der Landwirtschaft dringend gebrauchten Maschinen erzeugen könnten.

Osman Mansour fragte mich, ob wir die 150 Flugzeugmotoren, die er angeblich als Almetall kauft, reparieren könnten. Ja, das könnten wir, antwortete ich, und dabei dachte ich mir, daß auch dieses Geschäft für uns sehr vorteilhaft sein wird...

Osman Mansour. Dieser so oft genannte Name schien mir irgendwie bekannt zu sein. Irgendwo hatte ich von ihm bereits gehört. Und ich erinnerte mich. Jenen nannte man zwar Osman Mansur. Der Schluß lag nahe, daß sich der fehlende Buchstabe durch eine ungenaue Übersetzung erklärte.

Wer sind Sie, Dr. Mansour?

Unschwer erinnerte ich mich an den Namen Alsamuel Osman Mansour, und als dies geschah, wurde das Drama zur Farce.

Zunächst wurde sein Name in Meldungen über die großartigen Aussichten erwähnt, die die von ihm geleitete Afro-Arab Co für die mit ihr zusammenarbeitenden staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen in der Sowjetunion eröffne. „Unsere Firma ist seit 1986 auf dem sowjetischen Markt tätig“, erklärte ihr Präsident Osman Mansour in einem Interview für eine angesehen sowjetische Zeitung: „Wir helfen Avtoexport und Traktorexport, die nördlichsten Märkte zu erschließen. Wir warben Patienten aus arabischen Ländern für die Klinik von Prof. Fjodorow.“ („Iswestija“). Der Präsident von Afro-Arab äußerte sich auch in der NZ: „Für mich ist die Unterzeichnung zwischen der bundesdeutschen Firma Siemens ... und unserer Firma das Ereignis der Woche. Laut Vertrag wird Siemens Computer im Werte von 100 Mio Dollar an die Sowjetunion liefern. Die Devisen, bei denen die sowjetische Seite bekanntlich gegenwärtig Probleme hat, werden in Form eines zinslosen Kredits von Afro-Arab Co bereitgestellt. Nicht um Wohltätigkeit geht es uns. Vor allem sind wir Geschäftsleute. Doch heute bedeutet

Business auf dem sowjetischen Markt vor allem die Fähigkeit vorauszuschauen. In der Perspektive sehen wir ihre großartigen Ideen, erarbeitet an unseren Computern.“

Ja, die Ideen stammen von Ihnen, das Geld kommt von uns – ist denn das so schlimm? In einer in der Presse zitierten Werbebroschüre für den sowjetischen Verbraucher hieß es, daß die Firma Afro-Arab zum Konsortium Dhaheri Group gehört, das sich im Besitz des Leiters der Abu Dhabi Commercial Bank, Scheich Suroor Bin Sultan-al-Dhaher, von den Vereinigten Arabischen Emiraten befindet. In der Broschüre wurde auch darauf verwiesen, daß „... von Geschäfts- und Bankkreisen westlicher Länder der Beschluß gefaßt wurde, einen großen Devisenfonds zu bilden und ihn der Sowjetregierung zinsfrei für eine Laufzeit von 50 Jahren anzubieten als Alternative zur Verwandlung des Rubels in eine frei konvertierbare Währung.“

Kurz gesagt, den Partnern von Afro-Arab taten sich großartige geschäftliche Aussichten auf. Dutzende der seriösesten sowjetischen Organisationen beeilten sich, wie der Artikel später zeigte, Verhandlungen mit Afro-Arab aufzunehmen über den Tausch ihrer freien Rubel gegen Dollar nach einem Kurs, der, wenn er auch mehrfach über dem damaligen staatlichen Wechselkurs lag (diese Geschäfte wurden in der ersten Jahreshälfte 1989 abgewickelt), doch sehr vorteilhaft war, sehr... Dabei ging es um Milliarden Rubel und Milliarden Dollar. Mansour geizte, wie es aus dem Artikel hervorging, nicht mit Versprechen, die Restaurierung von Architekturdenkmälern, das Projekt „Tobol – Surgut“ (20 Md. Dollar), die Wahl der „Miss UdSSR“, den Flug „Drushba '89“ und andere nicht weniger dankbare Aufgaben zu finanzieren.

Und da platzte der Skandal. In der Presse tauchten Meldungen schon anderer Art auf. Es hieß, das Kapital der Firma, die Mansour vertrat, habe sich auf nur 100 Pfund Sterling belaufen („Sowjetskaja Rossija“). Und er sei in Prof. Fjodorows Institut tatsächlich bekannt gewesen. Bereits 1988 habe Mansour im Auftrag des Leiters der Abu Dhabi Commercial Bank versucht, zusammen mit Prof. Fjodorows Klinik ein Joint Venture zu gründen. Doch als die UdSSR-Außenhandelsbank eine Überprüfung vornahm, traf ein Telegramm von Dhaheri ein: Mansour kenne er nicht, und er habe ihm keinerlei Aufträge gegeben. Eine Aufzählung von Osman Mansours Operationen, über die die Presse berichtete, würde zu viel Platz in Anspruch nehmen. Auch bereits veröffentlichte, überaus interessante Angaben zu Mansour seien hier genannt: „Samval Hussein Mansour Osman, etwa 30 Jahre alt, Bürger des Sudan, Reisepaß Nr. 72977, studierte in Moskau an einer medi-

zinischen Hochschule, verheiratet mit einer Sowjetbürgerin. Begann seine Tätigkeit in der UdSSR 1986 als inoffizieller Vertreter des Reisebüros „Youssef“ (VAE), wobei er seine Hilfe für die Betreuung und Unterbringung von Kranken aus den VAE in der Klinik von Prof. Fjodorow anbot. Auf Betreiben der VAE-Botschaft wegen Desorganisation der Arbeit aus dem Reisebüro entlassen. 1987 brachte die führende VAE-Zeitung „Al-Ittihad“ einen großen Bericht über die obskure Tätigkeit von Mansour in der UdSSR. Im Sommer 1988, als Mansour eine Haftstrafe wegen Betrugs drohte, wurde einer seiner sudanesischen Reisepässe von den zuständigen Organen der VAE eingezogen, und er mußte sich schriftlich verpflichten, das Land nicht zu verlassen. Doch Mansour ergatterte einen britischen Paß in der Botschaft des Vereinigten Königreichs in Abu Dhabi und entging durch seine Abreise nach London dem Gefängnis... Augenzeugen erklären, daß Mansour auch einen sowjetischen Paß hat.“

Ja, ein zuverlässiger Geschäftspartner. Allerdings streitet er selbst alles Negative ab, was über ihn geschrieben wurde, ja verklagte sogar den Journalisten.

Wie dem auch sei – das alles gehört bereits der Vergangenheit an. Wir aber interessierten uns für das, was unlängst geschah. Wir hielten es für erforderlich, unseren Lesern Osman Mansours Meinung zur Story mit den Flugzeugmotoren zu präsentieren. Wir riefen ihn im Hotel an, versuchten ein Treffen mit ihm zu vereinbaren. Doch er schickte uns statt dessen einen Rechtsanwalt ins Haus. Vielleicht erwartete er eine Frage auch nach dem versprochenen Kredit von 100 Mio Dollar.

Einer der Presseberichte über Dr. Mansour endete so: „Wir erhielten ein Fernschreiben, in dem insbesondere die Rede davon ist, daß Mansour gerade erst wieder die Gründung der Firma Afro-Arab bekanntgegeben hat, Registrationsnummer 2377121, Kapital 100 Pfund Sterling, eingezahltes Kapital zwei Aktien zu je 1 Pfund Sterling, keine Einnahmen, keine Mitarbeiter. Der Skandal erfährt eine Weiterung. Hoffen wir, daß er diesmal nicht die UdSSR erfaßt.“

Wie die weiteren Ereignisse zeigten, gehen Hoffnungen nicht immer in Erfüllung.

Boris Balkarej

Anmerkung der Red. Warum wird jemand, der sich nicht von der besten Seite gezeigt hat, unseren Wirtschaftsleitern und Geschäftsleuten empfohlen? Wer gab ihm die gezinkten Dollarscheine? Wer inszenierte den Vorfall?

Und was hätten einige Mitglieder des Parlaments gesagt, wäre diese Provokation geglückt?

Richter, Staatsanwalt, Politik und Geld

Wir berufen uns jetzt oft auf amerikanische Erfahrungen. Was können wir davon verwenden?

Unser Kommentator Lew Jelin im Gespräch mit Donald AYER, Deputy Attorney General (USA)

„Neue Zeit“. In Moskau nahmen Sie an einem sowjetisch-amerikanischen Seminar über Fragen des Rechtsstaates teil. Inwiefern unterscheidet sich der Begriff Rechtsstaat bei Ihnen von dem bei uns?

D. Ayer. Mir scheint, wir sprechen von ein und demselben Ideal. In den USA besteht ein System, das auf dem Prinzip des Vorrangs des Gesetzes beruht und die Unabhängigkeit des Gerichts von der Regierung, der Staatsanwaltschaft und erst recht von den Konfliktparteien garantiert. Nach allem zu urteilen, bewegt sich die Sowjetunion in die gleiche Richtung. Zwar haben wir verschiedene Ausgangspunkte und demgemäß einen unterschiedlichen Blickwinkel, aber keine grundsätzlichen Differenzen.

NZ. Sie kommen in die UdSSR bald nach der Wahl des ersten Präsidenten unserer Geschichte. Dem ging eine ständige Kritik an der Exekutivgewalt voraus, die als unentschlossen, schwach und inkonsequent beschimpft wurde. Nunmehr knüpfen viele ihre Hoffnungen auf eine Besserung an die Einführung des Präsidentenamts. Ich erinnere mich jedoch an einen Satz aus einem Vortrag, den US-Justizminister Richard Thornburgh im vorigen Herbst in Moskau hielt: „Eine Regierung ist um so besser, je weniger sie regiert.“ Könnten Sie diese Kontroverse kommentieren?

D. A. Die Worte unseres Ministers spiegeln den fundamentalen Grundsatz eines demokratischen Staates wider: Am wichtigsten für die Gesellschaft sind die Bürger, Individuen, deren Stimme entscheidet, wer die Regierung bildet und wie sie handeln soll. Gerade das Handeln der Menschen, das persönliche, private Unternehmertum bringen der Gesellschaft den Wohlstand und machen das Leben besser. Deshalb würde ich den von Ihnen zitierten Satz so entziffern: Mit Ausnahme der Fälle und Bereiche unseres Lebens, in denen von der Regierung nach dem Willen der Mehrheit Aktivitäten erwartet werden, muß sich die Regierung abseits halten und Aktivitäten des Individuums nicht behindern. Ich bin kein UdSSR-Experte, mir scheint jedoch, daß diese Ideen auch in Ihrem Land eine immer größere Entwicklung erfahren.

NZ. Menschen, die die reale Kräftegruppierung in unserer Welt des Gesetzes kennen, würden gern erfahren, wer in den USA mehr Gewicht hat, ein Richter oder ein Staatsanwalt? Inwiefern hört der Richter auch den Staatsanwalt?

D. A. Fangen wir damit an, daß beide sehr bedeutende Figuren sind, obwohl der Richter, was seinen Einfluß und den Respekt, der ihm entgegengebracht wird, angeht, in der amerikanischen Gesellschaft eine besondere Stellung einnimmt. Die Richter der Bundesgerichte (nach dem in den USA bestehenden System wirken die Gerichte der Bundesstaaten in jedem Staat sowie in der Counties und Städten dieser Bundesstaaten. Außerdem wachen 94 Bundesgerichte der Kreise, denen 12 Berufungsgerichte übergeordnet sind, über die Einhaltung der vom Kongreß verabschiedeten Bundesgesetze und der Verfassung. Für besondere Fälle bestehen noch der Bundesdistrikt Washington D. C. und schließlich das Oberste Gericht der USA – L. J.) werden auf Lebenszeit ernannt und können einem Impeachment nur unterzogen werden, wenn sie gesetzwidrig vorgehen. Das ist eine Garantie der Unabhängigkeit. Die Richter sind in allem, was einen eventuellen Druck auf sie anbelangt, sehr empfindlich. Ein Anwalt, der versucht, mit dem Richter die Umstände eines vorliegenden Falls unter vier Augen, ohne den Anwalt der anderen Seite, zu erörtern, verstößt gegen das Gesetz. Ein Versuch, den Richter in welcher Art auch immer zu beeinflussen, kann leicht hinter Gittern enden. Wenn der Staatsanwalt (ich war fünf Jahre lang Staatsanwalt) dem Gericht die Richtigkeit der erhobenen Beschuldigung zu beweisen sucht, hat er dabei gleiche Möglichkeiten wie der Anwalt. Der Richter gibt dem Staatsanwalt absolut keinen Vorrang. Ich würde sogar sagen, daß der Staatsanwalt es schwerer hat: Gegen ihn ist die Unschuldsvermutung, an die die Geschworenen unbedingt erinnert werden. Außerdem wird ihnen erklärt: Der Staatsanwalt müsse die Schuld eines Menschen so beweisen, daß jeder vernünftige Zweifel ausgeschlossen ist.

NZ. Wie hoch werden der Richter und der Staatsanwalt im Durchschnitt honoriert?

D. A. Die Richter der Bundesgerichte erhalten ungefähr 100 000 Dollar im Jahr. Das ist weniger, als ein erfolgreicher Jurist mit Privatpraxis verdienen kann, aber trotzdem viel mehr als der amerikanische Durchschnitt. Der Staatsanwalt bekommt etwas weniger. Ein Anfänger, der eben erst die Hochschule absolviert hat, erhält 30 000 – 35 000, zehn Jahre später vielleicht 70 000 bis 75 000 Dollar.

NZ. Nach den relativ neuen Gesetzen werden die Richter in der UdSSR für 10 Jahre gewählt. Soviel ich weiß, bestehen in den USA zwei Systeme parallel zueinander: Die Bundesrichter werden von der Administration ernannt, die Richter eines Bundesstaates gewählt. Was erscheint Ihnen günstiger?

D. A. Ich finde Ihr System, die Wahl für die Dauer von 10 Jahren, ganz vernünftig. Die Ernennung auf Lebenszeit hat ebenfalls viele Pluspunkte, aber ich meinerseits würde eine Zwischenvariante vorziehen, nämlich die Ernennung eines Richters für eine bestimmte Zeitdauer. Die Ernennung auf Lebensdauer hat ihre Mängel. Mit der Zeit kann sich ein Richter so verändern, daß er sein Amt aufgeben müßte, aber das wird er selbst kaum verstehen. In dieser Situation läßt sich schwer etwas tun. Nach einer Methode suchen, um ihn abzusetzen? Wenn das aber noch einmal und dann noch einmal kommt, hat man es unversehens mit der realen Gefahr zu tun, daß alle Richter unter Druck gesetzt werden könnten. Das aber muß um jeden Preis ausgeschlossen werden. Ich wiederhole, ich finde die Idee der Ernennung für eine bestimmte Zeitdauer gut.

NZ. Wie läßt sich Ihrer Meinung nach das Amt des Richters oder des Staatsanwalts mit politischer Aktivität vereinbaren?

D. A. Die amerikanischen Richter geben sich Mühe, nicht nur unabhängig zu sein, sondern auch noch unmißverständlich zu demonstrieren, daß sie keine politischen Vorlieben haben. Will jemand Richter werden, so muß er jede aktive politische Tätigkeit vermeiden. Gewiß, ein Richter hat das Recht, ohne es an die große Glocke zu hängen, für diese oder jene Partei zu stimmen (wobei er sich in die Listen einträgt und Mitglied dieser Partei wird), aber das ist auch alles. Keine Erklärungen, keine Teilnahme an Wahlkampagnen. Bei uns kommt es nicht selten vor, daß ein Richter nach seiner Ernennung den Umgang mit politisch aktiven Menschen meidet, um nicht Anlaß zu dem Gerede von einem möglichen Einfluß auf ihn zu geben. Glauben Sie mir, der Richter hat es nicht leicht, er muß ständig alle seine Schritte abwägen, damit sie in keiner Weise einen Schatten auf seine Objektivität werfen und so das Vertrauen zum Gericht untergraben.

NZ. Kann der amerikanische Richter doch unter Druck gesetzt werden?

D. A. Im Prinzip muß das ausgeschlossen sein: Der Richter entscheidet den Streit zwischen Anklage und Verteidigung und muß absolut unparteiisch sein. Aber... Anfang der 80er Jahre gab es einen aufsehenerregenden Prozeß in Chicago: Das FBI hatte festgestellt, daß mehrere Richter Bestechungsgelder genommen hatten. Sie wurden sämtlich zu Freiheitsstrafen verurteilt. Ich kann also nicht sagen, daß der Druck auf die Richter, daß ihre Bestechung überhaupt nicht vorkommen. Aber das sind Ausnahmen, und die Schuldigen landen im Gefängnis.

NZ. Wie weit ist der Staatsanwalt an günstigen Statistiken interessiert? Daran, daß die Anklage in allen Fällen die Oberhand gewinnt?

D. A. Wer möchte denn nicht immer siegen?

NZ. Ich meine Karrieremotive, die Befürchtung, ein verlorener Fall würde den Zorn des Chefs hervorrufen...

D. A. Ich kenne keinen Staatsanwalt bei uns, der stolz darauf wäre, die Verurteilung eines unschuldigen Menschen durchgesetzt zu haben. Im Gegenteil, man würde sich schämen, wenn sich erweist, daß irrtümlicherweise eine falsche Person bestraft wurde.

Ein richtiger Oberstaatsanwalt würde seinem jungen Kollegen sagen: Wenn ich immer sehe, daß du alles richtig, unter Einsatz all deiner Kräfte und dabei kompetent tust, will ich dich unterstützen, auch wenn du mehrere Fälle nacheinander verlierst.

NZ. Wie ist es um den Druck seitens der Gesellschaft, der öffentlichen Meinung bestellt? In den USA wird z. B. Krieg gegen die Drogen geführt. Viele erwarten von den Richtern härtere Urteile in solchen Angelegenheiten.

D. A. Das ist eine Frage der sozialen Werte. Gegenwärtig erkennt ganz Amerika, wie akut das Drogenproblem ist, und alles verlangt Handlungen. Die Demokraten fordern mehr Geld für diesen „Krieg“ als die Republikaner. Selbstverständlich wirkt sich all das aus. Aber die Bundesrichter sind in diesem Fall durch eine neue, sehr eng gehaltene „Non-bis-Spanne“ der Strafen, die sie anwenden dürfen, und keine Emotionen vermögen etwas daran zu ändern. Es würde mich jedoch nicht wundern, wenn die Urteile in den Bundesstaaten, deren Richter einen größeren Spielraum haben, härter ausfallen.

NZ. Heute ist die Gesellschaft mit Recht gegen die eine Gruppe von Menschen, morgen, mit weniger Recht, gegen eine andere gestimmt. Wenn die Gerichte die Bewegungen des gesellschaftlichen Pendels mitmachen, sind die Folgen nicht abzusehen, werden die Garantien der Menschenrechte selbst gefährdet sein.

D. A. Dazu wird es nicht kommen. Auf Bundesebene besteht z. B. eine Sonderkommission, die die Schwere von Verbrechen und die Notwendigkeit dieser oder

jener Strafen erforscht. Sie untersucht auch konkrete Fälle. Im Ergebnis dieser ganzen Arbeit kann ein Richter wählen: Entweder er verurteilt einen Angeklagten zu acht oder zu zehn Jahren Freiheitsentzug. Über diesen Rahmen hinauszugehen, liegt nicht in seiner Macht. Ich kenne Fälle, da die Richter ihre Unzufriedenheit damit zum Ausdruck brachten, daß sie gemäß den bestehenden Regeln ihrer Meinung nach viel zu harte Urteile fällen mußten. Aber was sie persönlich auch immer meinten, sie konnten den festgesetzten Rahmen nicht sprengen. Das ist eben der Vorrang des Gesetzes.



Zeichnung: Viktor Bogorad

NZ. In der UdSSR wird gegenwärtig im Zusammenhang mit der wachsenden Kriminalität erwogen, ob nicht das Abhören von Telefongesprächen und die Nutzung auf diesem Weg entstandener Aufzeichnungen vor Gericht erlaubt werden sollten. Was besagen die amerikanischen Erfahrungen?

D. A. In den USA wird das Abhören äußerst selten, in genau bestimmten Fällen erlaubt. Es gibt spezielle Verfahren, die die Rechte der Bürger schützen, so daß die Polizei nicht ohne weiteres eine Telefonleitung anzapfen darf. Sie muß dem Gericht Beweise vorlegen, daß die betreffende Person in ernsthafte Verstöße gegen das Gesetz einbezogen sei und das Abhören mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad zur Aufdeckung eines Verbrechens beitragen könne. Man muß das Gericht überzeugen, aber auch das ist noch nicht alles. Es ist die persönliche Erlaubnis des Justizministers erforderlich.

NZ. Wie oft wird eine solche Erlaubnis im Laufe des Jahres im Durchschnitt erteilt?

D. A. Ich kenne die gesamtamerikanischen Statistiken nicht, aber als ich Staatsanwalt war, erhielten wir eine solche Erlaubnis durchschnittlich einmal im Jahr.

Diese Maßnahme erfordert eine überaus genaue, rigorose Kontrolle, obwohl im Kampf gegen das organisierte Verbrechen-tum das Abhören als eine sehr wichtige Informationsquelle erweisen kann.

NZ. In der UdSSR werden in den letzten Jahren viele von denen rehabilitiert, die in den 70er und Anfang der 80er Jahre gemäß „politischen“ Artikeln rechtswidrig verurteilt wurden. Es erhebt sich logischerweise die Frage einer Entschädigung. Wie wird das in den USA gehandhabt?

D. A. Mir fällt nichts Analoges ein... Oder doch, während des zweiten Weltkriegs wurde, wie jetzt klar ist, eine massierte Ungesetzlichkeit gegen in Kalifornien ansässige Japaner, die US-Bürger waren, verübt. Sie wurden verdächtigt, zu einer japanischen Invasion beizutragen bzw. beitragen zu wollen, und interniert, obwohl der Verdacht völlig unbegründet war. Vor einigen Jahren also beschloß unser Kongreß, diesen Menschen eine Entschädigung von 20 000 Dollar pro Person auszuzahlen. Der Gesamtbetrag belief sich, glaube ich, auf anderthalb Milliarden Dollar. Im allgemeinen aber ist es so, daß der Beschluß über die Entschädigung in dem Falle, daß ein Urteil als falsch anerkannt und die bestrafte Person auf freien Fuß gesetzt wird, von einem lokalen gesetzgebenden Organ gefaßt werden kann.

NZ. Halten Sie es für vernünftig, Beschuldigte gegen Kautionsfreizulassen?

D. A. Sicher, denn unser System beruht darauf, daß alle Beschuldigten bis zur Verhandlung auf freiem Fuß bleiben. Sie brauchen nicht immer eine Kautionsleistung, meist genügt es, wenn ein Amerikaner einfach die Verpflichtung unterschreibt, vor Gericht zu erscheinen. Das selbstverständlich dann, wenn die Sicherheit besteht, daß er auch wirklich vor Gericht erscheint und in der Zeit bis zum Gericht niemandem Schaden zufügt. Vor allem wird geklärt, inwiefern die betreffende Person an eine Gegend „gebunden“ ist: ob da eine Familie oder andere Angehörige sind, ob er nicht schon früher flüchtig war. Wozu jedesmal Geld für den Unterhalt in einem Gefängnis ausgeben?

NZ. Der amerikanische Polizist greift viel häufiger zu seinem Revolver als der sowjetische Milizionär. In Miami durfte ich an einer Nachtpatrouille teilnehmen, und zwar in Gesellschaft mit einer netten jungen Dame, die kurze Zeit zuvor einen Menschen erschossen hatte. In jenem Fall hatte wirklich Lebensgefahr für sie bestanden. Aber im Prinzip: Wie wird festgestellt, ob ein Hüter der Gesetzlichkeit von seiner Waffe zu Recht Gebrauch gemacht hat?

D. A. Es wird eine sorgfältige dienstliche Untersuchung eingeleitet. Außerdem kann ein Polizist wegen Verstoßes gegen die Bürgerrechte verklagt werden. Dann entscheidet das Gericht. Natürlich kommt es vor, daß die Polizei übereilt das Feuer eröffnet oder sonst zu Gewalt greift, aber insgesamt ist das kein besonders akutes Problem für Amerika.

Für Männer Eintritt verboten

Gibt es Parallelen im Leben der sowjetischen und schwedischen Frauen?

In der zauberhaften Stadt Stockholm scheint der Alltag der Schwedinnen leicht und sorgenlos zu sein, so reichhaltig und glücklich erscheint das Leben ringsum. Mit der Zeit muß man jedoch feststellen, daß es hier, wie auch bei uns, glückliche und unglückliche Menschen gibt.

Im Regierungsdepartment, wo die Frauenpolitik Schwedens festgelegt wird, erzählt man mir, daß hier der Begriff „Gleichstellung“ das Schlüsselwort ist. Es geht dabei um Gleichstellung bei der Beteiligung an Staatsangelegenheiten, bei der Arbeit und im Haushalt. Einst waren die Begriffe Gleichheit und Gleichberechtigung auch bei uns von besonderer Bedeutung, nämlich in den Dekreten von 1917, die unter Mitarbeit der fortschrittlichen Alexandra Kollontaj ausgearbeitet wurden. In den folgenden 70 Jahren sind sie jedoch nur Aufrufe auf dem Papier geblieben. Im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts gibt es in der Sowjetunion keine Ministerin auf Unions-ebene. „Oben“ sind sie eine Seltenheit, „unten“ dagegen, wo schwere körperliche Arbeit getan werden muß, sind sie auf Schritt und Tritt anzutreffen. Die Frau wird sowohl bei der Bezahlung als auch bei ihrer Beförderung benachteiligt. Die neugebildeten „Frauenabteilungen“ beim Ministerrat und beim Obersten Sowjet der UdSSR geben nur wenig Hoffnung. Im Obersten Sowjet der UdSSR wurde allerdings kürzlich ein Beschluß „Über unverzügliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen, zum Schutz der Mutterschaft und Kindheit sowie zur Festigung der Familie“ gefaßt. Wie viele Erlasse und Beschlüsse hat es schon gegeben! Wird das nicht wieder nur ein Stück Papier sein? In Schweden, wo Hunderttausende von Frauen in den 60er Jahren eine Arbeit aufgenommen haben, entstanden Frauenbewegungen, die selbst Aktionsprogramme festlegten und zusammen mit den Gewerkschaften die Diskriminierung der Frau unter die Lupe nahmen.

„Erst dann, wenn in der Regierung und im Parlament eben so viele Frauen wie Männer vertreten sind, wird man ihrer Meinung Gehör schenken“, sagte Maj-Lis Löw, eine der bekanntesten schwedischen Frauen. Sie ist Ministerin für Fragen des Arbeitsmarktes. (In Schweden ist jeder dritte Minister eine Frau. Es gibt auch eine Ministerin für Fragen der Gleichstellung der Frau.) Gegenwärtig verfolgen sie das Ziel, die 33-Prozent-Grenze des Frauenanteils im Parlament zu brechen. Nach den ersten halb-

freien Wahlen im vorigen Jahr liegt der Anteil der weiblichen Volksdeputierten der UdSSR bei 15 Prozent, und auch das nur aufgrund der Quote des Sowjetischen Frauenkomitees. Bei den diesjährigen Wahlen zu den Sowjets der Unionsrepubliken und den örtlichen Sowjets waren es in Rußland nur 5 Prozent.

In Schweden schaut man uns betroffen an, wenn jemandem einfällt, den bei uns verbreiteten Gedanken von der Prädestination der Frau für den Haushalt, d. h. von ihren großen Aufgaben bei der Versorgung der Familie, anzusprechen. Wenn es gleiche Möglichkeiten im Bildungswesen und bei der Arbeit sowie keine Arbeitslosen gibt und die Arbeit gut bezahlt wird, warum sollte dann der Mensch seine Kräfte nur in den Haushalt stecken.

Natürlich haben die schwedischen Frauen auch Probleme. Frauen machen seltener Karriere. In der Wissenschaft gelangen beispielsweise nur 5 Prozent zu hohen Würden (UdSSR: 1 Prozent). Es gibt auch Probleme bei Frauen, die monotone und manuelle Arbeit verrichten: Kassiererinnen, Näherinnen, medizinisches Personal usw. Ihr Lohn steigt langsamer als in der Industrie. Es besteht auch das Problem der Teilzeitbeschäftigung. 43 Prozent der arbeitenden Schwedinnen gehen nicht acht, sondern nur sechs Stunden täglich zur Arbeit (Traum der sowjetischen Frauen). Allerdings bekommen sie weniger Lohn dafür, und ihre Altersrente ist entsprechend niedriger. Deshalb wird vorgeschlagen, eine für alle gültige 30-Stunden-Arbeitswoche einzuführen.

Ab 1991 bekommt ein schwedischer Vater ebenso wie eine schwedische Mutter die Möglichkeit, 19 Monate lang ein Neugeborenes zu betreuen, wobei ihm 90 Prozent seines früheren Verdienstes weiter gezahlt werden.

In der Sowjetunion gibt es keine starken

Frauenbewegungen, und man kann höchstens von einem erwachenden Selbstbewußtsein und ersten Frauenorganisationen sprechen, die außerdem oft genug traditionalistisch gefärbt sind. Die Frauen rechtfertigen ihre Initiativlosigkeit mit Alltagsorgen, Faulheit der Männer und Müdigkeit. Wenn sie wirklich etwas satt haben, dann ist es die „Halbarkeit“ und „Halbverantwortung“. Jahr für Jahr tritt man im Beruf auf der Stelle. Die Arbeit befriedigt nicht (meist wird Unnützes produziert), man verdient kein ordentliches Geld und findet keine innere Ausgeglichenheit. Diese „halben“ Arbeiterinnen und „halben“ Hausfrauen haben offensichtlich auch nur eine halbe Würde. Sonst würden sie nicht auf die milde Gabe von Vergünstigungen hoffen.

In Schweden zählen sich viele Frauen selbst zu den Feministinnen. Bei uns ist der Feminismus verleumdet worden. Im Massenbewußtsein hat sich das Bild von düsteren, aggressiven und männerfeindlichen Damen herausgebildet. In Wirklichkeit sind die Feministinnen Frauen mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitsinn. Die Feministinnen wollen nicht die männlichen Verhaltensweisen übernehmen, sondern sie verändern. Sie veranstalten Männerkurse, und das Interessanteste daran ist, daß sie Zuspruch finden. Mir erzählte man von Seminaren für Männer mit dem Thema: „Was ist schlecht an deiner Stärke?“

Nach der offiziellen schwedischen Statistik stirbt jede Woche eine Frau an den Folgen von Gewaltanwendung. Deshalb wurde ein Netz aus Frauenhäusern und Betreuern geschaffen. Die Konzeption dieser Häuser lautet: Glaube nicht, du seist schwächer, schlechter und kleinlicher als die Männer. Deine Probleme sind die Probleme von Tausenden von Frauen, und sie sind lösbar. Weine nicht, sei stark, lebe aufrecht, du brauchst dich nicht für dich selbst zu schämen. Man kann für eine Stunde herkommen und sich mit gutgesinnten Menschen aussprechen. Man kann aber auch für eine Woche oder für einen Monat eine Wohnung mieten. Wird jemand vom Ehemann verfolgt, kann man auch in ein anderes Haus übersiedeln. Hier hilft man auch bei der Suche nach Wohnung und Arbeit. Die Frauen sind hier in völliger Sicherheit, denn Männern ist der Eintritt verboten.

In der Sowjetunion gibt es keine Statistik über die Gewaltanwendung gegen Frauen, die Gewalt selbst existiert aber. In einer schweren Krisenzeit kann man nirgendwo hingehen, höchstens auf die Straße. Gibt es vielleicht deshalb bei uns so viele Straftaten im Alltag, so viele unglückliche Kinder, die von zu Hause weglaufen. Daneben gibt es viele leerstehende Wohnungen und von überflüssigen Behörden besetzte Villen. Dafür gibt es in jedem Stadtbezirk eine Ausnüchterungsstation, als würden die bis zur Besinnungslosigkeit Betrunkenen Leute einer Unterkunft dringender bedürfen als Frauen und Kinder.

Natalja Kraminowa
Stockholm – Moskau



Zeichnung: Viktor Bogorad

1941: Die anderen Deutschen

Wie man die „fünfte Kolonne“ im Wolgagebiet suchte

Unterlagen aus den Archiven des KGB und des Innenministeriums der UdSSR, die man nach Anfrage der Kommission für Probleme der Sowjetdeutschen des Nationalitäten-sowjets des Obersten Sowjets der UdSSR zusammentrug, wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Dokumente werfen Licht auf eine der finsternen Episoden unserer Geschichte, die Umsiedlung der Sowjetdeutschen aus dem Wolgagebiet in den Osten des Landes während des Krieges

Wenn man sich die Erinnerungen der Sowjetdeutschen anhört, die Stalin-Lager und „Arbeitsarmee“ durchgemacht hatten, fühlt man Achtung vor diesen Leuten, die diese Zeit durchgestanden und überlebt haben. Diese Erzählungen enthalten auch Episoden, für die man sich als Zuhörer schämen muß. Die Deutschen selbst sprechen nicht gern darüber, lassen sich auch nicht immer dazu überreden, wobei sie ihre Schweigsamkeit damit rechtfertigen, daß sie nicht schlecht über andere Menschen reden wollen. Schwer zu sagen, was in dieser Position überwiegt, das Echo religiöser Toleranz und Demut, zu denen sich die Deutschen schon immer bekannt haben und die sie hinter Stacheldraht bewahren konnten, oder der Nachhall der in den vielen Jahren tief verwurzelten Angst und der zur Gewohnheit gewordenen Unterwürfigkeit. „Was sollten wir denn machen“, fragte mich daraufhin ein älterer Deutscher, „wenn man die wie scharfe Messer verletzenden Worte ‚Fritz‘ und ‚Faschist‘ ins Gesicht geschleudert bekam? Wenn man im Streit als letztes Argument zu hören bekam, man solle nicht vergessen, gegen wen das sowjetische Volk kämpfe.“ Das Absurde einer solchen Situation bekam auch ich zu spüren, ich erlebte das nicht selten unmittelbar in Sibirien und in Kasachstan. Was soll man denn auch antworten, wenn man gefragt wird: „Wie wäre denn die Schlacht bei Stalingrad ausgefallen, wenn Stalin nicht alle Deutschen aus dem Wolgagebiet ausgesiedelt hätte?“...

Zum Glück denken und sprechen heute nur wenige so. Aber es wird gedacht und ausgesprochen. Bis heute gehen Gerüchte über die Spionage der Sowjetdeutschen für Deutschland unter der

Bevölkerung des Gebietes Saratow um. Gerüchte über Waffenlager, über Militärobjekte, die nachts von Raketen beleuchtet werden, faschistische Fallschirmjäger, die angeblich von Sowjetdeutschen zu Hause versteckt wurden. Kann sein, daß die wenigen daran glauben, doch in unserem seit der Stalinzeit mißtrauisch gewordenem Bewußtsein, das die Genossenschaftler und die Pächter gleich den Feinden zuordnet, kann auch hier und da der Verdacht aufkommen, daß man so etwas ja nicht umsonst sagen würde und daß es eigentlich keinen Rauch und Feuer gäbe. Wie soll man das nachprüfen? Es gibt keine Augenzeugen mehr, und bis zum heutigen Tag waren auch keine Dokumente vorhanden...

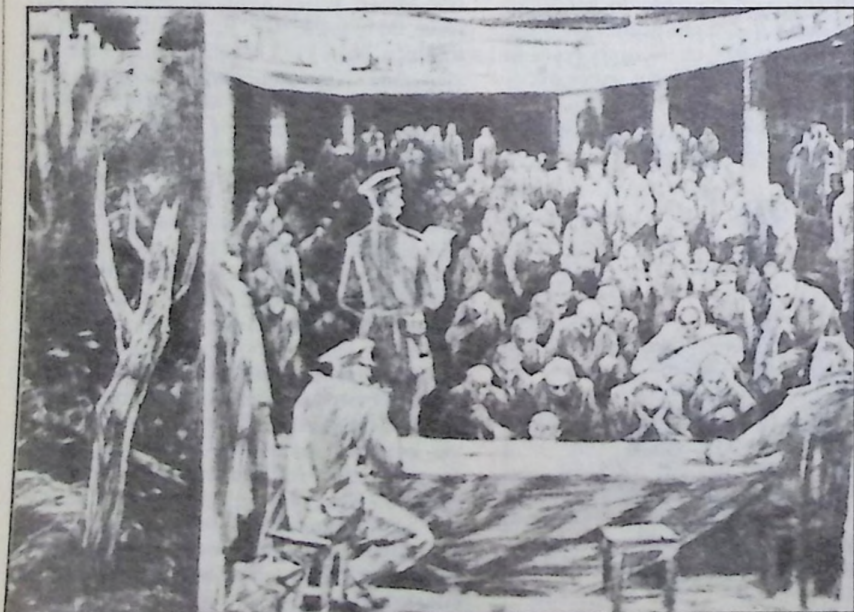
Da endlich gaben die vom Siegel „Streng geheim“ befreiten Archivakten ihr Geheimnis preis. Die Unterlagen beantworten nicht alle Fragen, gestatten aber, die darin beschriebenen Ereignisse zu ordnen, zu versuchen, den Kausalzusammenhang zwischen einigen Ereignissen im Land und denen im Ausland am Vorabend des zweiten Weltkrieges festzustellen.

Fiasko des deutschen Nachrichtendienstes

Die 1936 vom Oberkommandierenden der Franco-Armee Emilio Mola zum internationalen Wortschatz beigesteuerte Wortverbindung „fünfte Kolonne“ jagte den europäischen Regierungen zwei Jahre später nicht weniger Angst ein als die drohende Invasion Hitlerdeutschlands. Die Presse schlug Alarm. Angefangen 1938 tauchten in der europäischen Presse massenweise Artikel über die zahlenmäßige Zunahme der Nazi-Anhänger und die Aktivierung ihrer Tätigkeit (und das keineswegs immer nur unter der deutschen Bevölkerung) in Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, Schweden sowie in Argentinien, den USA und der Südafrikanischen Union. Die Öffentlichkeit begann den deutschen Minderheiten in ihren Ländern Mißtrauen entgegenzubringen.

Grund zur Besorgnis gab es genug. Erinnern wir uns an die zeitliche Abfolge der Ereignisse des Jahres 1938. Am 12. März marschieren Divisionen der Wehrmacht in Wien ein, und am nächsten Tag wird Österreich zur deutschen Provinz erklärt. Am 24. März verkündet der britische Premierminister Chamberlain in einer Rede von dem Unterhaus, daß die britische Regierung an die Notwendigkeit glaube, die begründeten Wünsche der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei zu erfüllen. Am 17. September nimmt der Führer der Sudetendeutschen-Partei Konrad Henlein an der Spitze der Legion Sudetendeutscher, die mit Hilfe der Wehrmacht und der SS formiert wurden, die entlang der Grenze gelegenen tschechischen Städte ein. Es beginnen Unruhen im gesamten Sudetengebiet. Am 29. September wird das Münchener Abkommen unterzeichnet. Am 1. Oktober marschieren deutsche Regimenter in der Tschechoslowakei ein.

Die Angst vor der unbekannten Bedrohung



„Für ewige Zeiten“. Zeichnung des sowjetischen Malers M. Distergelt aus seinem Zyklus „In jenen Jahren“, in dem er persönliche Erinnerungen verarbeitete

konnte um die sowjetische Führung keinen Bogen machen. Umso mehr, als daß unter den Bedingungen des allgemeinen Wahns, überall Spione zu sehen, und des in dieser Zeit künstlich aufgetriebenen Mißtrauens die europäischen Ereignisse einen guten Vorwand dafür bildeten, um ein weiteres Mal die „Richtigkeit“ der Konzeption der Verschärfung des Klassenkampfes im Sozialismus zu bestätigen und eine „fünfte Kolonne“ auf dem Territorium der UdSSR zu suchen. Die Suche begann bei den deutschen Generalkonsulaten und Konzessionen, die fast alle 1938 geschlossen wurden. Die Anzahl der ausländischen Spezialisten wurde drastisch reduziert, viele deutsche Bürger wurden aus der UdSSR ausgewiesen (unter den Ausgewiesenen und Repressierten waren auch deutsche Antifaschisten, die es geschafft hatten, aus dem faschistischen Deutschland zu emigrieren und die in unserem Land Asyl gefunden hatten). Alle obenbeschriebenen Maßnahmen wurden mit der Notwendigkeit erklärt, die Tätigkeit des deutschen Nachrichtendienstes in der Sowjetunion auf ein Minimum einzuschränken.

Die 1939–1940 zu den Bedingungen der sowjetisch-deutschen Abkommen und der dazugehörigen geheimen Zusatzprotokolle erfolgte Angliederung der Westgebiete der Ukraine und Belorußlands, Besarabiens und der baltischen Staaten an die UdSSR rief keineswegs eine eindeutige Reaktion unter der einheimischen Bevölkerung hervor. Die einen begrüßten die Rote Armee, andere schlossen sich zu nationalistischen Formierungen zusammen und begannen den Kampf gegen die „Okkupanten“.

In jener Zeit konnte die sowjetische Spionageabwehr nicht wenige Gruppen des bürgerlich-nationalistischen Untergrunds aufdecken. Vom Herbst 1939 bis Sommer 1940 wurden gemäß den von der UdSSR und Deutschland unterzeichneten Verträgen die in Wolynien und dem Baltikum ansässigen Deutschen in die von den Faschisten okkupierten polnischen Gebiete umgesiedelt. In den deutschen Umsiedlungskommissionen, die in Riga, Tallinn, Narva, Lwow, Stanislaw, Tschernowzy und anderen Städten arbeiteten, gab es außer Diplomaten der früheren bürgerlichen Republiken eine ganze Menge Mitarbeiter der deutschen Nachrichtendienste, die Agenten unter der antisowjetisch gestimmten einheimischen Bevölkerung anwarben.

Es ist jedoch nicht die Nationalität gewesen, die menschliche Gemeinheit oder Patriotismus prägte. Es wäre naiv beweisen zu wollen, daß es unter der deutschen Bevölkerung des Baltikums, der Westgebiete der Ukraine und Belorußlands keine Verräter gegeben habe, besonders in den Jahren der Okkupation. Es gab da aber nicht mehr als unter den Russen, Ukrainern und Litauern. Schon lange vor dem Krieg reichte jedoch die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität

aus, um in Verdacht zu geraten.

Im gleichen Jahr, 1938, begann man in der UdSSR mit der Schließung der deutschen Nationalschulen, die Sowjetdeutschen werden aus den Offiziersschulen entfernt. Alle deutschen Nationalkreise werden abgeschafft, die nationalen Dorfsowjets auseinandergejagt. Ganz zu schweigen davon, daß ein bedeutender Teil der sowjetdeutschen Intelligenz und die leitenden Funktionäre der ASSR der Wolgadeutschen Repressionen ausgesetzt wurden.

Archivmaterialien zeugen davon, daß die damalige Führung des Volkskommissariats für Staatssicherheit (NKGB) der UdSSR (selbstverständlich nicht in Eigeninitiative) von den ihr unterstellten Einheiten beharrlich forderte, die Beziehungen der deutschen Bevölkerung der ASSR der Wolgadeutschen zum deutschen Nachrichtendienst aufzudecken, die Formierung von nationalistischen Rebellentrüppchen zu entlarven, die Kader für Aktionen im Hinterland der Roten Armee für den Fall eines Krieges der UdSSR gegen Deutschland auszubilden.

In die Abteilung für Spionageabwehr des NKGB der ASSR der Wolgadeutschen kam aus dem Zentrum die Anweisung über die Beschleunigung einiger Ermittlungsverfahren. Es wurden sogar Empfehlungen zu ihrer „technischen“ Ausführung gegeben. So sollte z. B. die Fahrt einer in der Anklage figurierenden Person, der Frau eines Geistlichen, nach Moskau organisiert werden. **„Auf der Fahrt festnehmen und sorgfältig über die Spionagetätigkeit für die Deutschen verhören. In Abhängigkeit von den Aussagen entscheiden, ob sie ... für Spionage- und antisowjetische Tätigkeit verurteilt werden soll.“** Im Ermittlungsfall einer Gruppe von Arbeitern schlug das Zentrum vor, die Ermittlungen so zu gestalten, daß dabei deren Diversionstätigkeit sowie die Beziehungen zum faschistischen Nachrichtendienst aufgedeckt würden.

Die Ziele waren also abgesteckt, die Wege dahin aufgezeigt. Es blieb nur noch eine Kleinigkeit zu tun, die Anweisungen exakt auszuführen. Ob nun die örtlichen Organe nicht so kunstfertig waren wie ihre Moskauer Kollegen, oder die Entfernung von der zentralen Leitung ihnen die Möglichkeit gab, bei ihren Aktionen von der realen und nicht der gewünschten Situation auszugehen, die Unterlagen aus dem Archiv der Saratower Gebietsverwaltung des KGB zeugen davon, daß sich von Januar bis März 1941 (andere Angaben fehlen) keine Gründe fanden, um auch nur eine Akte zum Fall „deutsche Spionage“ anzulegen.

Schon nach dem Krieg gaben westliche Erforscher, die sich mit der Tätigkeit der Behörde von Admiral Canaris befaßten, an, daß sich die Abwehrabteilung II. zu deren Aufgaben es gehörte, mit Hilfe der „fünften Kolonne“ jedes auserkorene

Opfer der Aggressoren in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu zersetzen, nicht auf die Hilfe der deutschen Minderheit in der UdSSR stützen konnte. Das Fiasko des deutschen Nachrichtendienstes in der UdSSR erklären die ausländischen Historiker nicht nur damit, daß die Sowjetdeutschen hauptsächlich in ländlichen Gegenden wohnten, sondern mit der Überschätzung der Zahl von Menschen in der UdSSR, die mit der Sowjetmacht unzufrieden waren, und damit, daß die überwiegende Mehrheit „mit dem Kommunismus sympathisierte“.

Unter den veröffentlichten deutschen Archivunterlagen gibt es nicht eine, die den Schluß zulassen könnte, daß es irgendwelche Verbindungen zwischen dem „Dritten Reich“ und den Deutschen am Dnepr, am Schwarzen Meer, am Don oder an der Wolga gegeben hätte. Man suchte jedoch auch 1941 noch beharrlich nach der „fünften Kolonne“ unter den Sowjetdeutschen. Die Nationalität besiegelte in jenem verhängnisvollen Jahr das Schicksal dieses Volkes.

„Alle interniert“...

Am Tag des Überfalls von Deutschland auf die UdSSR sahen die Pläne der NKGB- und der NKWD-Verwaltungen für Moskau und Gebiet folgendes vor:

„...Am 22. Juni alle deutschen Staatsbürger internieren. Staatenlose Personen deutscher Nationalität verhaften, wenn kompromittierendes Material vorliegt. Die Ausgabe von Freizügigkeitsgenehmigungen an Ausländer für Reisen innerhalb der UdSSR einstellen.“

Vom gleichen Tage datiert eine an alle Dienststellen des Volkskommissariats verschickte Direktive des NKGB der UdSSR, in der von der Notwendigkeit die Rede ist, **„konterrevolutionäre und Spionagetätigkeit betreibende Elemente zu liquidieren“**. Dabei war die Nationalität dieser „Elemente“ nicht vorgegeben. Vor Ort wußte man aber schon, wo man zu suchen hatte. Einige Tage später gingen beim Volkskommissariat die Berichte über die geleistete Arbeit ein. Aus einer Berichtsnotiz der NKGB-Verwaltung für die Region Krasnojarsk.

„...Außerdem wurden Anweisungen gegeben, Personen deutscher Nationalität zu internieren und Staatenlose der gleichen Nationalität zu verhaften, wenn dafür genügend Material vorhanden ist.“

Am 25. Juni erweiterte die Direktive des NKGB der UdSSR den Kreis zur Suche nach möglichen deutschen Agenten:

„Interniert alle italienischen, finnischen, rumänischen, ungarischen und slowakischen Staatsangehörigen. Auf besondere Verfügung sind alle Internierten unter Bewachung zu halten...“

Am 28. Juni schreibt eine Direktive des NKGB der UdSSR vor:

„Verschärfen Sie die Überprüfung ehemaliger Kriegsgefangener, die in Deutschland in Gefangenschaft waren, ehemaliger Soldaten der deutschen und österreichischen Armee, die nach dem russisch-deutschen Krieg in der UdSSR geblieben sind. Wenn Material vorliegt, wonach diese der Diversion, Spionage und defätistischer Stimmungsmacherei angeklagt werden können, sind sie sofort zu verhaften und bei der Ermittlung deutsche Agenten zu entlarven.“

Ungeachtet aller Anstrengungen, die unternommen wurden, um in aller Öffentlichkeit von einer deutschen „fünften Kolonne“ reden zu können, reichte das kompromittierende Material nicht aus. Vom 22. Juni bis 10. August 1941 wurden in der Republik der Wolgadeutschen 145 Personen verhaftet. Davon beschuldigte man 97 der „Verbreitung von defätistischen und aufwieglischen Äußerungen“, 36 – der Teilnahme an „antisowjetischen Gruppierungen und konterrevolutionären Organisationen“, „terroristischen und Diversionsabsichten“ – drei bzw. vier, und der „deutschen Spionage“ – zwei. Eine aufschlußreiche Statistik. Und dabei ist bei der freien Auslegung des Artikels 58 nicht sicher, ob nicht die Zahlen zu hoch gegriffen sind.

Möglicherweise lag es an den derart „niedrigen“ Kennziffern oder aber war die Zunahme der Unzufriedenheit bei der Bevölkerung der ASSR, besonders der Jugend, wegen der Ablehnungen der Einberufung zur Armee durch die Militärkommissariate schuld, daß 1941 Molotow und Berija die Hauptstadt der sowjetdeutschen Republik, die Stadt Engels, besuchten. Auf einer Tagung des Parteiaktivs und der Kommandeure richteten die Gäste aus Moskau die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die Gefahr, die ihrer Meinung nach die Wolgadeutschen für den Staat darstellten sowie auf die Notwendigkeit, vom Standpunkt der inneren Lage im Land gerechtfertigte repressive Maßnahmen zu ergreifen.

Die Lage an den Fronten war im Juli 1941 tatsächlich dramatisch. Die Hitlerfaschisten hatten das Baltikum, die Ukraine westlich des Dneprs okkupiert, um Kiew und vor Leningrad wurde gekämpft. Smolensk und Jelnja wurden aufgegeben. Die fehlende technische Vorbereitung der Roten Armee auf den Krieg, die Inkompetenz der Vertreter des Oberkommandos, die für die Verteidigungsstrategie verantwortlich zeichneten, die Repressionen der 30er Jahre machten sich bemerkbar. Was hatte denn das aber alles mit den Sowjetdeutschen zu tun?

Nicht genug Indizien

Drei Wochen nach Kriegsbeginn befahl Hitler „Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Personen deutscher Abstammung im okkupierten Teil der Sowjetunion zu



1940. Die „Kämpfer der Trudarmija“ beim Holzschlag

erfassen, damit man sie später zur Leittätigkeit heranziehen könne.“

In den Berichten, die 1941 und 1942 aus den von den Faschisten okkupierten Gebieten nach Berlin gingen, hieß es u. a.: „Die einheimischen Deutschen haben, selbst wenn sie keine Kommunisten sind, völlig verdrehte Vorstellungen von Zusammenhängen im Reich und den nationalsozialistischen Führern. Den Vertretern der Intelligenz ist das Gefühl der Diskriminierung verständlich. Ihre Einstellung zu den Juden ist normalerweise neutral.“ „Es gibt keine Anzeichen für eine Belebung der nationalen Aktivitäten.“

Es wäre aber auch wohl kaum richtig, die deutsche Bevölkerung der drei Regionen, die erst in den Vorkriegsjahren an die UdSSR angegliedert wurden, mit den Sowjetdeutschen gleichzusetzen, die in Rußland geboren und aufgewachsen waren, zwanzig Jahre unter sozialistischen Bedingungen gelebt hatten und bereit waren, mit der Waffe in der Hand die sozialistische Heimat zu verteidigen.

Das Schicksal des Volkes wurde jedoch in der Stille der Arbeitszimmer im Kreml entschieden. Der von Kalinin am 28. August 1941 unterzeichnete Erlaß über die Aussiedlung der Deutschen aus dem Wolgagebiet trat in Kraft. Es blieb nur noch die Aufgabe, der bevorstehenden Kampfkraft mit den „Volksfeinden“ Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Es gab aber immer noch nicht genug Indizien. Menschen, die vor dem Krieg an der Wolga gelebt hatten, erzählten mir, daß Ende August Gerüchte in Umlauf gesetzt wurden, daß die Organe des NKWD auf den Eisenbahnstationen ein Waffenlager nach dem anderen ausgehoben hätten, daß über dem Wolgagebiet faschistische Fallschirmjäger abgesetzt

worden seien (einer anderen Version zufolge waren diese Fallschirmspringer in Wirklichkeit verkleidete sowjetische Tschekisten, die die Loyalität der Deutschen überprüfen sollten). Alle diese Geschehnisse der Kriegszeit wurden jedoch bis heute noch nicht von Augenzeugen bestätigt. Sie werden auch in den Archiven der Staatssicherheitsorgane und des Innenministeriums in keinsten Weise erwähnt. Es werden wohl auch kaum schriftliche Beweise für derart unverschämte Provokationen jemals existiert haben...

Einige Tage später wurde in den Lokalzeitungen der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Aussiedlung der Deutschen veröffentlicht. Darin hieß es u. a.:

„Zuverlässigen Angaben der Militärbehörden zufolge gibt es unter der im Wolgagebiet beheimateten deutschen Bevölkerung Tausende und Abertausende Diversanten und Spione, die auf ein Signal aus Deutschland hin in den von Deutschen bewohnten Gebieten an der Wolga Sprengsätze zünden sollen. ... Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat es für notwendig befunden, die in den Wolgagebieten wohnende deutsche Bevölkerung in andere Gebiete umzusiedeln, wo sie Land bekommen und ihnen staatliche Unterstützung bei der Einrichtung in den neuen Gebieten gewährt wird.“

Für die Übersiedlung wurden an Ackerland reiche Gebiete ausgewählt...“

„Den Rest umsiedeln“

Unter den Bedingungen der Kriegszeit und des Stalin-Regimes gab es für Menschen, die der „Diversion“ oder der „Spio-

nage“ angeklagt wurden nur ein Maß des „sozialen Schutzes“ – die Todesstrafe. Stattdessen und außer den Versprechungen von der „staatlichen Hilfe“ und den „an Ackerland reichen Gebieten“ wurde für die Organisation der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung ein ganzes Programm ausgearbeitet. Hier Auszüge aus den Anleitungen, aus denen man ganz und gar nicht folgern kann, daß es hier um gefährliche Staatsverbrecher geht.

„DURCHFÜHRUNG DER OPERATION

1. Den Umsiedlern erlauben, den Hausrat und Geld mitzunehmen (die Summe wird nicht beschränkt, das betrifft auch Wertgegenstände). Das Gesamtgewicht aller Sachen, der Kleidung und des Hausrats darf eine Tonne pro Familie nicht übersteigen...

BEFÖRDERUNG PER BAHN ODER SCHIFF

3.... Der Zug muß so zusammengestellt werden, daß 7-8 Wagen für die Beladung des Besitzes der Umsiedler, ein Sanitätswagen und einer für die Bewachung vorhanden sind.

4. Die Beköstigung der Umsiedler hat während der Fahrt an dafür speziell festgelegten Stellen zu erfolgen, an den Eisenbahn- und Schiffsbühfets. Warmes Essen wird einmal täglich ausgegeben, kochendes Wasser – zweimal...

6... Jeden Zug haben ein Arzt und zwei Krankenschwestern zu begleiten...”

Vom 3. bis 20. September 1941 wurden allein aus der Republik der Wolgadeutschen 376 700 Menschen nach Sibirien und Kasachstan gebracht, also praktisch die gesamte deutsche Bevölkerung. Insgesamt wurden bis zum 25. Dezember 1941 aus 15 Unions- und autonomen Republiken, 26 Regionen und Gebieten 894 600 Deutsche umgesiedelt. In diesen Angaben sind noch nicht die vielen Tausenden Sowjetdeutschen enthalten, die mitten in den erbittertesten Kämpfen aus der Armee abberufen und zügeweise hinter den Ural gebracht wurden.

Es war auch schon nicht mehr nötig, eine so raffinierte und mühselige Vorbereitungsarbeit zur Erbringung von „Beweisen“ wie an der Wolga zu leisten und die Aussiedlung der Deutschen aus den anderen Gebieten des Landes zu erklären und zu begründen. Hier ein Entwurf eines Schreibens von Berija, die in den Unterlagen der GULAG (Hauptverwaltung für Lager) des NKWD der UdSSR gefunden wurde.

„Streng geheim

Nr. 2714/B

An das Staatskomitee für Verteidigung

An Genossen Stalin J. W.

Im Gebiet Woronesh wohnen 5125 Personen deutscher Nationalität,

darunter Mitglieder und Kandidaten der KPdSU (B) – 45 Personen, Komsomolmitglieder – 143.

112 Personen werden in den Akten als antisowjetische und zweifelhafte Elemente geführt.

Um antisowjetische Tätigkeit von seiten der im Gebiet Woronesh beheimateten Deutschen zu verhindern, hält es das NKWD der UdSSR für sinnvoll, die als antisowjetische und zweifelhafte Elemente geführten Personen zu verhaften und den restlichen Teil der deutschen Bevölkerung, bestehend aus 5013 Personen in das Gebiet Nowosibirsk umzusiedeln.

Die sowjetischen und Parteior-gane von Nowosibirsk suchen um die Besiedlung ihres Gebiets durch Deutsche nach.

Beiliegend ein Entwurf des Beschlusses des Staatskomitees für Verteidigung. Erbitte Ihre Entscheidung.

Volkskommissar für innere Angelegenheiten der UdSSR L. Berija

8. Oktober 1941“

Über den Ablauf der Umsiedlung gingen beim NKWD der UdSSR täglich Informationen ein. Aus der Meldung Nr. 9 vom 12. September 1941 aus den Regionen Altai und Krasnojarsk.

„Am 11. September traf im Bahnhof Barnaul der Zug Nr. 875 mit 2358 Personen ein. Während der Fahrt hatte es zwei Todesfälle gegeben: ein tuberkulosekrankes 16jähriges Mädchen und ein 22 Tage alter Säugling. Die Leute wurden in Barnaul auf drei Schleppkähne umgeladen und auf dem Wasserweg weiterbefördert.“

„Auf der Fahrt von Umsiedlern in die Kasachische SSR und das Gebiet Nowosibirsk (ca. 110 000 Menschen) blieben 557 zurück, 8 flüchteten, 437 starben, 143 wurden geboren, wegen Krankheit vom Zug 77 abgeholt.“

Hier ein Auszug aus der Meldung Nr. 5 vom 5. Oktober 1941 aus der Region Altai:

„Es sind 10 202 fertige Wohnhäuser für 34 586 Personen vorhanden. 3982 Häuser für 9365 Menschen müssen renoviert werden. Es wurden 189 bewohnbare öffentliche Gebäude für 2798 Personen festgestellt. Durch Beschlagnahme werden 12 747 Wohnungen für 53 408 Menschen frei. Insgesamt kann die Region etwa 100 000 Menschen aufnehmen.“

Es ist unschwer auszurechnen, unter welchen Bedingungen die Umsiedler untergebracht werden sollten. Drei pro Haus und vier pro Wohnung. Wollte man den „Diversanten und Spionen“ wirklich einen solchen Empfang bereiten? Wenn man noch dazunimmt, daß sich das Volkskommissariat für die Milch- und fleischverarbeitende Industrie verpflichtet hatte,

innerhalb eines Jahres an den neuen Siedlungsorten der Deutschen den aus der Republik umgesiedelten Kolchosbauern genausoviel Vieh zu geben, wie diese an den Staat abgegeben hatten, und für die abgegebenen Pferde Geld zu bezahlen, damit sich die Siedler neue kaufen können, wird der ganze Zynismus der Stalinschen Beschuldigungen deutlich.

Ich weiß nicht, ob überall und immer diese Anweisungen befolgt wurden, ob irgend jemand von den umgesiedelten Deutschen noch in den Genuß der „Leistungen“ kam, die in den Anweisungen versprochen wurde. Wenn ja, dann nicht für lange. Im Januar 1942 verpflichtete das Staatskomitee für Verteidigung das NKWD der UdSSR, aus den Übersiedlern „Arbeitskolonnen und -trupps“ zu formieren (wenn es schon nicht gelang, eine „fünfte Kolonne“ zu schaffen), „Disziplin herzustellen“, „eine hohe Arbeitsproduktivität“ und „hohe Produktionsnormen“ zu gewährleisten. Was in der Übersetzung aus der Amtssprache Leben hinter Stacheldraht mit Bewachung, Regime und Normen der GULAG bedeutete. Die „Arbeitsarmee“ wurde durch ein neues „Kontingent“, wie es in offiziellen Unterlagen heißt, aufgefüllt. Die Plätze in den Holzeinschlagplätzen, an den Maschinen und in den Gruben wurden von den Umsiedlern eingenommen.

Was war der Grund für die Verschärfung der Politik gegenüber den Deutschen? War ein solcher Verlauf der Ereignisse von vornherein geplant? Noch geben die Archive auf diese Fragen keine Antwort.

Seit sich die Lagertore hinter den Sowjetdeutschen geschlossen haben, war dieses Volk fast fünfzig Jahre aus allen offiziellen Dokumenten getilgt. (Nach dem Krieg wurde die „Arbeitsarmee“ aufgelöst, doch noch 1955 stand die ganze deutsche Bevölkerung der UdSSR unter administrativer Aufsicht. Am 1. Oktober 1949 gehörten 2 134 188 Menschen zu den Sondersiedlern, davon waren 1 099 758 Deutsche). Bis vor kurzem wußte die breite sowjetische Öffentlichkeit so gut wie nichts über das Schicksal eines 2 Millionen starken Volkes in der Sowjetunion. Es hat sich wohl auch kaum jemand darüber Gedanken gemacht. Die zentrale Presse schwieg sich aus. Derweil tauchten immer mehr „Einzelheiten“ zu den Gerüchten und Mutmaßungen um die Umsiedler auf: „Wird ja nicht umsonst davon geredet“, „kein Rauch ohne Feuer“....

Konstantin
Issakow

Fotos aus den Archiven der
Zeitung „Neues Leben“

Präsentiert von
Dr. jur. habil.
Valeri SORJKIN

Lord Russell, ein herausragender britischer Wissenschaftler, Philosoph, Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und Friedenskämpfer, ist in unserem Land gut bekannt. Und das, obwohl die Liste der russischen Übersetzungen seiner Werke, einschließlich auch der vor der Revolution erschienenen, viel kürzer ist als die der Werke der ideologischen Gralshüter des dialektischen Materialismus, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, Russell „mangelnde philosophische Konsequenz“ oder „allzu große Begeisterung für den Positivismus“ bzw. andere weltanschauliche Sünden vorzuwerfen. Die Kritiker wüteten offenbar auch deshalb so, weil eine Gestalt wie Russell nicht ignoriert werden konnte wie „irgendein“ Whithead oder ein Santayana. Russell empfand seit langem große Sympathie für Rußland. Und so nahm er sich das Recht, Rußland keine Komplimente zu machen. Russells aktiver Einsatz für den

Frieden, sein Interesse an den Ereignissen in der UdSSR, zudem ein durchaus wohlwollendes Interesse, waren zu deutlich zu bemerken. Eben deshalb war zu „klären“, was bei Russell „gut“ und was bei Russell „schlecht“ gewesen sei.

Doch ein Büchlein des Gelehrten sollte die ganze Zeit gleichsam vergessen sein. Das ist um so merkwürdiger, da es unmittelbare Beziehung zu Sowjetrußland hatte, diverse Male in Großbritannien verlegt und im Westen sehr bekannt wurde. Zudem kannte auch Lenin diese Arbeit. Nichtsdestoweniger erschien dieses Buch kein einziges Mal in Rußland, anders als z. B. das uns jetzt gut bekannte „Rußland im Dunkel“ von Herbert Wells.

Dieses Buch heißt „Die Praxis und Theorie des Bolschewismus“, und es erschien unmittelbar nach einer fast einmonatigen Reise Russells durch Rußland. Der britische Gelehrte bereiste im Frühjahr 1920 unser Land (Wells kam einige Monate später.) Obwohl die Reise bei klarem Frühlingswetter stattfand, sah Russell ebenso wie Wells Rußland im Nebel. Sowohl die schweren

Folgen des Bürgerkrieges als auch der, wie er meinte, nicht sonderlich weite Horizont der Führer der Revolution erlaubten es dem Denker nicht, deren Hoffnungen voll zu teilen. Das Buch fand keine Sympathien – weder bei jenen, die wie Lord Northcliffe zum Kreuzzug gegen Sowjetrußland riefen, noch bei jenen, die auf dem anderen Flügel standen – bei den Fabianisten, den linken Labour-Leuten und den Gewerkschaftern. Für die einen war die Kritik am Bolschewismus zu zurückhaltend, den anderen schien sie voreingenommen zu sein. Anders als die leicht impressionistisch angehauchte Broschüre des Schriftstellers Wells konzentrierte sich das Buch des Gelehrten Russell mehr auf eine Analyse der russischen Gesellschaft und der herrschenden Ideologie. Hierbei aber gehen ihm literarische Qualitäten keineswegs ab. Dem Blick des Autors bleibt nichts verborgen: weder die Erfolge bei der Beseitigung des Analphabetentums noch die „allgegenwärtige Präsenz der Geheimpolizei“, weder die Bereitschaft der Menschen zur

Politische
Gedanken

des **20.**
Jahrhunderts

Selbstaufopferung noch die abstruse Verbindung von Schwärmerei mit harten ideologischen Schemata...

Eben diese vielfältige Sicht, die keineswegs oberflächlich bleibt, obwohl die Reise nur kurz war, macht Russells Buch so wertvoll. Wertvoll ist seine Charakterisierung der Menschen der Revolution, wertvoll die Unmittelbarkeit der Aufnahme der Wirklichkeit jener Jahre. Diese Sicht, die man als die eines nicht schlecht informierten Optimisten bezeichnen kann, bewahrte Russell auch in späteren Jahren...

Heute stellen wir Fragmente aus dem Buch vor, die Dr. phil. Iwan Sadoroshnjuk zur Veröffentlichung vorbereitete.

Lenin, Bolschewiki, Rußland...

Bertrand Russell (1872–1970)

Bolschewismus ist keine gewöhnliche politische Doktrin, das ist ebenso eine Religion mit ausgeklügelten Dogmen und einer eigenen heiligen Schrift. Wenn Lenin seine Thesen aufstellt, dann untermauert er sie nach Möglichkeit mit Zitaten von Marx und Engels. Ein wahrer Kommunist ist nicht einfach nur ein Mensch, der davon überzeugt ist, daß der Boden und das Kapital allen gehören müssen und daß allen der gleiche Anteil an deren Früchten zusteht. Das ist jener, der den in den sorgfältig ausformulierten Glaubensdogmen (z. B. dem philosophischen Materialismus) enthaltenen Normen treu ergeben ist, die, egal ob sie vom wissenschaftlichen Standpunkt richtig sind, vorbehaltlos als richtig anerkannt werden...

Das erste, was mich nach dem Überqueren der mit einer roten Fahne markierten Grenze Sowjetrußlands überkam – inmitten von menschenleeren Gebieten, verkümmerten Wäldern und Stachelndrahtverhauen –, war das Gefühl des riesigen Unterschiedes zwischen den Ansichten der Bolschewiki selbst und dem, wie sie von den progressiven Sozialisten außerhalb Rußlands verstanden werden. Die ausländischen Freunde Rußlands denken, daß die Diktatur des Proletariats lediglich eine neue Form der repräsen-



tativen Regierung ist, die nur von Werktätigen, von Frauen und Männern, gewählt wird, und die Wahlreise nur eher nach dem beruflichen Merkmal als dem territorialen Prinzip aufgebaut sind. Sie denken, daß mit dem „Proletariat“ wirklich das „Proletariat“ gemeint ist, „Diktatur“ aber nicht wirklich ausschließlich „Diktatur“ bedeutet. Es ist aber genau umgekehrt. Wenn ein russischer Kommunist von der „Diktatur“ spricht, dann versteht er dieses Wort buchstäblich, wenn er aber vom „Proletariat“ spricht, dann deutet er diesen Begriff in der gleichen Manier, wie das auch Mister Pickwick mit den Worten tut. Das heißt, er wendet es nur auf den „klassenbewußten Teil“ des Proletariats an, nämlich auf die kommunistische Partei. Er zählt zu den Proletariern Menschen, die in gar keiner Weise dazugehören (solche wie Lenin, Tschitscherin), nur weil sie die richtigen Auffassungen vertreten. Dabei ignorieren sie diejenigen, die vom Lohn leben, jedoch anderer Meinung sind. Die Kommunisten nennen diese Lakaien der Bourgeoisie...

Ein Bolschewik, der ehrlich an die Parteidogmen glaubt, ist davon überzeugt, daß die Wurzel allen Übels im Privateigentum liegt. Er ist davon dermaßen überzeugt, daß er selbst vor den härtesten Maßnahmen nicht zurückschreckt, die ihm für die

Errichtung und den Erhalt des kommunistischen Staates notwendig erscheinen. Er hat ebensowenig Mitleid mit sich selbst wie mit anderen.

Derartige Ansichten ähneln sehr einem fanatischen Glauben. Bei den Briten verstärken sie nur die Überzeugung, auf der Großbritannien seit 1688 sein Leben aufbaut, nämlich daß Güte und Toleranz doch über allem stehen.

Selbstverständlich kann man selbst für den jüngsten Staat historische Parallelen finden. Die schlechtesten Selten der gegenwärtigen russischen Regierung kommen dem französischen Direktorium sehr nahe, die besten kann man mit der Regierung Cromwell vergleichen. Aufrichtige Kommunisten (die Aufrichtigkeit aller alten Parteimitglieder wurde durch jahrelange Verfolgung bestätigt) kommen den militanten Puritanern mit ihrer strengen Moral und der politischen Entschlossenheit sehr nahe. Der Umgang Cromwells mit dem Parlament unterscheidet sich nicht besonders von dem, wie Lenin mit der konstituierenden Versammlung verfuhr. Beide brachten, nachdem sie zuerst die Demokratie mit religiöser Überzeugung verbunden hatten, die Demokratie dem Glauben zum Opfer und errichteten eine Militärdiktatur. Beide wollten ihre Länder nötigen und eine höhere Moral erreichen, brachten aber in das gesellschaftliche Leben mehr Spannung, als die Menschen aushalten konnten. Das Leben im heutigen Rußland entspricht genau wie im puritanischen England in vielen Erscheinungen nicht der menschlichen Natur. Wenn die Macht der Bolschewiki gestürzt werden sollte, so wird das die gleiche Ursache haben, wie der Sturz der Puritaner: Sie überschreiten die Grenze, hinter der der Mensch fühlt, daß Ruhe und Frieden viel mehr bedeuten, als alle anderen Werte zusammengekommen...

Was mich angeht, so halte ich es, nachdem ich sorgfältig diese Theorie abgewogen und all ihre Anschuldigungen an den Kapitalismus zur Kenntnis genommen habe, für notwendig, bestimmt und konsequent gegen sie zu polemisieren... Der Sinn meiner Widerrede besteht nicht darin, daß ich den Kapitalismus für so schlecht (wie die Bolschewiki) nicht halte, sondern darin, daß der Sozialismus nicht gut genug ist. Wobei ich nicht von seinen besten Formen spreche, sondern von der, die offensichtlich als Ergebnis eines Krieges entsteht. Das Übel des Krieges, besonders des Bürgerkrieges, ist viel zu offensichtlich und groß; das Ergebnis, das der Sieg bringt, ziemlich zweifelhaft. Im gnadenlosen Kampf kann die ganze Hinterlassenschaft der Zivilisation vernichtet werden, Haß, Verdächtigung und Härte jedoch zur Norm im zwischenmenschlichen Umgang werden. Um im Krieg zu siegen, ist eine Machtkonzentration erforderlich, und das ist genauso ein Übel wie die kapitalistische Reichtumskonzentration. Eben aus diesen Gründen kann ich keine Bewegung unterstützen, die sich die Weltrevolution zum Ziel stellt. Der Schaden, den die Revolution in einem Land anrichtet, kann unter dem Einfluß anderer Länder, in denen keine Revolution stattgefunden hat, wiedergutmacht werden. Von den Folgen eines universellen Kataklysmus kann sich die Zivilisation jedoch auch in Jahrtausenden nicht erholen. Obwohl ich keineswegs die Weltrevolution verteidigen möchte, drängt sich mir die Schlußfolgerung auf, daß die Regierungen der führenden kapitalistischen Staaten alles in ihren Kräften stehende tun, um diese zu verwirklichen. Der Mißbrauch von Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland, Rußland und Indien (ganz zu schweigen von den anderen Ländern) kann den Fall der europäischen Mächte beschleunigen und viel mehr Böses anrichten, als das, womit uns die Feinde des Bolschewismus Angst einjagen wollen.

Wahre Kommunisten sind absolute Internationalisten. Lenin hat sich, soweit ich das beurteilen kann, weniger auf die Interessen Rußlands als die Interessen anderer Länder konzentriert. Rußland ist gegenwärtig der wichtigste Verfechter der sozialen Revolution und hat damit große Bedeutung für die Welt. Lenin würde jedoch eher Rußland opfern als die Revolution, wenn er vor einer entsprechenden Wahl stehen würde...

Bei Lenin findet man auch nicht den Schatten von Hochmut. Er ist entschlossen, kühn und außergewöhnlich intolerant gegenüber Eigennutz

Bald nach meiner Ankunft in Moskau traf ich mit Lenin zusammen. Wir unterhielten uns auf Englisch, das er ziemlich gut beherrschte. Ein Dolmetscher war auch anwesend, wir griffen aber kaum auf ihn zurück. Das Arbeitszimmer von Lenin war sehr bescheiden eingerichtet, ein großer Tisch, an den Wänden einige Karten, ein sehr bequemer Sessel, der für die Gäste bereitstand, daneben zwei-drei ungepolsterte Stühle. Es ist offensichtlich, daß Lenin nicht nur Luxus verpönt, sondern sogar Komfort überflüssig findet. Er gibt sich sehr freundlich und ist wohl einfach im Umgang, man findet bei ihm auch nicht den Schatten von Hochmut. Wenn man nicht weiß, mit wem man es zu tun hat, wird man bei einer Begegnung kaum vermuten, daß dieser Mensch über große Macht verfügt oder daß das eine große Persönlichkeit ist. Ich bin noch nie einem Menschen begegnet, der dermaßen wenig von sich überzeugt ist. Er schaut seine Gäste sehr aufmerksam an, ein Auge leicht zugekniffen, was den belangstündigen Scharfblick des anderen zu verstärken scheint. Er lacht viel; zu Anfang schien mir sein Lachen freundschaftlich und fröhlich, doch allmählich

begann ich an diesem Menschen Anzeichen von Unbeugsamkeit zu bemerken. Er war entschlossen, ruhig, kühn, außergewöhnlich unduldsam gegenüber Eigennutz und die Inkarnation seiner Lehre selbst. Man fühlt, daß ihm die materialistische Geschichtskonzeption in Fleisch und Blut übergegangen ist. In seinem

Bestreben, die Theorie zu erklären, ähnelt er einem Professor, und er entbrennt in Wut allen gegenüber, die sie nicht richtig deuten oder nicht einverstanden sind. Er scheint gern Erläuterungen zu geben. Ich bekam den Eindruck, daß er keine besonders hohe Meinung vom größten Teil der Volksmassen hat und ein intellektueller Aristokrat ist.

In der ersten Frage, die ich ihm stellte, ging es darum, inwieweit er die Besonderheit der ökonomischen und politischen Lage in England anerkenne. Ich wollte wissen, ob die Anerkennung der gewaltsamen Revolution eine unerläßliche Bedingung für den Beitritt zur Dritten Internationale sei. Ich habe diese Frage übrigens nicht direkt gestellt, man hatte ihn schon offiziell danach gefragt. Seine Antwort hatte mich nicht befriedigt. Er erkannte an, daß die Revolution in England gegenwärtig wenig Chancen hat und seine Arbeiterklasse immer noch nicht ihre Empörung über die parlamentarische Regierung zum Ausdruck brächte. Er hoffe jedoch, daß man das bei einem von der Labour Party beherrschten Ministerkabinett erreichen könne. Er sei der Meinung, daß wenn zum Beispiel Mister Henderson Premierminister werden würde, keinerlei grundsätzliche Veränderungen eintreten würden und die organisierten Arbeiter, worauf er hoffe und wovon er überzeugt sei, sich daraufhin doch zur Verwirklichung der Revolution entschließen könnten. Aus diesem Grund rege er seine Anhänger in England an, alles zu tun, damit die Labour Party im Parlament die Mehrheit bekommt. Er agitierte nicht für die Nichtteilnahme an den Parlamentsdebatten, hielt es aber für möglich, das Parlament als der Achtung unwürdig darzustellen. Die Erwägungen, daß die Versuche der Realisierung einer gewaltsamen Revolution in diesem Land von der Mehrheit für unmöglich und nicht wünschenswert angesehen werden, waren für ihn unbedeutend und wurden als bürgerliche Vorurteile abgetan. Als ich behauptete, daß man in England auch ohne Blutvergießen etwas erreichen könne, lehnte er diese Behauptung als utopisch ab. Sein Wissen und die Vorstellungen von den psychologischen Aspekten des Lebens in Großbritannien erschienen mir nicht sehr tiefgründig. Übrigens sieht der Marxismus überhaupt nicht viel Sinn in derartigen Vorstellungen, weil er die ganze Politik auf rein materielle Ursachen reduziert.

Danach fragte ich Lenin, wie er über die Möglichkeit der Errichtung eines stabilen und vollwertigen Kommunismus in einem Land denke, wo die Mehrzahl der Bevölkerung Bauern sind. Er gab zu, daß das schwer sei und machte sich über den Umtausch von Lebensmitteln in Papiergeld lustig – eigentlich nichts weiter als Papier –, zu dem man die Bauern zwingt. Die

Ungedektheit des russischen Papiergeldes belustigte ihn. Er sagte jedoch, und das ist völlig richtig, daß alles wieder in Ordnung kommt, sobald Waren für die Bauern da sind. Einen Ausweg aus der Situation sehe er u. a. in der Elektrifizierung der Industrie, die ihm für Rußland technisch notwendig schien... Dafür werde man aber gut 10 Jahre brauchen. Er sprach davon mit Enthusiasmus, als wäre alles schon getan, sprach von den großen Plänen der Stromerzeugung auf der Grundlage von Torf als Rohstoff. Natürlich hoffte Lenin auf den Abbau der Blockade als radikalstes Mittel, er war aber nicht voll davon überzeugt, daß ihm das 100prozentig und für immer anders gelingt, als durch die Revolutionen in anderen Ländern. Er sagte, daß der Frieden zwischen dem bolschewistischen Rußland und den kapitalistischen Ländern immer unzuverlässig sei. Die Entente würde gezwungen sein, aufgrund von Müdigkeit und ständigen Differenzen Frieden zu schließen, doch er war überzeugt, daß dieser Frieden nicht von langer Dauer sein würde. Ich stieß bei ihm wie bei fast allen kommunistischen Führern auf viel weniger Streben nach Frieden und Durchbruch der Blockade als in unserer Delegation. Lenin war überzeugt, daß man nichts Ernsthaftes anders erreichen könne, als durch die Weltrevolution und die Beseitigung des Kapitalismus. Mir schien, er betrachtet die Wiederaufnahme des Handels mit den kapitalistischen Ländern einfach als palliative und wohl auch zweifelhafte Maßnahme.

Er beschrieb die Differenzierung zwischen den reichen und den armen Bauern, die Regierungspropaganda unter den letzten gegen die ersten, die zu Gewalttaten führte, wobei er darüber mit Befriedigung sprach. Gemäß seinen Worten kam dabei heraus, daß das Diktat über die Bauernschaft längeranhaltend sein würde, weil die Bauern nach freiem Handel strebten. Er sagte, er wüßte aus der Statistik (das glaube ich ihm gern), daß die Ernährung der Bauern in den letzten zwei Jahren angeblich besser gewesen sei, als früher. „Und trotzdem sind sie gegen uns“, fügte er nach einigem Nachdenken hinzu. Ich fragte ihn, was man den Kritikern antworten sollte, die behaupten, in dem Land würde mit seiner Hilfe einfach bäuerliches Eigentum geschaffen, jedoch kein Kommunismus. Er antwortete, daß das bei weitem nicht an dem sei, aber er konkretisierte nicht, wie die Lage wirklich aussieht...

Als letztes fragte ich ihn, ob nicht die Wiederaufnahme des Handels mit den kapitalistischen Ländern, wenn das gelingt, Kanäle für den kapitalistischen Einfluß schaffen und ob das nicht die Überlebenschancen des Kommunismus herabsetzen würde. Mir schien, daß die eifrigsten Kommunisten immer Angst vor den kommerziellen Beziehungen mit der äußeren Welt haben, diese würden doch zum Eindringen von ketzerischen Ideen führen und die Stabilität des bestehenden Systems untergraben. Ich wollte wissen, ob er ähnliche Befürchtungen hat. Er gab zu, daß der Handel Schwierigkeiten schaffe, unterstrich jedoch, daß diese geringer sein würden als die von Kriegen verursachten. Er sagte, daß vor zwei Jahren weder er noch seine Kampfgefährten daran geglaubt hätten, daß sie dem Druck der feindlichen Welt standhalten könnten. Er erklärte den Sieg der Bolschewiki mit den Widersprüchen und Interessensunterschieden der kapitalistischen Länder und mit der massierten bolschewistischen Propaganda. Er bemerkte, daß die Deutschen gelacht hätten, als die Bolschewiki vorschlugen, den Gewehren Flugblätter entgegenzusetzen. Der Verlauf der Ereignisse habe allerdings gezeigt, daß die Flugblätter genügend Durchschlagskraft haben. Ich glaube nicht, daß er damit einverstanden wäre, daß das in vielem ein Verdienst der Labour Party und der sozialistischen Parteien war. Es hatte den Anschein, als wüßte er nicht einmal, daß die Aktionen der britischen Labour Party einen effektiven Krieg gegen Rußland verhinderten, weil sie die Handlungsfreiheit der Regierung einschränkten.

Was die Ausfälle (gegen die Bolschewiki – d. Red.) des Lord Northcliffe betrifft, so scheinen sie ihm eher Vergnügen zu bereiten. Lenin wollte ihm sogar eine Medaille für bolschewistische Propaganda zusenden. Die Beschuldigungen wegen Wegnahme des Eigentums, bemerkte er, könnten einen Bourgeoischockieren, bei Proletariat wäre die Wirkung umgekehrt.

Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß ich, wenn ich ihn treffen würde und nicht wüßte, wer er ist, nicht darauf kommen würde, daß er ein bedeutender Mensch ist. Er erstaunte mich durch seinen übermäßigen Fanatismus und eingleisige orthodoxe Denkweise. Seine Kraft geht meiner Ansicht nach von seiner Ehrlichkeit, seiner Kühnheit und

dem unverrückbaren Glauben aus, dem Glauben an das marxistische Evangelium, der dem religiösen Glauben der christlichen Märtyrer ans Paradies gleicht, allerdings mit einer Ausnahme, diese Hoffnungen sind weniger egozentrisch. Er hält nicht viel von der Freiheit, genau wie die Christen, die unter Diocletian litten, jedoch genauso verfahren wie er, als sie an die Macht gelangten. In Wahrheit ist die Liebe zur Freiheit unvereinbar mit dem allumfassenden Glauben an das Allheilmittel für alle menschlichen Wehwehchen. Wenn das so ist, dann muß ich wohl oder übel den Skeptikern des Westens recht geben. Ich bin als Sozialist nach Rußland gekommen, doch die Kontakte mit denen, die keinerlei Zweifel verspürten, haben meine eigenen Zweifel vertausendfacht. Zweifel übrigens nicht am Sozialismus selbst, sondern an der Weisheit derjenigen, die so ihrem Glauben ergeben sind, so sehr, daß die Menschen bereit sind, seinetwegen allgemeine Armut zu ertragen.

Trotzki, der von den Kommunisten niemals mit Lenin gleichgestellt wurde, hat auf mich mehr Eindruck durch seinen Geist und seine Persönlichkeit gemacht, als durch seinen Charakter. Ich habe ihn eigentlich viel zu wenig gekannt, um mehr zu bekommen als nur einen oberflächlichen Eindruck. Funkelnde Augen, herrliches lockiges Haar, eine kämpferische Haltung und ein kluger Kopf, all das wirkte an seiner Persönlichkeit ungemein anziehend. Den Frauen war er offensichtlich nicht gleichgültig. Ich entdeckte an ihm einen ausgeprägten Sinn für Humor, es war fast unmöglich, ihn außer sich zu bringen. Ich denke,

er war mehr ehrgeizig als machtgerig, obwohl ich mich da auch täuschen kann. Das ist der Ehrgeiz, der Künstlern und Schauspielern eigen ist. Deshalb ist der Vergleich mit Napoleon an den Haaren herbeigezogen. Ich hatte leider keine Möglichkeit, die Stärke seiner kommunistischen Überzeugung zu prüfen, die vielleicht sehr ehrlich und tief war.

Ein riesiger Gegensatz zu den beiden ist Gorki, mit dem ich kurz in Petrograd zusammentraf. Er war sehr krank, lag im Bett und schien niedergedrückt. Er flehte mich an, daß ich, wenn ich etwas über Rußland schreiben wolle, immer unterstreichen sollte, wie sehr es leide. Er unterstützte die Regierung, wie ich es wohl auch getan hätte, wenn ich ein Russe wäre, nicht deshalb, weil er sie für unfehlbar hielt, sondern weil alle anderen möglichen Alternativen noch schlechter wären. In ihm fühlt man die Liebe zum russischen Volk, die seine jetzigen Leiden fast unerträglich machte. Diese bewahrten ihn vor dem fanatischen Glauben, der den wirklichen Marxisten beherrscht. Ich fand ihn von allen Russen, mit denen ich zusammentraf, den interessantesten und sympathischsten. Ich hätte gern mehr über seine Ansichten erfahren, doch er sprach nur mit Mühe, seine Rede wurde ständig von Hustenanfällen unterbrochen. Ich wollte ihn nicht länger mit meiner Anwesenheit belasten. Alle Intellektuellen, die ich kannte – diese Klasse hat wirklich viel gelitten –, waren Gorki sehr dankbar für alles, was er für sie getan hat...

Man kann den Opponenten des Bolschewismus keineswegs zustimmen, daß in Rußland leicht jede andere Herrschaftsform aufgebaut werden kann. Ich denke, daß jeder, der vor kurzem in Rußland war, zugeben muß, daß die hier herrschende Regierung stabil ist. Es können innere Veränderungen eintreten. Und es könnte leicht zu einer bonapartistischen Militär-autokratie kommen, wenn Lenin nicht wäre. Das wäre jedoch eine Veränderung von innen heraus, und nicht einmal eine grundlegende, die kaum etwas an dem ökonomischen System verändern würde...

Wenn der Westen sich dem Frieden und dem Handel widersetzt, so glaube ich nicht, daß die Bolschewiki fallen werden. Rußland wird die größten Katastrophen, wie das auch in früheren Jahren der Fall war, überleben. Die Russen haben sich an die Armut gewöhnt, nicht wie die Völker im Westen. Sie können unter Bedingungen leben und arbeiten, die uns unerträglich erscheinen...

Soweit ich den russischen Charakter verstand und den Charakter der Opposition mitbekam, neige ich zur Schlußfolgerung, daß Rußland noch nicht soweit ist, eine Form der Demokratie anzunehmen, und eine starke Regierung braucht. Die Bolschewiki halten sich für Freunde des westlichen entwickelten Sozialismus, doch von diesem Gesichtspunkt aus könnten sie kritisiert werden. Das gilt nicht für ihr internationales Programm, darüber gibt es meiner Ansicht nach nichts Besonderes zu sagen. Was die Innenpolitik der Regierung angeht, so kann man sie, wenn man sie von allem tarenden Beiwerk befreit, als Nachfolger von Peter dem Großen betrachten. Die Bolschewiki sind mit der Lösung notwendiger, doch undankbarer Aufgaben beschäftigt... Und sie wollen die Naturressourcen ihres Landes mit Hilfe des Staatssozialismus erschließen...

Ich war in Leningrad. Dort habe ich mich mit Kindern und Lehrern unterhalten. Bei den Lehrern liegt die Sache klar auf der Hand: Wer in der Schule besser ist und sich freier fühlt, geht mit Freude zum Unterricht. Andere beschwerten sich: „Real lernen nur zehn Prozent“. Einige nennen höhere Zahlen, aber mehr als 50 Prozent hat kein Lehrer aus einer gewöhnlichen Schule angegeben. Das ist deprimierend.

Ein Schüler der dritten Klasse schenkte mir seinen Aufsatz. Sie hatten gerade gelernt, in Druckbuchstaben zu schreiben, und jeder sollte sich einen eigenen Text ausdenken. Der Junge hatte folgendes geschrieben: „Ein Waldgeist ging spazieren. Unterwegs stieß er auf einen Wurzelknorren.“ Der Junge hatte zwar das Wort falsch geschrieben, aber das sind Kleinigkeiten. Was aber ist mit dem Waldgeist weiter passiert? Darauf wäre niemand gekommen. Wir sind eben nicht in der Lage, wie Kinder zu denken. „Er hat ihn erfolgreich abgesägt“, geht die Geschichte weiter.

Schau an! Das Blatt mit dem Aufsatz liegt vor mir, ich weiß auch nicht, warum. Zur Beruhigung vielleicht. Was doch so alles in der Welt passiert! Da geht ein Waldgeist spazieren, stößt auf einen Wurzelknorren und sägt ihn erfolgreich ab.

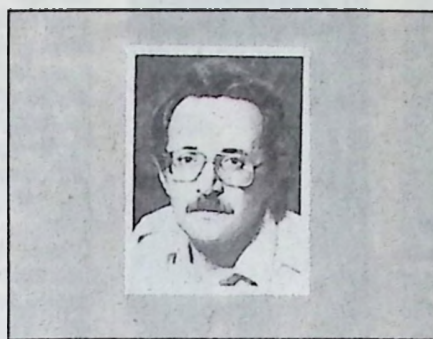
Man hat mir auch erzählt, daß im kleinen Saal des Leningrader Konservatoriums die Oper „Oljas Ringlein“ von Jewgeni Ponomarjow nach dem Gedicht von Samuil Marschak gegeben wurde. Die Aufführung war vom Theater einer Schule besorgt. Nach der Vorstellung rief der mit Kindern überfüllte Saal nach dem Komponisten. Jewgeni Ponomarjow trat auf die Bühne. Er ist kürzlich sechs Jahre alt geworden. Er geht noch nicht zur Schule, schreibt aber schon Opern! Er hat noch andere Ideen, sagte man mir. Ich hätte nichts davon geschrieben, wenn mir nicht einer der Darsteller die ganze Oper zu Hause vorgesungen hätte (sie dauert etwa zehn Minuten). Die musikalische Darstellung von Katze, Gans und Truthahn waren sehr überzeugend.

Es ist doch alles gar nicht so schlecht in der Welt, nicht wahr? Da gibt es kleine Jungen, die Opern schreiben und sich in kleine Mädchen verlieben... Ich will hier aber keine fremden Geheimnisse ausplaudern.

Dann werden sie älter, werden 14, 15, 16... Und dann beginnen sie zu fragen.

Kürzlich war ich in einer Schule, wo sich nach dem Unterricht etwa 500 Schüler der Oberstufe in der Aula zusammengefunden hatten. Zwei Stunden lang quälten sie mich mit ihren Fragen.

Soziologen führen Untersuchungen durch, indem sie Jugendliche befragen.



Kinderfragen

Soziologisch wäre aber auch interessant zu untersuchen, was die Jugendlichen heute fragen.

Ich möchte völlig ungeordnet einige Fragen nennen, die mir gestellt wurden. Einige beziehen sich dabei auf Amerika, weil ich den Jugendlichen zu Beginn etwas von meiner Reise in die USA erzählt hatte. Die Namen der Fragesteller lasse ich weg und gebe nur in Klammern die Klassenstufe an und ob es sich um einen Jungen (J) oder ein Mädchen (M) handelt.

Wollten Sie einmal Lehrer werden? Wenn ja, warum? (J-9)

Wie stehen Sie zum Religionsunterricht? Wie sieht es diesbezüglich in den USA aus? (J-8)

Was werden Sie tun, wenn ein Bürgerkrieg ausbricht? (M-10)

Was halten Sie von Michail Gorbatschow und seiner Präsidentschaft? (J-10)

Wie heißt Ihre Lieblings-Rockgruppe? (J-8)

Welches Ziel verfolgen Sie im Leben? (J-10)

Wie haben Sie während der Stagnationszeit gelebt? (J/M-8)

Wie stehen Sie zu Frauen? (J-8)

Was halten Sie von der Wiedereinführung der Monarchie in Rußland? (J-11)

Erzählen Sie bitte einen amerikanischen Witz! (J-11)

Glauben Sie an Gott? (J-10)

Was verstehen Sie unter Intelligenz? (M-10)

Glauben Sie an die Möglichkeit des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft? Wenn ja, dann a) in einem Land oder b) in der ganzen Welt? (J-9)

Warum herrscht in unserem Land so eine Unkultur und Unordnung, obwohl doch Millionen Menschen die Zeitschriften „Nowy mir“ und „Junost“ lesen? (J-10)

Wenn man Ihnen anbieten würde, eine Dienststelle als Archivar, Agent oder Untersuchungsrichter beim KGB anzutreten, würden Sie zusagen? (J-11)

Was halten Sie vom Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Volksbildung Jagodin? (J-9)

Wie denken Sie über die Frauenlogik? (J-10)

Gibt es in den USA Verhütungsmittel frei zu kaufen? (M-10)

Was halten Sie vom Gesetz über die Rechte des Kindes? Wie soll es aussehen? (J-9)

Wie stehen Sie zum technischen Zeichnen? Werden das die Schüler in Zukunft überhaupt brauchen? (J-8)

Was halten Sie von der Reise des US-Präsidenten Bush zu den Fußball-Weltmeisterschaften nach Italien? (J-10)

Glauben Sie der Regierung, daß jetzt ein „Umschwung“ eingetreten ist? (J-11)

Was halten Sie von den Auftritten eines Kaschpirowski oder Tschumak? Meinen Sie nicht, daß das Marionetten der Regierung sind? (J-10)

Beschreiben Sie bitte die Grundzüge der amerikanischen Wirtschaft! (J-10)

Mit welcher historischen Persönlichkeit einer beliebigen Epoche würden Sie sich gern unterhalten? (M-10)

Haben Sie in Amerika Indianer gesehen? Wenn ja, wo? (M-9)

Wie stehen Sie zu politisierten Kinderorganisationen? (J-10)

Was halten Sie von Sobtschak? (J-8)

Wie stehen Sie zu Stalin, Breshnew, Gdlijan und Iwanow? (J-8)

Was kann real getan werden, um das Bildungsniveau zu erhöhen? In den Massenmedien wird nur immer darumherum geredet. (J-10)

Wie stehen Sie zur Position von Genossen Jelzyn? Würden Sie seine Kandidatur als Alternative für den Posten des Präsidenten akzeptieren? (J-10)

Wen von den heutigen Journalisten halten Sie für den fortschrittlichsten? (M-10)

Wie stehen Sie zur Befreiung Namibias aus der kolonialen Vorherrschaft der RSA? (J-10)

Würden Sie sich nicht fürchten, wieder als Lehrer an eine Schule zu gehen? (J-11)

...Ich antwortete, daß meine Tätigkeit an der Schule die beste Zeit meines Lebens war, aber um nichts in der Welt würde ich dahin zurückkehren wollen. Die Kinder und Jugendlichen quittierten diese Antwort mit viel Beifall.

Simon
Solowejschik



Zwei Tage vor dem zweiten Wahlgang konnten die Wähler, die für den ehemaligen Untersuchungsrichter **Wladimir Olejnik** stimmen wollten, in einer Moskauer Zeitung lesen, daß ehemalige Kollegen dem Kandidaten „Lüge, Unterstellungen und Eigenrekame“ vorwerfen. In seinen Wahlkampf-Flugblättern ließ es, Olejnik wäre an der Aufklärung vieler aufsehenerregender Fälle beteiligt gewesen, u. a. am Fall Tregubow (ehemaliger Chef des Moskauer Handels), an der Verfolgung der Mafia und der Aufdeckung von Morden. Die Kollegen erklärten, daß nichts davon stimmen würde und daß die Staatsanwaltschaft der RSFSR beschlossen hat, ihn für unwürdig zu erachten, die Interessen des Volkes zu vertreten. Das Volk entschied anders. Die Meinung der Staatsanwaltschaft der RSFSR beeinflusste das Wahlergebnis folgendermaßen: Für Wladimir Olejnik stimmten 85,1 % der Wähler. Damit siegte er gegen den Maler Ija Glasunow, der aufgerufen hatte, für den „patriotischen Block“ und die Rettung Rußlands zu stimmen.

Olejnik ist 54 Jahre alt. Er steht auf den Positionen des Blocks „Demokratisches Rußland“ und ist Mitglied der Assoziation „Ökologie und Frieden“. Nach seinem Ausscheiden aus der Staatsanwaltschaft wurde er Leiter der juristischen Abteilung des Sowjetischen Lenin-Kin-

derlands. Wladimir Olejnik tritt für die Schaffung eines Rechtsstaates und die Gewährleistung der Gleichheit aller vor dem Gesetz ein. In seinem Programm setzt er sich für die völlige Presse-, Gedanken- und Informationsfreiheit ein, zu deren Durchsetzung sich alle demokratischen Kräfte zusammenschließen und sich entschieden von jenen lösen müssen, die sich nur als Demokraten tarnen.

Der 44-jährige Abgeordnete der Schwedischen Volkspartei im finnischen Parlament **Henrik Lax** wurde in erster Linie als Initiator des Baltik-Zentrums in Hanko bekannt. Das Zentrum soll die Anstrengungen von



Wissenschaftlern und Unternehmern bei der Rettung der in einem kritischen Zustand befindlichen Ostsee koordinieren. Dieses Projekt ist nicht nur für die Ostsee von Bedeutung. Es soll beispielgebend sein für die Zusammenarbeit auf dem

Gebiet des Umweltschutzes auf gesamteuropäischer Ebene, für die Entwicklung eines Mechanismus des Zusammenwirkens staatlicher und ökonomischer Strukturen sowie gesellschaftlicher Organisationen. Das Projekt sieht die Einrichtung einer entsprechenden Datenbank und eines Informationsdienstes sowie die Unterstützung bei der Ausarbeitung umweltschonender Technologien vor. Jetzt, meint Lax, kommt es weniger auf die materiellen Mittel als vielmehr auf den politischen Willen und das praktische Herangehen an.

An Geschäftstüchtigkeit mangelt es Lax keineswegs. Ihr verdankt er eine

stille Karriere in der Welt des Busneß, der er 15 Jahre seines Lebens widmete. Ihr hat er auch seinen erfolgreichen Start im politischen Bereich vor drei Jahren zu verdanken. Lax ist Jurist, und dieser Beruf ist bekanntlich für einen Geschäftsmann ebenso von Bedeutung wie für einen Politiker. Er ist der Ansicht, daß die Anwendung von Ideen des modernen Busneß in der Politik deren Effektivität erhöht. Davon ging er auch aus, als er die Idee der Gründung eines Baltischen Zentrums äußerte. Seine Partei, die die Interessen der Schwedisch sprechenden Bevölkerung Finnlands vertritt, strebt eine umfassendere Beteiligung des Landes an der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und eine größere Annäherung der nordeuropäischen Staaten an.

Ein Ketzer in der Außenpolitik

Was hat sich Professor **Wjatscheslaw Daschtschew** zuschulden kommen lassen, daß sich ein Vertreter des Außenministeriums der UdSSR dazu veranlaßt sah, eine besondere Erklärung abzugeben, in der darauf verwiesen wird, daß der Professor keinerlei Einfluß auf die sowjetische Außenpolitik hat? Daschtschew ist ein bekannter Historiker und Germanist. Er schrieb das zweibändige Werk „Bankrott der Strategie des deutschen Faschismus 1933 – 1945“.

Wjatscheslaw Daschtschew ist Befürworter einer „alternativen“ Politik gegenüber Deutschland. Er ist beispielsweise der Ansicht, die sowjetische Politik der „zwei Deutschlands“ sei fehlgeschlagen, und jeder Versuch, die Wiedervereinigung zu bremsen, würde dem internationalen Ansehen der Sowjetunion schaden. Der Professor äußerte die Meinung, daß der Begriff des Kräftegleichgewichts in Europa überholt sei und das einige Deutschland durchaus NATO-Mitglied sein könne...

Wjatscheslaw Daschtschew absolvierte 1950 die Historische Fakultät der Lomonossow-Universität und anschließend eine Aspirantur. Er arbeitete bei der militärwissenschaftlichen Verwaltung des Generalstabs und in den Redaktionen „Wojennaja mysl“ und „Wojenno-istoritscheski shurnal“ mit. Später wirkte er in der Wissenschaftsabteilung der Akademie des Generalstabs. Nachdem er im Rang eines Obersten den Dienst quittiert hatte, befaßte er sich mit wissenschaftlichen Studien im Rahmen der AdW der UdSSR. Er arbeitete zunächst am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen und seit 1972 leitete er die Abteilung für internationale Beziehungen am Institut für Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems.

Vor zwei Jahren erstellte er und seine Kollegen ein 30seitiges Memorandum über die Perspektiven der sowjetisch-deutschen Beziehungen für das Außenministerium und das ZK, in denen die späteren Ereignisse in der DDR vorausgesagt wurden. Anfang dieses Jahres wurde dieses Schreiben ungekürzt vom „Spiegel“ veröffentlicht. Kürzlich kehrte Professor Daschtschew aus Hannover zurück, wo sein Auftreten bei der Konferenz „Neues Europa“ bei Wissenschaftlern, Politikern und der Presse auf großes Interesse gestoßen ist. Ausgerechnet diese Aktivitäten waren der Anlaß für das lebhaft reagierte des sowjetischen Außenministeriums...

„Ich habe mich nie als Berater der sowjetischen Regierung ausgegeben, sondern immer darauf hingewiesen, daß ich nur meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe“, sagte Professor Daschtschew. „Ich denke, daß die Existenz einer alternativen Betrachtungsweise der Zukunft Deutschlands für unsere Politiker etwas Gutes und Hilfreiches darstellt.“



Ende März wurde in Moskau eine neue Massenorganisation geboren, nämlich die „blaue“ Bewegung, die Unionsorganisation „Für soziale Ökologie des Menschen durch Massenkreativität“. Der Gründungskongreß der „Blauen“ wählte ein Präsidium unter der Leitung von **Juri Bokan**.

Dr. phil. habil. Bokan ist Instrukteur der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU und Präsident des Verbandes „Bewegung für Massenkreativität“. Zu den Gründern der neuen Vereinigung gehören Vertreter des öffentlichen Lebens und etwa 50 staatliche, gesellschaftliche und religiöse Organisationen. Juri Bokan nimmt an, daß sich die Bewegung zwei Richtungen einschlägt: humanitäre Aufklärung, d. h. Propaganda der Kreativität, und praktische Unterstützung gesellschaftlich relevanter Projekte, Initiativen und Neuerungen. Unrealisierte schöpfer-



soches Potential ist eine Tragödie für den betroffenen Menschen und ein Verlust für die Gesellschaft. Geplant sind u. a. die Einrichtung eines internationalen Konzertsaals in Moskau, ein Netz von Lyzeen für die Anhebung des Bildungsstandes, eine Märchenstadt für Kinder und Forschungszentren für verschiedene wissenschaftliche Probleme.

Warum hat die Bewegung die Farbe blau gewählt? Weil es die Farbe der Kreativität, des Schaffens und der Noosphäre ist. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß es dem Menschen elgen ist, verschiedene soziale Erscheinungen zu „färben“. Dieses Empfinden entspricht durchaus unserer Natur...

Bis vor kurzem tauchte in der sowjetischen Presse der Name des Sowjetologen **Robert Tucker** ausschließlich in negativem Licht auf. Nun ist im Moskauer Proseß-Verlag sein Buch „Stalin. Der Weg zur Macht (1879 – 1929)“ erschienen. Darin untersucht der Autor einen wichtigen Abschnitt im Leben des „großen Führers“, nämlich von den ersten Jahren seiner revolutionären Tätigkeit bis zur Machtergreifung und Festigung seiner Spitzenposition. Wie bildete sich der Diktator heraus?

Warum konnte ein despotisches System entstehen? Diese und andere Fragen betrachtet der Autor vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Geschichte der sowjetischen Gesellschaft. Die Studie ist eine Trilogie. Der erste Band, der inzwischen ins Russische übersetzt wurde, erschien in den 70er Jahren in den USA. Der zweite Band „Stalin. An der Macht (1929 – 1941)“ soll in diesem Jahr in New York erscheinen. Der dritte Band ist noch in Arbeit.

In den 40er und 50er Jahren lebte Tucker in Moskau. Er leitete das



Dolmetschbüro, das die amerikanische, britische und kanadische Botschaft betreute. 1946 heiratete er eine Moskauerin, die Studentin der Moskauer Hochschule für Polygraphie Jewgonglja Postre-

zowa, der er diese Trilogie gewidmet hat. 1947 erschien ein Erlaß, der Sowjetbürgern untersagte, Ausländer zu heiraten. Tuckers Frau wurde die Ausreise mit ihrem Mann verweigert. Erst nach dem Tod Stalins konnten sie in die USA ziehen. Dort habilitierte Tucker an der Harvard University und bekam ein Lehramt in der Universität des Bundesstaates Indiana. 1962 ging er an die Princeton University, wo er bis heute tätig ist und seine Frau Russisch unterrichtet.



Der Drehbuchautor und Schriftsteller **Jean Van-trin** bekam den angesehensten Literaturpreis Frankreichs, den Prix Goncourt, für sein humoristisches Buch über eine amerikanische Familie. Die Handlung spielt in New Orleans und verfolgt die Entwicklung einer Familie über drei Generationen hinweg. Sie beginnt beim Großvater, einem prinzipientreuen Menschen, den nichts aus der Bahn werfen kann, und endet beim Enkel, der an den Quellen des in den USA aufkommenden Jazz und Ragtime steht.

Der 59jährige Vautrin ist ein erfahrener Schriftsteller. Inzwischen sind schon neun Romane und drei Sammelbände mit Kurzgeschichten erschienen, die er entweder mit seinem Pseudonym oder mit seinem bürgerlichen Namen Jean Herman bezeichnet hat. Er hat bisher als Franzosenlehrer in Indien gearbeitet. Dann beschloß er, es beim Film zu versuchen. Er assistierte Vincente Minnelli und Roberto Rossellini. Danach versuchte er es im Alleingang. Er drehte über 30 Filme, darunter Abenteuerstreifen, Dokumentarfilme und Fernsehserien. Das Buch, das er den Prix Goncourt zu verdanken hat, heißt „Ein großer Schritt zu Gott“.

Autor eines Gesetzentwurfs

Der 38jährige ehemalige Moskauer **Alexander Silpak**, der seit 1978 in den USA lebt, reichte beim Kongreß der USA einen Gesetzentwurf über das ethische Verhalten amerikanischer Unternehmer auf dem Territorium der UdSSR ein.

Alexander verließ gleich nach dem Schulabschluß seine Heimat. Als Sohn des Bürgerrechtlers Wladimir Silpak, eines der ersten Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe, wurde er nicht an der Lomonossow-Universität immatrikuliert. In Kalifornien studierte er Psychobiologie. 1982 siedelte er nach Philadelphia um, wo er eine Klinik gründete. 1989 organisierte er die „Slovak Foundation“, die sich hauptsächlich mit der Informationsvermittlung befaßt. Sie verfolgt das Ziel, amerikanische Geschäftsleute, die Verbindungen zur Sowjetunion aufnehmen, mit den historischen und kulturellen Traditionen des Landes bekannt zu machen.

„Diejenigen, die gegenwärtig die Politik der USA gegenüber der UdSSR bestimmen“, sagte Alexander, „sind im Geist der 70er Jahre erzogen. Noch weniger wissen die Geschäftsleute, die gerade Rußland für sich erschließen. Wir haben festgestellt, daß viele Firmen Rußland als Land der ‚vierten Welt‘, als armen, heruntergewirtschafteten Staat mit niedrigem kulturellem Niveau betrachten, wo man günstige Geschäfte abwickeln kann. Da ist natürlich nichts Schlechtes dran. Schlecht ist nur, wenn ein Land, anstatt das Niveau des anderen zu heben, die Situation auszunutzen will und rücksichtslos nur auf den eigenen Gewinn bedacht ist. Es gibt aber solche Begriffe wie die Ethik des Handels und Normen des Verhaltens für Geschäftsleute.“

Das Projekt Silpaks wurde nicht nur im Kongreß und Senat der USA erörtert, sondern auch in der amerikanischen Presse. Viele Organisationen in den Vereinigten Staaten beschäftigten sich damit. Zum Schluß blieben noch sieben Prinzipien, die Betriebe unterzeichnen sollen, die Kontakte zur UdSSR aufnehmen. Wenn das Gesetz in Kraft treten sollte. Die Firmen würden sich dabei freiwillig verpflichten, auf dem Territorium der UdSSR keine Technologien zu verwenden, die aus Gründen des Umweltschutzes in den USA unzulässig sind. Damit soll ausgeschlossen werden, daß sich so etwas wie der Bau der chemischen Werke von A. Hammer auf der Krim wiederholt, die das Schwarze Meer stark verschmutzen. Es sollen auch keine Gebäude für Büro- und Lagerzwecke genutzt werden, die der Kirche gehören. Silpak ist davon überzeugt, daß die Amerikaner, auch wenn es die sowjetischen Behörden nicht wollen, die Menschenrechte der Bürger in der UdSSR wahren müssen.



Das PR-Geheimnis

Public Relations in Leben und Politik

Wladimir Grinjuk

Für den Urheber des englischen Begriffs „public relations“ hält man den dritten US-Präsidenten Thomas Jefferson, einen der Autoren der Unabhängigkeitsdeklaration des Landes. Die „Beziehungen zur Öffentlichkeit“ setzen die Verantwortung der Regierung, ihrer Institutionen sowie privater Einrichtungen gegenüber der Gesellschaft voraus. Daher die Aufgabe, die Bevölkerung vollständig über das eigene Handeln zu informieren. Die Öffentlichkeit ist in diesem Schema ein aktiver Partner des Dialogs und in der Lage, die Tätigkeit von Einrichtungen und Betrieben entscheidend zu beeinflussen, während die Funktion der berufsmäßigen PR-Abteilungen darin besteht, diesen Dialog zu fördern.

Wie jedoch Fachleute für Kommunikation feststellen, wird die Öffentlichkeit neuerdings ihrerseits zu einem Manipulationsobjekt und PR bekommt einen kommerziellen Charakter. Wie sie behaupten, verwandeln sich PR in eine berufsmäßige Tätigkeit, deren Ziel es ist, „Freunde zu gewinnen und die Gesellschaft zu beeinflussen, um private Interessen zu sichern“. Besonders interessant sind die PR-Erfahrungen in Gesellschaften, denen diese Einrichtung nicht organisch eigen ist, sondern später eingetragen wurde und sich gegen alle Traditionen durchsetzte. Beispielsweise in Japan.

Das Publikum umschmeicheln

Die Japaner wurden der PR-Wissenschaft gleich nach Kriegsende teilhaftig, als das Land durch die US-Truppen okkupiert wurde. Die Einrichtung lebte sich mühevoll ein, man hatte zunächst nur ein Ohr für den informativen Aspekt. Aber zu einer bilateralen Kommunikation (Information in Verbindung mit aktiver Einwirkung der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit von Institutionen und Betrieben) kam es nicht gleich in der Gesellschaft von Menschen, die im Geiste des bedingungslosen Gehorsams gegenüber der Obrigkeit erzogen waren. Schon 1949 bestanden jedoch in 30 von den 47 Präfekturen des Landes PR-Abteilungen.

Später tauchten auch japanische

Anhänger der PR-Entwicklung auf. Bald nach dem Krieg erläuterte K. Tanaka, Leiter der Auslands-Abteilung der privaten Nachrichtenagentur „Dentsu“, das Wesen der PR: „Keine Einrichtung, kein Unternehmen kann bestehen, wenn es nicht vom Publikum akzeptiert wird... Um aber akzeptiert zu werden, müssen die Einrichtungen und Betriebe den Interessen der Gesellschaft entsprechen und zu ihrem Wohlergehen beitragen. Sie müssen außerdem die Menschen darüber informieren, daß sie sich in ihrer Tätigkeit von solchen Regeln leiten lassen.“ Die erste Ebene der PR sei, sagte Tanaka, daß sie eine Funktion der Einrichtung oder des Betriebs seien, die zweite Ebene sei die Lenkung ihrer Arbeit und das höchste Niveau die Philosophie des Vorgehens nach den PR-Spielregeln.

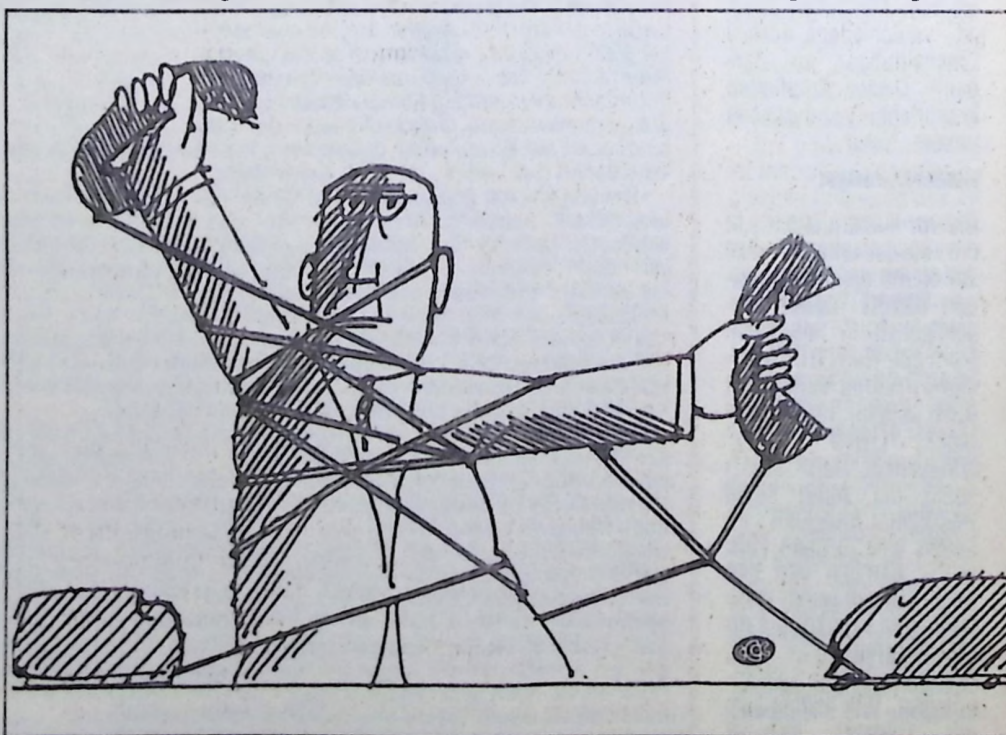
Japans Privatunternehmen zeigten sich am aktivsten. Sie hatten es schnell spitzgekriegt, daß für sie die bilaterale Kommunikation mit der Bevölkerung durch das unerbittliche Gesetz der Marktbeziehungen geprüft wird. In den 50er und noch mehr den 60er Jahren nahmen die Publicity-Veranstaltungen von Firmen immer größere Ausmaße an: Es handelte sich um die Herstellung der „Beziehungen zur Öffentlichkeit“, die sich eine positive Meinung über diese Firmen bilden sollte. In der Anfangszeit unterschieden sich

besagte Veranstaltungen kaum von der Werbung in Reinkultur. Nur daß nicht für Waren, sondern für Betriebe selbst geworben wurde. Die Sternstunde für die Hattori Tokei, die Uhren produziert, schlug nach der Olympiade von Tokio von 1964, denn bei jedem Wettbewerb wurde mit ihren Chronometern gemessen. Seiko wurde zu einer weltberühmten Marke.

Später wurden die kommerziellen Motive der Kommunikation zwischen einer Firma und der Bevölkerung gedämpft, in den Vordergrund rückten Probleme, die die Menschen bewegen, z. B. der Zustand der Umwelt.

Um 1974 arbeiteten schon rd. 70 Prozent der japanischen Großfirmen systematisch am Ausbau ihrer Public Relations. Nicht nur die Geschäftskreise spürten den Nutzen, den ihnen diese Einrichtung brachte.

In der Führung der regierenden Liberal-Demokratischen Partei Japans verstand man ebenfalls, wie notwendig ein wirksamer Mechanismus war, um die Stimmungen der Wähler und den Einfluß auf die Öffentlichkeit zu kontrollieren. 1960 wurde bei der Kanzlei des Premiers die Verwaltung für Information gegründet. Das ihm unterstellte Zentrum für Regierungspublikationen ging daran, Propaganda- und Informationsmaterialien über die Tätigkeit der LDP für den Vertrieb inner- und außerhalb des Landes herauszugeben. Auch die Rückkopplung fehlte nicht: Die Kanzlei des Premiers begann mit regelmäßigen öffentlichen Umfragen, und das gab die Möglichkeit,



Zeichnung aus „Süddeutsche Zeitung“ (BRD)

wenn es erforderlich war, den politischen Kurs zu berichtigen und Konflikte mit der Bevölkerung zu meiden.

Die Auswahl von Mitteln, die im PR-System angewandt werden, ist sehr breit: Herausgabe von Werbeprospekten, Bilderbändern, Broschüren und Nachschlagewerken; Abhaltung von Pressekonferenzen und Briefings, Exkursionen, Vorführung von Video- und anderen Filmen.

An der Effektenbörse von Tokio werden sogar Theatertricks angewandt. Die Plätze auf der Publikumsgalerie, von wo aus man den Handel mit Wertpapieren unten im Saal verfolgen kann, sind radiofiziert, die Texte werden in mehreren Sprachen vorgetragen. Ebenfalls dort ist eine kleine Szene eingerichtet, auf der für die Kinder ein Puppenspiel vorgeführt wird, dessen Sinn und Ziel darin besteht, das Abc von Handel, Finanzen, Herausgabe und Absatz von Aktien beizubringen. In der Nähe steht ein wie ein geharnischter Ritter aussehender elektronischer Roboter. Er zeigt den Zuschauern Zeichen, die der Taubstummensprache ähneln und die die Makler bei den Käufen und Verkäufen benutzen. Börsenangestellte sagten, die Möglichkeiten der Computerisierung gäben im Prinzip die Möglichkeit, auf das überholte, von Schreiben und lebhaftem Gebärdenspiel begleitete Verfahren der Tätigkeit von Abschlüssen zu verzichten. Das wäre jedoch für die Zuschauer nicht so anschaulich, und dabei rufe gerade das bei einem Besucher das Gefühl hervor, am Allerheiligsten der Wirtschaft teilzuhaben.

Zum PR-System gehört auch die Presse, sie sichert nicht nur die Nachrichtenkanäle, sondern nimmt an der öffentlichen Kommunikation einen ganz bestimmten Platz ein.

Element der Kultur

Selbstverständlich darf man die Rolle der Public Relations nicht übertreiben, zumal sich Regierungen, Parteien und Geschäftsleute in hohem Maße angepaßt und es sogar gelernt haben, die öffentliche Meinung mittels kleiner PR-Kniffe zu manipulieren. Man darf PR jedoch auch nicht unterschätzen. Sie besitzen schon eine bestimmte Selbständigkeit und wirken mitunter kraft ihrer inneren Logik als strenger Aufseher. Somit schränken die PR bis zu einem gewissen Grad die Willkür der „Mächtigen dieser Welt“ ein und verlegen den Kampf zum Schutz von Demokratie und Offenheit auf eine höhere Ebene.

PR-Fachleute müssen vielen Forderungen genügen: Psychologie und Marketing, das eigene Fach und Journalistik kennen, außerdem gebildet, energisch,

geduldig, immer wohlgesinnt und sogar charmant sein.

Man muß ferner in Betracht ziehen, daß PR auch als wichtiges Element der allgemeinen Kultur der Japaner existieren, z.B. der Kultur des Umgangs zwischen den Menschen. Hier wird einem Verkäufer, einer Krankenschwester, einem Bankangestellten der Gedanke vermittelt, daß ihre Kontakte mit den Kunden ein klassisches PR-Beispiel, d. h. ein klassischer Dialog seien. Hier ein Auszug aus der Dienstvorschrift für die Mitarbeiter einer Privatfirma: „Behandeln Sie die Menschen freundlich. Wer kinderlieb ist, wird von Kindern sympathisch gefunden. Das gilt auch für die Erwachsene... Während der Arbeit müssen Sie fortwährend lächeln, wie schwer es Ihnen auch fallen mag. Denken Sie daran, daß Sie professionelle Mitarbeiter der Dienstleistungssphäre sind... Bringen Sie den Fahrgästen bei ihren möglichen Schwierigkeiten und Irrtümern Mitgefühl entgegen. Hat der Kunde nicht den Automaten zum Lösen des Fahrscheins gemeistert, trösten Sie ihn, sagen Sie ihm, daß solche Dinge oft vorkämen, weil die Menschen doch zerstreut seien... Ärgern Sie sich nicht über die eintönigen Fragen vieler Passagiere, denn jeder konkrete Mensch stellt diese Frage zum erstenmal.“ Vielleicht erklärt sich das hohe Niveau der japanischen Dienstleistungssphäre u. a. auch damit, daß ihre Mitarbeiter im Geiste der PR-Konzeption erzogen werden.

In der UdSSR wird gegenwärtig ein eigenes PR-System entwickelt, wenn auch mit Ach und Krach, im Dunkeln, nach der Versuch- und Irrtumsmethode, wobei die Irrtümer manchmal schwer sind. Dennoch ist das Bedürfnis nach Dialog, nach Kommunikation stark. Zugleich merkt man vielen Leitern, die schon „von Amts wegen“ den öffentlichen Dialog initiieren sollten, die ärgerliche Unfähigkeit an, einen solchen Dialog in die Wege zu leiten.

Sehr akut ist das Problem der politischen Kultur bei unseren Deputierten und auch sonst der allgemeinen Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen. Das alles hängt direkt mit der PR-Konzeption zusammen. Damit bei uns ein PR-System entsteht und eine Atmosphäre der gegenseitigen Achtung und Rücksicht einzieht, mußte man diese Konzeption studieren und überdenken. Zweckmäßig wäre es, an Lehranstalten, die Journalisten, Parteifunktionäre, Staatsangestellte und Wirtschaftsleiter ausbilden, Theorie und Praxis der Public Relations zu unterrichten.

Schließlich hat Japan, ein Neuling im PR-System, verblüffende Erfolge erzielt.



Immer dabei...

**sind unsere Reporter
und Korrespondenten,
wenn irgendwo
auf der Welt
etwas passiert.
Gründliche Recherchen
und Analysen,
kritische Berichte
finden unsere Leser
in der
politischen
Wochenschrift**

**„NEUE
ZEIT“**

**Fundierte
Informationen
über Glasnost,
Perestroika,
Demokratisierung
in der Sowjetunion.
Wir beziehen
Standpunkte in Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur**

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die „Neue Zeit“ erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Eclair, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Île, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR = alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Buchhandel Leidsestraat 25 1017 NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b, Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilina, 30

- „Drzavna Založba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25, P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Izvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Odelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

- POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Plinius Genossenschaft Froshaugasse 7 8025 Zürich 1

TSSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thieleallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden:

Herrn / Frau / Frl. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum:

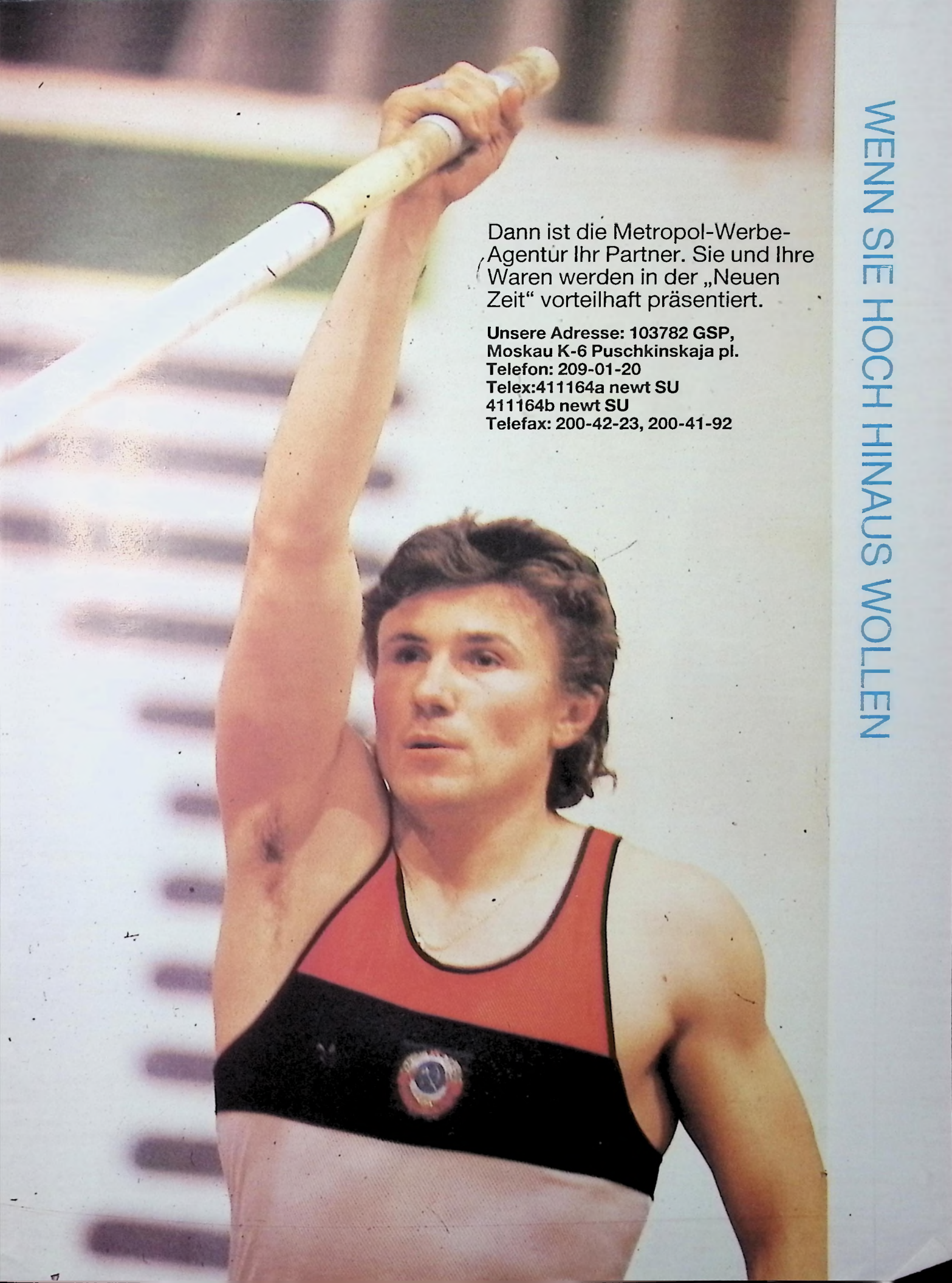
Unterschrift:



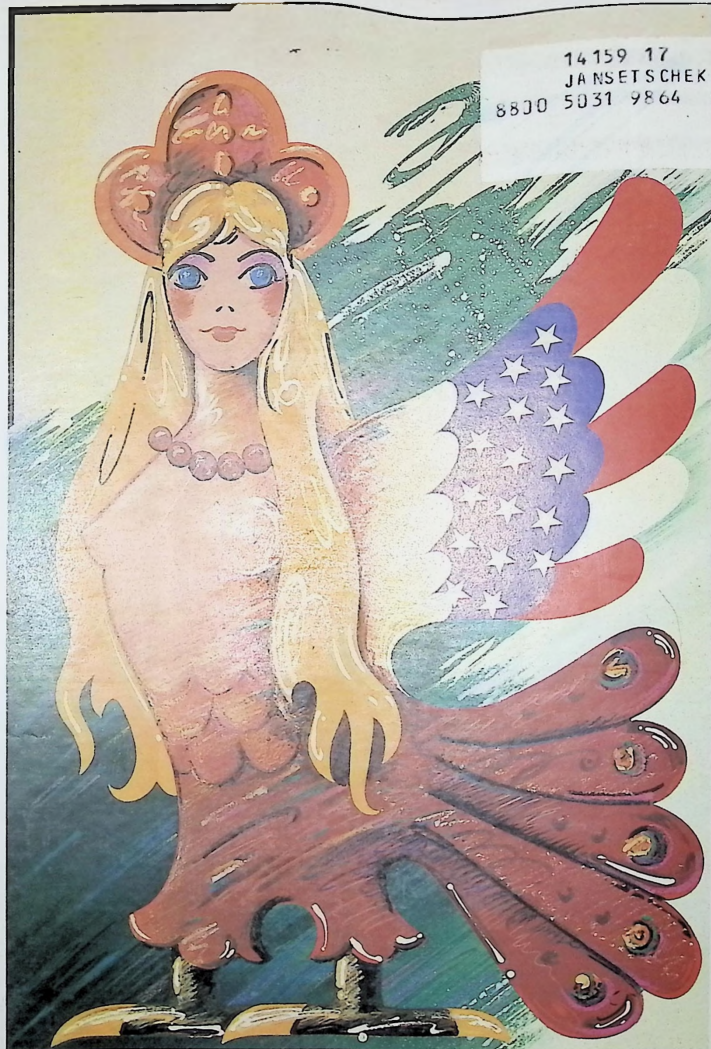
WENN SIE HOCH HINAUS WOLLEN

Dann ist die Metropol-Werbe-Agentur Ihr Partner. Sie und Ihre Waren werden in der „Neuen Zeit“ vorteilhaft präsentiert.

Unsere Adresse: 103782 GSP,
Moskau K-6 Puschkinskaja pl.
Telefon: 209-01-20
Telex: 411164a newt SU
411164b newt SU
Telefax: 200-42-23, 200-41-92



Festival „Russian America“



14 159 17 100 000 002
JANSETSCHEK, R
8830 5031 9864 SLBN 27/CH24
102

Wahl der „Miss Russian America“

Generalsponsor der Miss-Wahl
ist das Zentrum „DOSSUG I KULTURA“

- Organisation von
Touristenreisen auf der Krim
und an der kaukasischen
Schwarzmeerküste

- Werbedruck

- Komplettierung
von IBM-PC-
kompatiblen
Systemen

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ